

14. Sitzung

am Donnerstag, dem 24. Januar 2008

Inhalt

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2008 und 2009

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/204)
1. Lesung

Finanzplan 2007 bis 2011 der Freien Hansestadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/205)

Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/206)
1. Lesung

Bürgermeisterin Linnert	889
Abg. Röwekamp (CDU)	893
Abg. Dr. Sieling (SPD)	899
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	904
Abg. Rupp (Die Linke)	908
Abg. Woltemath (FDP)	913
Abg. Tittmann (parteilos)	915
Abg. Röwekamp (CDU)	916
Abg. Erlanson (Die Linke)	920
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	921
Abg. Beilken (Die Linke)	923
Abg. Dr. Sieling (SPD)	923
Abg. Woltemath (FDP)	925
Bürgermeisterin Linnert	925
Abstimmung	927

Betriebsbezogene Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung bündeln

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die Grünen
vom 8. Januar 2008
(Drucksache 17/198)

Doppelstrukturen vermeiden, Arbeitsmarktförderung neu aufstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Januar 2008
(Drucksache 17/214)

Abg. Frau Ziegert (SPD)	929
Abg. Frau Schön (Bündnis 90/Die Grünen)	931
Abg. Dr. Schrörs (CDU)	933
Abg. Frau Nitz (Die Linke)	935
Abg. Ella (FDP)	936
Abg. Frau Ziegert (SPD)	937
Abg. Möhle (Bündnis 90/Die Grünen)	938
Senator Nagel	939
Abstimmung	940

Stalking-KIT beim Täter-Opfer-Ausgleich finanziell absichern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/201)

Abg. Frau Ahrens (CDU)	941
Abg. Frehe (Bündnis 90/Die Grünen)	942
Abg. Ehmke (SPD)	943
Abg. Möllenstädt (FDP)	943
Abg. Beilken (Die Linke)	944
Senator Nagel	944
Abstimmung	945

Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 16. November 2007
(Drucksache 17/136)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2007
(Drucksache 17/179)

Abg. Bartels (CDU)	945
Abg. Röwekamp (CDU) zur Geschäftsordnung ..	947
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) zur Geschäftsordnung	947
Abg. Frehe (Bündnis 90/Die Grünen)	947
Abg. Möllenstädt (FDP)	949
Abg. Erlanson (Die Linke)	950
Abg. Frau Garling (SPD)	951
Abg. Frehe (Bündnis 90/Die Grünen)	952
Abg. Möllenstädt (FDP)	953
Senatorin Rosenkötter	954

29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz vom 31. März 2007

(Drucksache 16/1362)

Stellungnahme des Senats zum 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 28. August 2007
(Drucksache 17/31)

Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz vom 31. März 2007 (Drs. 16/1362) und zur Stellungnahme des Senats vom 28. August 2007 (Drs. 17/31)

vom 26. November 2007

(Drucksache 17/151)

Herr Holst (Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit)	955
Abg. Frau Troedel, Berichterstatterin	956
Abg. Schildt (SPD)	957
Abg. Frau Neumeyer (CDU)	958
Abg. Öztürk (Bündnis 90/Die Grünen)	959
Abg. Richter (FDP)	959
Abg. Frau Troedel (Die Linke)	960
Abstimmung	961

Durch konstruktive Politik den Arbeitsmarkt beleben und fragwürdige Beschäftigungsformen verhindern

Antrag des Abgeordneten Tittmann
vom 27. November 2007
(Drucksache 17/154)

Abg. Tittmann (parteilos)	961
Abg. Erlanson (Die Linke)	962
Abg. Tittmann (parteilos)	962
Abstimmung	963

Präsident Weber

Vizepräsidentin Dr. Mathes

Schriftführerin Ahrens

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Cakici

Schriftführerin Marken

Bürgermeisterin **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen), Senatorin für Finanzen

Senator für Inneres und Sport **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen und für Justiz und Verfassung **Nagel** (SPD)

Staatsrat **Dr. Heseler** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Mäurer** (Senator für Justiz und Verfassung)

Staatsrat **Mützelburg** (Senatorin für Finanzen)

Staatsrat **Othmer** (Senatorin für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Dr. Schulte-Sasse** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Staatsrat **Dr. Schuster** (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend
und Soziales)

Staatsrat **Dr. Wewer** (Senator für Inneres und Sport)

Herr **Holst** (Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.00 Uhr

Präsident Weber: Ich eröffne die 14. Sitzung der Bürgerschaft der Bürgerschaft (Landtag).

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich eine neunte Gymnasialklasse der Wilhelm-Olbers-Schule aus Hemelingen. Ganz herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2008 und 2009

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/204)
1. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Finanzplan 2007 bis 2011 der Freien Hansestadt Bremen

(B) Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/205)
s o w i e

Gesetz zur Änderung besoldungs- und beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/206)
1. Lesung

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch darauf hinweisen, dass in diese Aussprache auch die Beratung des Stadthaushalts einbezogen werden soll.

Es ist verlängerte Redezeit vereinbart, sie beträgt für den jeweils ersten Redner einer Fraktion bis zu 20 Minuten.

Wir kommen zur ersten Lesung der aufgerufenen Gesetzesvorlagen.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Senat legt Ihnen hiermit die Haushaltspläne, die Haushaltsge-

setze, die Stellenpläne und die Entwürfe der Produktgruppenpläne für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 vor, und zwar für das Land Bremen und für die Stadtgemeinde Bremen. Hier können Sie sie in voller Schönheit als großen Stapel sehen. Diese werden hier heute in erster Lesung beraten und von Ihnen hoffentlich beschlossen und dann zur Vorbereitung der zweiten Lesung in den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Außerdem gehören die Finanzplanung für die Jahre 2007 bis 2011 und ein Gesetzesentwurf für die Erhöhung der Beamtenbesoldung als Begleitgesetz zum Haushalt.

Gemeinsames Ziel soll sein, dass die Bremische Bürgerschaft in ihrer Sitzung im April die Haushalte beschließen kann und damit vorbildlich früh nach einer Wahl die Regierung an einen vom Parlament beschlossenen Haushalt gebunden ist. Dafür, dass alles bis hierher so gut geklappt hat, möchte ich mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzressort bedanken, die mit großem Einsatz gerechnet, argumentiert und das alles noch so verständlich und transparent aufbereitet haben.

(Beifall)

Auch in allen anderen Ressorts haben engagierte Haushaltsabteilungen Bedarfe angemeldet, dafür gestritten und dafür gesorgt, dass den Deputationen Entwürfe vorgelegt werden konnten.

Beginnen möchte ich mit den zentralen Aussagen, die sich aus dem heute vorgelegten umfangreichen Zahlenmaterial ergeben:

Wir leisten unseren Eigenbeitrag zur Sanierung. Wir fahren die Investitionen deutlich zurück und lassen die konsumtiven Ausgaben nur leicht ansteigen. Dahinter verbirgt sich ein Kraftakt.

Im Jahr 2009 werden wir erstmals seit 17 Jahren wieder einen ausgeglichenen Primärsaldo erreichen.

Wir beweisen mit unserem 50 Millionen Euro starken Schwerpunktprogramm Gestaltungskraft trotz enger Handlungsspielräume.

Bremens Verschuldung wächst weiter auf 15,8 Milliarden Euro im Jahr 2009 und damit auch die Zinsbelastung. Im Jahr 2008 müssen wir 675 Millionen Euro Zinsen zahlen, und in 2009 sind es 710 Millionen Euro. Aus dieser Schuldenfalle können wir uns nur mithilfe von Bund und Ländern befreien.

Zahlen kann ich Ihnen nicht ersparen. Ich möchte aber versuchen, möglichst leicht verständlich über die drei großen Ausgabenblöcke des Haushaltes zu sprechen: konsumtive Ausgaben, Personalausgaben und Investitionen, zu erklären, wie die jeweiligen Haushaltseckwerte ermittelt wurden, wo die Probleme lagen und wie wir sie gelöst haben. Ich hoffe, dass es mir gelingt darzustellen, wie sich im Zahlenwerk des Haushalts die politische Orientierung des Senats

(C)

(D)

(A) wiederfindet: Verantwortung gegen die soziale Spaltung, für Wirtschaftsentwicklung und Arbeitsplätze, gerechtere Bildungschancen und eine ökologische Orientierung vor allem vor dem Hintergrund der Klimaveränderungen!

Wir haben uns strikt an der Haushaltsplanung, die dem Bundesverfassungsgericht im April 2006 gemeldet wurde, orientiert. Die bremische Sanierungsstrategie „Verhandeln im Rahmen der Föderalismusreform, Klagen und Eigenbeitrag“ bedeutet das Angebot an den Bund, die anderen Länder und das Verfassungsgericht, dass Bremen auch nach jahrelangem Sparkurs im Bereich konsumtiver Mittel und Personal noch einmal in einer großen Anstrengung den Haushalt absenkt, um 2009 einen ausgeglichenen Primärhaushalt zu erreichen.

Für die konkreten Haushalte 2008 und 2009 bedeutet diese Selbstverpflichtung: Von 2007 auf 2008 dürfen die konsumtiven Ausgaben ohne Zinsausgaben um 50 Millionen Euro steigen. Die Personalausgaben dürfen um 17 Millionen Euro erhöht werden. Die Investitionen müssen um 39 Millionen Euro gesenkt werden.

Bei der Steigerung von 2008 auf 2009 dürfen die konsumtiven Ausgaben ohne Zinsen noch einmal um 8 Millionen Euro und die Personalausgaben um 13 Millionen Euro steigen, die Investitionen müssen um weitere 21 Millionen Euro abgesenkt werden. Darüber hinaus wurde gegenüber Karlsruhe die feste Zusage abgegeben, etwaige Steuermehreinnahmen, und das sieht ja gut aus, dafür zu verwenden, weniger Kredite aufzunehmen. Damit sind dem Handlungsspielraum des Senats enge Grenzen gesetzt.

(B) Wie ich dargestellt habe, sind auch in den Karlsruhe zahlen zugegeben geringe, aber immerhin Steigerungsraten für die Bereiche konsumtive Primärausgaben und Personal vorgesehen. Diese Raten beziehen sich aber naturgemäß immer nur auf die geplanten Haushalte und nicht auf die dann tatsächlichen Ist-Ausgaben.

Schon im Sommer 2007 drohte ein Haushaltsloch in einer Größenordnung von über 60 Millionen Euro, dem der Senat durch sofortige Haushaltssperre und Bewirtschaftungsmaßnahmen begegnen musste. Am Dienstag dieser Woche hat der Senat den vorläufigen Haushaltsabschluss 2007 vorgelegt bekommen, und ich kann Ihnen sagen, dass es gelungen ist, die Plandaten in der Summe einzuhalten, obwohl knapp 50 Millionen Euro höhere Sozialhilfeausgaben als veranschlagt bewältigt werden mussten.

Diese höheren Ausgaben wirken natürlich in die Haushalte 2008 und 2009 fort. Der Senat ist verpflichtet, Ihnen Haushaltsentwürfe vorzulegen, die realistisch sind. Deshalb mussten wir – und nicht etwa, wie jetzt behauptet wurde, weil wir lieber Sozialhilfe zahlen als zu investieren – orientiert am Ist 2007 580 Millionen Euro für Sozialausgaben einplanen und

damit 80 Millionen Euro mehr, als den ursprünglichen Planungen zugrunde lag. (C)

Es war völlig klar, dass die gesamten 80 Millionen Euro aus dem Haushalt nicht herausgekürzt werden konnten, ohne jegliche Handlungsmöglichkeiten außerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen aufzugeben. Deshalb hat der Senat sich entschlossen, Ihnen vorzuschlagen, die Hälfte dieser 80 Millionen Euro im Haushalt einzusparen, die andere Hälfte als zusätzliche Kreditaufnahme über die Karlsruhe zahlen hinaus zu finanzieren. Wer hier ein strengeres Regiment möchte, muss laut und öffentlich sagen, woher das Geld denn nun innerhalb des Haushaltes kommen soll.

So mussten wir bei der Ermittlung der konsumtiven Eckwerte zum einen die unausweichliche Erhöhung der Sozialhilfe wegstecken. Weitere 20 Millionen Euro in 2008 und 30 Millionen Euro in 2009 haben wir vorab aus allen Ressorthaushalten herausgekürzt.

(Unruhe auf dem Besucherrang – Glocke)

Präsident Weber: Entschuldigung, Frau Bürgermeisterin! Ich bitte den Aufsichtsdienst! Bitte nehmen Sie das Transparent weg, es ist nicht gestattet, Kundgebungen hier im Hause durchzuführen! Bitte nehmen Sie jetzt das Transparent von der Balustrade, von der Besuchertribüne weg! (D)

Frau Bürgermeisterin, es geht weiter!

Bürgermeisterin Linnert: Ich sprach darüber, wie wir die konsumtiven Eckwerte ermittelt haben, Sozialhilfeleistungen müssen eingepflegt werden in den Haushalt und 20 und 30 Millionen Euro Schwerpunktmittel für die Koalition, um damit die sozial- und bildungspolitischen Schwerpunkte der Koalition zu finanzieren. Dieses Geld wird gezielt eingesetzt für Personal- und Sachkostenverstärkung zur Sicherung des Kindeswohls, Standardsicherung und Ausbau der Versorgung im Bereich der Kindertagesbetreuung sowie ein kostenloses Mittagessen im Kindergarten für die Kinder, die als Empfänger von SGB-II-Leistungen von 208 Euro Regelsatz im Monat leben müssen. Für diese Kinder und ihre Familien bedeutet das eine spürbare Entlastung, und das wollen wir auch so. Außerdem wird mit diesem Schwerpunktgeld die Betreuungssituation im Kindergarten verbessert.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir wissen, dass auch hier mehr wünschenswert wäre. In Anbetracht der Lage ist es aus Sicht des Senats eine große Summe, die die Lage armer Menschen verbessern soll. Wir bekennen uns ganz klar dazu, dass wir auch in diesen Zeiten Mittel und Wege fin-

- (A) den, der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Im Bereich Wissenschaft gibt die Koalition zusätzliche 7,5 Millionen Euro jährlich an Universitäten und Hochschulen zur Verbesserung der Lehre.

Die konsumtiven Eckwerte für die Ressorts entstanden also aus den nach Karlsruhe gemeldeten Zahlen minus zusätzliche Sozialhilfe minus Koalitionsschwerpunkte, das ergibt eine Kürzungsquote über alles von 4,3 Prozent. Sie werden es sehen, das ist nicht leicht. Bei den Zuwendungsempfängern steigen schließlich auch die Personalkosten und bei uns allen die Energiekosten. Trotzdem gilt für kommende Haushaltsjahre: Erstmals seit ziemlich vielen Jahren wurde die Sozialhilfe realistisch eingestellt, wir müssen das Geld dann auch nicht im Haushaltsvollzug einsammeln, und es gibt auch Hoffnung! Es spricht einiges dafür, dass die verbesserte Konjunktur langsam doch bei den Sozialhilfeausgaben ankommt. Jede Entlastung dort wird Spielräume für alle anderen Politikfelder erbringen.

- (B) Von den immerhin fast 1,7 Milliarden Euro konsumtiven Mitteln, also ohne Zinsen und ohne Personal, finanziert Bremen Kindergärten und Schulen, die gesamte Kulturlandschaft und die Sportförderung. Für die laufenden Ausgaben für Wissenschaft und Forschung stehen rund 270 Millionen Euro zur Verfügung. 250 Millionen Euro gehen als Rechtsanspruch im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes nach Bremerhaven. Damit ist Bremen das einzige Bundesland, das die Einwohnerinnen und Einwohner in allen Kommunen unabhängig von der Größe im Finanzausgleich gleichstellt.

Sie können dem Benchmark-Bericht, einem aufgabenbezogenen Länder- und Großstädtevergleich, entnehmen, wo wir jeweils stehen. Innere Sicherheit, Schüler-Lehrer-Relation und öffentliche Ausgaben für Kulturförderung und Grünflächen werden quantitativ miteinander ins Verhältnis gesetzt. Spitzenplätze werden da an Bremen nur noch selten vergeben, aber in vielen Bereichen haben wir immer noch verteidigungswürdige Mittelplätze.

Sie können sicher sein, der Senat wird allen Tendenzen auf Bundesebene entgegentreten, die uns verpflichten wollen, in jedem Aufgabenfeld nur noch im unteren Bereich zu finanzieren. Großstädte und insbesondere Städte mit hoher Arbeitslosigkeit und hohem Anteil zugewanderter Menschen haben höhere Ausgaben für soziale Aufgaben und müssen sich zum Beispiel auch kleinere Klassen leisten können.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der Linken)

Im Haushaltsnotlageland Bremen machen die Zinsen zurzeit 18,5 Prozent der gesamten konsumtiven Ausgaben aus. Wir prognostizieren einen Zinssatz für die öffentliche Hand von 4,7 Prozent. Auch wenn die Zinsen aktuell wegen der Bankenkrise etwas niedriger sind, planen wir vorsichtig. Wegen der erforderlichen Kreditaufnahme zur Deckung des Haushalts von 743 Millionen Euro in Jahr 2008 und 651 Millionen Euro in 2009 steigen sie unaufhaltsam an. Sie sind der zentrale Grund dafür, warum sich Bremen nicht aus eigener Kraft aus der schwierigen Finanzlage befreien kann. Zur Finanzierung der Zinsen müssen wir Kredite aufnehmen, was die Zinslast wiederum erhöht.

Der zweite große Ausgabenblock im Haushalt sind die Personalausgaben. Die Meldung an Karlsruhe sieht ab 2009 jährliche Steigerungen von einem Prozent pro Jahr vor. Diese werden allerdings schon fast vollständig von den steigenden Pensionszahlungen aufgebraucht. So ist der Senat gezwungen, steigende Personalkosten infolge von Tarif- und Besoldungserhöhungen durch Personaleinsparungen zu erbringen. In den Koalitionsvereinbarungen wurde als klare Schwerpunktsetzung verabredet, sowohl bei der Polizei als auch bei den Lehrerinnen und Lehrern keine weiteren Personalkürzungen vorzunehmen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der Linken)

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, wurde die Hälfte der Beschäftigungsbereiche in Bremen und Bremerhaven von Personaleinsparungen ausgenommen. Das ist eine große Leistung, auf die wir auch stolz sind.

Die Kehrseite sind dann allerdings ehrgeizige Personaleinsparquoten in allen anderen Bereichen. Dabei haben wir eine Berechnungsgrundlage gewählt, die den senatorischen Dienststellen eine Sparquote von jeweils über sechs Prozent auferlegt, interne Dienstleistungen wie zum Beispiel die Landeshaushaltsskasse mit jeweils vier Prozent belastet und Bereiche mit direktem Kontakt zur Bevölkerung wie zum Beispiel Gerichte, Gesundheitsämter, das Stadtamt und die Ortsämter nur mit zwei Prozent Einsparquote belegt.

Ein weiteres Instrument, den Personalhaushalt einzuhalten, ist der Vorschlag des Senats, die Besoldungserhöhung für Beamte, die die Erhöhung im Angestelltenbereich nachvollziehen soll, zeitlich zu staffeln und erst am 1. Oktober 2009 voll wirksam werden zu lassen. Wir wissen, dass die Fraktionen in den Haushaltsberatungen nach Wegen suchen, hier nachzubessern. Da sage ich Ihnen gern die Unterstützung des Senats zu, im Personalhaushalt noch einmal jeden Stein umzuwenden, um zusätzliche Mittel zu finden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(C)

(D)

(A) Der Presse habe ich entnommen, dass Herr Röwekamp den sogenannten Risikostrukturtopf in Höhe von 33,3 beziehungsweise 36 Millionen Euro für so eine Art Senatssparkasse hält, aus der locker eine höhere Beamtenbesoldung zu bezahlen wäre. Dieser Topf ist so ziemlich das genaue Gegenteil einer Sparkasse. Wir erkennen nämlich in vielen Ressorts, vor allem im Bereich Inneres für Digitalfunk, für Auslagen in Rechtssachen und für Sozialleistungen, höhere Ausgaben an, die wir dann aber nicht einfach in die Ressorthaushalte einstellen wollten, sondern unter besondere Kuratel stellen und in einem zentralen Topf bündeln. So wollen wir erreichen, dass über strenge Bewirtschaftung die realen Ausgaben im Rahmen der Eckwerte bleiben können.

Der dritte und letzte Ausgabenblock im Haushalt sind die Investitionsausgaben. Hier sehen die nach Karlsruhe gemeldeten Zahlen einen deutlichen Abbau bis auf das Hamburger Niveau vor. Aus dem Berlin-Urteil kann man schließen, dass das Verfassungsgericht Wert darauf legt, dass sich Bundesländer in einer Haushaltsnotlage auch im investiven Bereich stark beschränken.

Der Investitionshaushalt ist ganz stark von Vorentscheidungen der letzten Jahre geprägt. Kreditaufnahmen in den Sondervermögen, die über den Haushalt abfinanziert werden, und verbindliche Zusagen für begonnene Maßnahmen, zum Beispiel in der Überseestadt, bei Verkehrsprojekten oder Gewerbeflächen lassen nur sehr geringe Spielräume. Um es in Zahlen zu sagen: Im Jahr 2008 beträgt der Investitionshaushalt des Landes und der Stadtgemeinde 454 Millionen Euro, davon ganze 53 Millionen Euro für neue Maßnahmen. Im Jahr 2009 geben wir 436 Millionen Euro aus, davon sind 57 Millionen Euro frei.

(B) Es war eine richtige Entscheidung des Senats, das Anschlussinvestitionsprogramm in das allgemeine Investitionsprogramm zu überführen. Nur so gewinnen wir die nötige Transparenz. Erstmals legen wir Ihnen als Haushaltsgesetzgeber und der Öffentlichkeit eine vollständige Übersicht über die Investitionen der Jahre 2008 und 2009 vor. Zugegeben, wir können wenig Neues machen. Warum das aber gerade auf die Kritik derjenigen stößt, die ja diese Lage wissentlich herbeigeführt haben, ist doch recht verblüffend.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der Linken)

Sage niemand, Bremen investiert nicht: Der CT 4 ist fast fertig, mit einer halben Milliarde reiner Baukosten. Mit der Kaiserschleuse, die Bremen 230 Millionen Euro kosten wird, ist angefangen worden. 37 Prozent aller staatlichen Investitionen fallen im Übrigen auf den Bereich Wirtschaft und Häfen, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

In der Überseestadt wird kräftig gebuddelt und gebaut. Das Projekt Alter/Neuer Hafen in Bremerhaven wird realisiert. Für die Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven stehen fast 60 Millionen Euro in den beiden Haushaltsjahren zusammen zur Verfügung. Gelder für die Brückensanierung, die großen Straßenbauprojekte wie die A 281 oder die Planungskosten für die Cherbourger Straße, aber auch für öffentlichen Nahverkehr und Radwege sind ebenfalls eingeplant.

(C)

Der Senat schlägt Ihnen außerdem fast eine Verdoppelung der öffentlichen Energieeinsparförderprogramme vor. Ebenfalls eingeplant sind insgesamt in diesen beiden Haushaltsjahren 7 Millionen Euro für die Sanierung der Justizvollzugsanstalt. Alle Kritiker dieser Investition sollten sich erst selbst durch den Besuch im Gefängnis ein Bild von der baulichen Situation und den Lebensbedingungen dort machen.

Außerdem haben wir pro Jahr 10 Millionen Euro für Investitionsschwerpunkte der Koalition bereitgestellt. Das sind vier neue Ganztagschulen pro Jahr, drei in Bremen und eine in Bremerhaven. Außerdem geben wir Geld für unseren Anteil am Neubau der Kunsthalle aus.

Dieser Senat greift auch zu einer Reihe von zum Teil unbequemen Sparmaßnahmen. Die bekannteste und am meisten kritisierte ist die verschobene Besoldungserhöhung, aber wir tun viel mehr: Wir reduzieren die Wohnungsbauförderung, überführen die Neubürgeragentur in die allgemeine Verwaltung, und auch das Übertragen des Rhododendronparks in eine private Stiftung dient dem Ziel, Kosten zu reduzieren. Die Tatsache, dass Wirtschaftsförderung in der Regel nur noch als Darlehen gewährt wird, ist einerseits natürlich den knappen Kassen geschuldet, auf der anderen Seite kann nun spätestens seit der Nokia-Geschichte niemand mehr den bedingungslosen staatlichen Wirtschaftssubventionen das Wort reden.

(D)

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der Linken)

Durch die Darlehensvergabe gewinnt Bremen an Gestaltungskraft, und das tatsächliche Fördervolumen steigt an.

Auch die Kritik, die Wirtschaftspolitik würde an Bedeutung verlieren, weil endlich Transparenz in den Sondervermögen geschaffen wird und Teile ihrer Rücklagen dem allgemeinen Haushalt zugeführt werden, entbehrt jeder Grundlage. Es kann ja wohl nicht sein, dass am Haushalt vorbei Guthaben bei den Gesellschaften gebildet werden, die vom Staat teuer kreditfinanziert werden müssen.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der Linken)

(A) Vieles in den vorgelegten Haushalten ist Pflicht. Wir haben uns vorgenommen, das Thema Gender Budgeting sozusagen als „Kür“ auf die Hörner zu nehmen. Wir sind dabei, pro Ressort ein geeignetes Modellprojekt auszuweisen. Anfang Februar wird im Gleichstellungsausschuss eine Auftaktveranstaltung stattfinden. Darüber besteht Einvernehmen mit allen Fraktionen. Ich hoffe, dass ich Ihnen noch vor der zweiten Lesung der Haushalte einige interessante Ergebnisse und Modellprojekte präsentieren kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zum Schluss meines Beitrags möchte ich Sie auf die mittelfristige Finanzplanung 2007 bis 2011 aufmerksam machen. Wir legen Ihnen dar, in welchen Bereichen wir im Benchmark an welcher Stelle stehen, und belegen damit Bremens Eigenanstrengungen. Wir zeigen die Bremen benachteiligende Wirkung des Länderfinanzausgleichs, und in den Darstellungen haben wir aufgezeigt, welche realen Spielräume im Haushalt wir überhaupt noch für Einsparungen oder Mehrausgaben haben. Es ist nicht mehr viel, trotzdem müssen wir sie nutzen. Auch deshalb ist die mittelfristige Finanzplanung, die die Ausgaben und Einnahmen der nächsten Jahre auf die Ressorts herunterbricht, so wichtig. Sofort nach Beschlussfassung über diesen Haushalt beginnt die Arbeit an dem nächsten. Wer heute weiß, wie es 2010 und 2011 aussieht, kann sich darauf einrichten. Der Senat wird Ihnen in den nächsten Monaten eine Reihe von strukturell wirksamen Maßnahmen vorlegen, die wir umsetzen wollen, um die Haushalte der nächsten Jahre für die Bevölkerung erträglich über innere Reformen und Strukturverbesserungen zu erreichen.

(B)

Sie können sich darauf verlassen, meine Damen und Herren: So sehr der Senat in Bremen auf Ausgabendisziplin drängen muss und um Verständnis für diesen Kurs wirbt, so sehr kämpfen wir vor dem Bundesverfassungsgericht und mit Bürgermeister Böhrnsen an der Spitze im Rahmen der Föderalismusreformkommission um weitere Hilfen für Bremen, insbesondere für Zinsbeihilfen, wenn es wie gewünscht zu einer Einschränkung der Möglichkeiten der Kreditfinanzierung der Staatshaushalte in Deutschland kommt.

Wichtiges Ziel für den Senat, und das hängt auch mit unserer Außenwirkung zusammen, ist ein öffentlich vermittelbarer, transparenter Haushalt. Nur wenn es gelingt, Verständnis und Interesse am öffentlichen Haushalt zu verbessern, Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Logik einzelner Töpfe noch lange keine Gesamtverantwortung ergibt, haben wir eine Chance. Ich selbst habe eigentlich immer sehr gute Erfahrungen damit gemacht, wenn ich die finanziellen Grundlagen unseres Staates erläutere: Interesse, Erstaunen, Ideen! Machen Sie es auch!

Herr Block, Referatsleiter im Finanzressort, hat ein wunderbares Zitat von Richelieu aus dem 17. Jahr-

hundert gefunden. Das wollte ich Ihnen hier gern noch einmal vortragen, und zwar heißt es: „Der Haushalt ist der Nerv des Staates, daher muss er den profanen Augen der Untertanen entzogen werden.“

(C)

(Heiterkeit)

Diese Zeiten sind vorbei. Haushaltswahrheit, -klarheit und Transparenz sind die Kennzeichen für moderne Haushalte in modernen Demokratien. Wir im Senat freuen uns auf die weiteren Beratungen mit Ihnen und den Bürgerinnen und Bürgern. – Vielen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Man hat es in den letzten Tagen und Wochen gespürt und auch, Frau Bürgermeisterin, heute bei Ihrer Rede: Der Senat ist mit sich selbst zufrieden. Das ist auch kein Wunder, denn in dem ersten halben Jahr hat der Senat sich auch im Wesentlichen mit sich selbst beschäftigt. Alle hatten die Erwartung, dass nach dem Regierungswechsel – 12 Jahre Große Koalition hin zu einer rot-grünen Reformregierung – der Hauch von Erneuerung durch die beiden Städte unseres Landes ziehen würde, und was ist passiert? Der Hauch der Erneuerung hat sich allenfalls im Senat selbst abgespielt.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich noch gut, wie insbesondere die CDU sich von Ihnen, Frau Bürgermeisterin Linnert, damals in der Oppositionsrolle vorhalten lassen musste, welche häufigen Personalwechsel es in der Großen Koalition gegeben hat, und wie sieht Ihre eigene Bilanz nach sechs Monaten Regierungsbeteiligung aus? Fangen wir bei den Senatoren an: Der ehemalige Finanzsenator Ulrich Nußbaum wollte gar nicht erst wieder in diese Regierung, nachdem der Koalitionsvertrag ausgehandelt und unterschrieben war.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das sind olle Kamellen!)

Ich gebe zu, er war nicht immer mein Freund,

(Zurufe von der SPD)

und ich gebe zu, wir haben uns nicht immer gut verstanden, aber er war ein über die Parteigrenzen und

(A) sogar bei Ihnen, sehr geehrte Frau Linnert, sehr geschätzter, sehr konsequenter und sehr aufrichtiger Finanzsenator für die beiden Städte unseres Landes, und er hat vor dieser rot-grünen Regierung kapituliert.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der eine will gar nicht erst in die Regierung,

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Das ist ja süß!)

und der andere kann gar nicht schnell genug wieder herauskommen!

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Und der dritte weint immer noch, dass er nicht mehr dabei ist!)

Senator Lemke hat angekündigt, dass er voraussichtlich noch in diesem Monat die Regierung verlassen will. Offensichtlich sitzt die parteiinterne Niederlage durch Herrn Bürgermeister Böhrnsen noch so tief, und das Abschieben in das Innenressort, in dem er ja noch gar nicht persönlich richtig angekommen ist, hat ihn so verunsichert, dass er auf Jobsuche ist.

(B) (Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Über Niederlagen können Sie auch etwas erzählen!)

Wie sieht es bei den Staatsräten aus? Die Erste, die den Senat verlassen hat, bevor man sie in Bremen überhaupt kennengelernt hat, war Frau Staatsrätin Dr. Weihrauch. Kurz danach hat ziemlich schnell eine weitere Staatsrätin mit einem goldenen Handschlag von rund 80 000 Euro den Senat verlassen, ausgerechnet im Ressort, Frau Bürgermeisterin Linnert, das von den Grünen geführt wird.

Meine Damen und Herren, in sechs Monaten zwei Senatoren und zwei Staatsräte zu verlieren

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das ist ja falsch!)

ist in Bremen in der Tat Rekord!

(Beifall bei der CDU – Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage das gar nicht mit Kritik, denn wenn Sie so weitermachen, Herr Dr. Güldner,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/
Die Grünen]: Karneval!)

in sechs Monaten zwei Staatsräte und zwei Senatoren, das macht in vier Jahren 16 Staatsräte und 16 Senatoren!

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. D r . S i e l i n g [SPD]:
Das ist ja CDU-Niveau!)

Die Wahrscheinlichkeit, dass wenigstens ein brauchbarer dabei ist, steigt mit der Politik der rot-grünen Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Über die Rückkehr zu rot-grünem Filz in Bremen will ich an dieser Stelle nicht viel sagen, aber auch das war immer einer der Kernpunkte, das Personalkartell der Großen Koalition.

Meine Damen und Herren insbesondere vom Bündnis 90/Die Grünen, wenn ich mir anschauere, wie Sie mit dem geachteten Bürgerschaftsdirektor umgegangen sind, der aus Ihrer eigenen Fraktion als Geschäftsführer kommt, wie Sie ihn geopfert haben einer von Anfang an aussichtslosen Personalie, nämlich um die ehemalige, durch einen Misstrauensantrag von Ihnen sogar gestürzte Sozialsenatorin hier in der Bürgerschaft zu versorgen, dann zeigt das: Die Grünen haben keine Skrupel in der Personalpolitik, seitdem sie in Bremen regieren.

(Beifall bei der CDU)

Das Zweite, das mich neben der Personalpolitik erfreut, und jetzt kommen wir in die Irrungen und Wirrungen des vorgelegten Haushaltsplanentwurfes, ist – –.

(Zurufe: Ach! – Abg. Frau B u s c h [SPD]: Tatsächlich!)

Frau Busch, daran müssen Sie sich gewöhnen, dass wir über Sie reden! Das gehört dazu!

(Zuruf: Ich habe gedacht, Sie haben nichts Inhaltliches mehr! Aber bitte zum Thema!)

Dazu werden wir schon noch kommen. Ich bin ja einmal gespannt, was Sie inhaltlich dazu beizutragen haben! Frau Busch, Sie haben sich von ganz hinten bis hier ganz nach vorn gebrabbelt, nun können Sie das Brabbeln auch einstellen!

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD – Abg. Frau B u s c h [SPD]: Was sind Sie erbärmlich!)

Ich will an dieser Stelle sagen, dass offensichtlich die vorgelegten Haushaltspläne auch das Ende des

(C)

(D)

(A) grünen Wolkenkuckucksheims sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was mussten wir uns alle anhören, die Große Koalition, Sie auch als SPD-Fraktion, wie intransparent, wie unsolide, wie undurchsichtig und unvollständig unsere Haushaltsentwürfe in den letzten Jahren gewesen sind!

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Schauen Sie jetzt einmal hinein!)

Bei den Haushaltsentwürfen, die wir gemeinsam als SPD- und CDU-Fraktion verabredet, im Senat miteinander beraten und hier im Parlament auch abgestimmt haben, erinnern Sie sich noch daran, wie die Grünen an diesem Haushaltsgebaren herumgewettert haben? Und was ist heute die Realität?

Die Grünen haben gesagt, mit uns wird es nie langfristige Kapitaldienstfinanzierungen geben, das haben wir soeben auch wieder von Frau Bürgermeisterin Linnert gehört. Und was ist die Wirklichkeit? Während die Große Koalition die wichtigen Investitionsvorhaben, die Frau Bürgermeisterin Linnert eben zum Beispiel im Hafen ausdrücklich noch einmal genannt hat, wie Containerterminal, aber auch wie die Kaiserschleuse auf mehrere Jahre verteilt finanziert hat, finanziert die neue Regierung Maßnahmen wie Parkunterhaltung im Rhododendronpark über mehr als 20 Jahre. Diese Regierung finanziert die Gefängnisanierung, die dringend erforderlich ist, über mehr als 10 Jahre.

(B) Meine Damen und Herren, die Große Koalition hat Kapitaldienstfinanzierung zur Stärkung der Wirtschaftskraft unseres Bundeslandes und zur Schaffung von Arbeitsplätzen für erforderlich gehalten. Das haben Sie verteufelt, und Sie machen es, um konsumtive Kosten und investive Notwendigkeiten zu verschleiern. Das ist doch keine neue Politik, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Das zweite große Argument in Zeiten der Großen Koalition war, der Senat schmeißt das Geld hinaus. Deswegen ist man auch als Tiger gestartet in die neue haushalterische Zeit der rot-grünen Landesregierung. Eine Haushaltssperre wurde verkündet und ein Bündel von Grausamkeiten im Senat verabredet, damit die Leute spüren, dass es eng und ernst wird in den beiden Städten unseres Landes. Und was ist daraus geworden?

Während in den ersten sieben Monaten, also von Januar bis Juli 2007, unter der Verantwortung Rot-Schwarz die konsumtiven Ausgaben auf 72,7 Millionen Euro unter dem Anschlag waren, waren sie merkwürdigerweise ausweislich des Berichts der Finanzsenatorin im November nur noch 54,8 Millionen Euro unter dem Schnitt, trotzdem ein gutes Ergebnis! Aber wenn man sich die sonstigen konsumtiven Ausgaben

anschaut, also dort, wo haushaltswirksame Maßnahmen wirklich wirken sollen, dann hatten wir bei den Ausgaben von Januar bis Juli 2007 14,4 Millionen weniger sonstige konsumtive Ausgaben als veranschlagt, Stand November: 24,1 Millionen Euro mehr konsumtive sonstige Ausgaben als veranschlagt!

Meine Damen und Herren, das war doch nichts als Show, was im Sommer letzten Jahres verkündet worden ist! Die Bürgermeisterin ist als haushaltspolitische Tigerin gestartet und als Bettvorlegerin des Senats gelandet. Das ist die Wahrheit der neuen haushalterischen Konsolidität!

(Beifall bei der CDU)

Was ist eigentlich aus den Grausamkeiten geworden, meine sehr verehrten Damen und Herren, die im Sommer letzten Jahres miteinander verabredet worden sind? Die Einführung einer zentralen Beschaffung bei Polizei und Feuerwehr, wo ist sie eigentlich geblieben?

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wo ist eigentlich das Geld für den Digitalfunk geblieben?)

Die Heranziehung der Bremer Gesellschaften und Sondervermögen zur Deckung des Gesamthaushalts, die 80 Millionen Euro, Frau Linnert, die Sie immer bei der BIG gesucht haben und dann zur Haushaltskonsolidierung heranziehen wollten, wo sind sie eigentlich geblieben? Wo ist eigentlich der Beitrag der Bremer Aufbaubank geblieben, die zerschlagen, aufgelöst und wo ein dreistelliger Millionenbetrag erlöst werden sollte? Meine Damen und Herren, aus all dem ist nur eines geworden, nämlich nichts!

(Beifall bei der CDU)

Bei der Bremer Aufbaubank zum Beispiel hat der Senat auf eine Kleine Anfrage der CDU-Fraktion erklärt, man wolle bis zum 31.12.2007 ein Konzept vorlegen. Meine Damen und Herren, wir haben heute Ende Januar 2008, und der Senat ist in dieser Frage wie in vielen anderen Fragen auch konzeptionslos. Es hat nichts stattgefunden, seitdem Sie regieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich will über die anderen Grausamkeiten wie die Eingliederung des Landesamtes für Verfassungsschutz in die Innenbehörde, die Fusion des Statistischen Landesamtes mit der Behörde in Niedersachsen und so weiter im Einzelnen gar nicht mehr reden, aber eines steht fest: Das, was sich die neue Regierung an Grausamkeiten vorgenommen hat, meine Damen und Herren, ist in Bremen nicht angekommen.

(C)

(D)

(A) Der dritte große Anspruch der Grünen, noch in der Oppositionszeit, war, meine sehr verehrten Damen und Herren: Wir wollen einen vollständigen, ehrlichen, wahren Haushalt vorlegen! Ungeachtet dessen, dass es ja bedeutet, dass, Herr Sieling, wir nie einen vollständigen, wahren und ehrlichen Haushalt vorgelegt haben, das könnte sogar an den Rand Ihrer Schmerzgrenze trotz neuer Verliebtheit mit den Grünen gehen, aber wenn man sich das einmal anschaut und den neuen Haushalt daran misst, dann fragt man: Ist er eigentlich vollständig? Wo ist eigentlich die Zusage des Bürgermeisters an die Jacobs University im Zusammenhang mit der einzigartigen und großartigen Spende der Jacobs Foundation, in den nächsten Jahren noch viermal 5 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen? Wo findet sich das eigentlich in diesem Haushalt? An keiner Stelle, meine Damen und Herren!

Wo sind beispielsweise die Mehrkosten für die Realisierung des JadeWeserPorts, die noch strittig, aber mittlerweile anerkannt sind? Dort werden 19 Millionen Euro einmal eben auf Zuruf als Mehrkosten anerkannt.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Wulff sagt etwas anderes! Das ist ja interessant!)

(B) Wo findet sich das im Haushalt, meine Damen und Herren?

Wo ist eigentlich die zugesagte Lösung der Unterfinanzierung der städtischen Klinika? 68 Millionen Euro Kontokorrentkredit warten auf eine Lösung, die bis zum Beginn der Beratungen hier heute im Parlament zugesagt war. Auch diese finden sich im Haushalt nicht.

Meine Damen und Herren, in diesem Haushalt fehlen Millionenbeträge, die bereits zugesagt, verpflichtet oder zwangsläufig auf uns zukommen, und das ist das Gegenteil von Vollständigkeit und Wahrheit!

(Beifall bei der CDU)

Trotzdem gibt es vieles an diesem Haushalt, meine sehr verehrten Damen und Herren, das unausweichlich ist. Deswegen kann ich auch in der neuen Rolle in der Opposition nicht den Stab über den gesamten Haushalt brechen. Vieles ist von uns nicht mehr beeinflussbar. Das betrifft zum Beispiel die Frage der Höhe der Schulden und der dafür aufzuwendenden Zins- und Tilgungsleistungen. Das betrifft viele andere Bereiche, die in den vergangenen Jahren, wie ich finde, auch aus gutem Grunde vorfinanziert worden sind, weil sie Arbeitsplätze geschaffen haben

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Auch nicht immer, oder?)

und wir die Rendite ja auch fiskalisch spüren.

Frau Stahmann, ich verstehe Ihren Einwand nicht. Ich finde manches an der neuen Rolle der Grünen auch konstruktiv. Also, wenn Sie sich zum Beispiel, sonst lassen Sie sich das von dem Kollegen Dr. Güldner noch einmal zeigen, die Controllingberichte der Finanzsenatorin anschauen, die größte Gegnerin der Investitionspolitik der Großen Koalition sozusagen, die bei der Frage der Entwicklung der Steuermehreinnahmen in den Controllingbericht hineinschreibt, dass sie darauf zurückzuführen sind, dass die Vorgängerregierung erheblich in die Schaffung von Arbeitsplätzen und in die Schaffung von Wachstum investiert hat, meine Damen und Herren, dazu kann ich nur sagen: Das Sein bestimmt das Bewusstsein. Recht hat sie!

(Beifall bei der CDU)

Wir haben uns in den 12 Jahren Regierungsbeteiligung nicht darauf beschränkt, das Land zu verwalten. Wir haben den Anspruch gehabt, es zu gestalten und ihm eine Zukunft zu geben, und diese hat dieses Bundesland nur, wenn es in seine Stärken investiert, wenn es wirtschaftlich leistungsfähig bleibt, wenn es Arbeitsplätze schafft und daraus Steuern generiert, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das war die Politik der Großen Koalition,

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht nur!)

und die Rendite daraus bekommen wir jetzt, weil wir Steuermehreinnahmen haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Totaler Blödsinn!)

Wir können sie, Frau Stahmann, nicht verprassen, weil wir uns als gute Kaufleute verpflichtet haben, diese Steuermehreinnahmen zu verwenden, um die Schuldenaufnahme zu begrenzen. Andere Länder geben Teile dieses Geldes aus.

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei der Rennbahn, zum Beispiel!)

Ich finde, das ist richtig. Das hat die alte Koalition beschlossen, und das setzt diese Koalition fort, das finde ich richtig und vernünftig, aber Fakt ist: Die Politik der letzten Jahre hat dazu geführt, dass wir am konjunkturellen Aufschwung teilhaben konnten, meine Damen und Herren, dass wir Steuermehreinnahmen generieren und den anderen Ländern zeigen können, hier ist ein wirtschaftlich leistungsfähiges Bundesland, das dauerhaft überlebensfähig ist. Das ist doch die Botschaft der Politik der vergangenen Jahre!

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) Deswegen sagen wir, dieser Weg muss auch konsequent fortgesetzt werden.

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Wird er doch!)

Er wird mit neuen Maßnahmen in diesem Haushalt nicht unterlegt. Der Hafensenator hat bis zum Jahr 2012 und folgende, so heißt das in der mittelfristigen Finanzplanung, für Hafeninfrastrukturinvestition genau 0 Euro zur Verfügung. Dass das nicht mehr so üppig sein kann wie in den Zeiten, als wir CT 4 und die Kaiserschleuse, CT 3 und CT 3a finanziert haben, das liegt auf der Hand, meine Damen und Herren, aber der Hafensenator hat noch vor Kurzem öffentlich wirksam ein Hafenstrukturkonzept vorgelegt, das dringenden Handlungsbedarf in der Weiterentwicklung der Lebensader unserer beiden Städte für erforderlich hält.

Wir werden die Beschäftigten in den Häfen nur dann halten können, meine Damen und Herren, wenn wir weiter mit dem Wachstum Schritt halten und in die Stärke unseres Landes investieren, und diese Regierung setzt diese Stärke in ihren Entwürfen auf Null, das ist verantwortungslos, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(B) (Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen] – Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Pure Polemik! – Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Was wollen Sie denn konkret da machen?)

Sie reduzieren die Möglichkeiten zur Investition in die Wirtschaftsstruktur zur Schaffung von Arbeitsplätzen im übrigen wirtschaftlichen Bereich auf 14 und 9 Millionen Euro in den nächsten beiden Jahren. 21 Millionen Euro hat der Wirtschaftssenator noch dafür zur Verfügung,

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Warum hat er das? Sagen Sie doch einmal, warum!)

um Bremen, was die Bürgermeisterin gesagt hat, so aufzustellen, dass wir am konjunkturellen Fortschritt, der insgesamt durch Deutschland geht, teilhaben können, meine Damen und Herren. Mit 21 Millionen Euro für Wirtschaftsinfrastruktur werden Sie an diesem Aufschwung nicht teilhaben können, Sie verspielen Arbeitsplätze und Wachstum für unser Bundesland, wenn Sie es so beschließen, wie es in den Entwürfen enthalten ist!

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich, diese Regierung geht den falschen Weg. Irgendwann werden die Projekte, die die Große Koalition unter maßgeblicher Führung der CDU

(Lachen bei der SPD)

insbesondere im Wirtschafts- und Hafenbereich noch durchgesetzt und finanziert hat, wenn auch auf die Zukunft finanziert hat, erschöpft sein, Herr Senator Nagel, und dann stehen Sie hoffentlich nicht mit heruntergelassenen Hosen, aber zumindest mit leeren Taschen vor diesem Parlament, und es wird Ihnen nicht gelingen, den bundesweit anspringenden konjunkturellen Aufschwung auch nach Bremen zu tragen. Sie werden noch ein paar unserer Projekte eröffnen können, aber dann ist Ende im Gelände!

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wie wollen Sie es finanzieren? Sagen Sie doch, wie Sie es finanzieren wollen!)

Herr Dr. Güldner, ich sage, wir sehen es ja zum Beispiel bei der sehr bedauerlichen Entscheidung von AMBAU, in Bremerhaven nicht zu investieren und nicht Hunderte von neuen Arbeitsplätzen zu schaffen. Die Frage, ob Unternehmen kommen und Arbeitsplätze schaffen, ist nicht in erster Linie eine Frage der Förderkulisse, sondern eine Frage, inwieweit diese Standorte darauf vorbereitet sind, diesen Unternehmen optimale Randbedingungen anzubieten.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das bezweifeln Sie? Das ist ja unglaublich!)

Das Problem, Herr Dr. Kuhn, ist doch ersichtlich, dass wir diese wichtige, in einer Schlüsselbranche, einer Zukunftsbranche notwendige Zurverfügungstellung eines angemessenen und richtigen Betriebsgrundstücks nicht gewährleisten können. Diese Firma verlässt die Stadt, weil sie kein geeignetes Gewerbegrundstück vorgefunden hat, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich sage nicht, dass das Ihre Schuld ist, Herr Dr. Kuhn, ich sage nur, dass so etwas eigentlich nicht passieren darf und dass so etwas immer mehr passieren wird, wenn man nicht in die wirtschaftliche Infrastruktur unserer beiden Städte investiert, das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Völliger Blödsinn!)

(C)

(D)

(A) Deswegen sage ich, man muss bereit sein, bei Investitionen, die für die Zukunft Wachstum generieren und Arbeitsplätze schaffen, auch über das einzelne Haushaltsjahr hinauszuschauen.

Ich weiß, Frau Bürgermeisterin Linnert, dass Sie die Kapitaldienstfinanzierung immer verteufelt haben. Ich sage ganz offen, ich habe sie für die wichtigen Infrastrukturprojekte immer für richtig gehalten.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich, wir werden auch in Zukunft solche Finanzierungsmöglichkeiten nutzen müssen. Die meisten Menschen können es sich nicht leisten, ihr eigenes Haus aus Vorräten zu bezahlen. Die meisten Menschen sagen, ich kaufe mir ein Haus und finanziere es auf viele Jahre, damit es sich am Ende für mich lohnt. Genauso muss sich auch der Staat verhalten. Wenn ich eine Rendite auf meine Investitionen bekomme, die in 5, in 10 oder in 15 Jahren eintritt, halte ich es auch für verantwortbar, diese Investition auf 5, auf 10 oder auf 15 Jahre zu finanzieren, das ist der Unterschied zwischen rot-grüner Investitions- und Wirtschaftspolitik und dem Anspruch, den die Opposition in diesem Hause hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

(B) Ich will einen weiteren Punkt ansprechen, der mir große Sorge macht. Es ist die Situation der Arbeitslosen in den beiden Städten unseres Landes. Ich habe kein Verständnis dafür, wenn ein führender SPD-Politiker wie der Oberbürgermeister von Bremerhaven in einem bereits viel gescholtenen Artikel einer Wochenzeitschrift, die montags in Hamburg erscheint, verkündet: Wir haben in Bremerhaven 10 000 Arbeitslose, und ich bin schon glücklich, wenn 1000 bis 2000 davon eine Beschäftigung finden. Meine Damen und Herren, das mag der Anspruch eines führenden Sozialdemokraten sein,

(Unruhe bei der SPD)

wir als Union haben den Anspruch, dass wir allen Menschen, die in Arbeitslosigkeit verharren, die Möglichkeit geben, ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit zu bestreiten. Das ist der Anspruch, den wir haben. Wir lassen niemanden in der Arbeitslosigkeit hängen!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Da stellt sich die Frage: Was ist eigentlich falsch gelaufen? Da finde ich es ganz interessant – ich beschäftige mich ja nur mit den Papieren des Senats –: Wenn ich zum Beispiel den Benchmarking-Bericht

2007 der Senatorin für Finanzen anschau, dann stelle ich fest, das Bundesland Bremen ist an zweiter Stelle, was die Anzahl der Arbeitsplätze gemessen an den Einwohnern betrifft. Nach Hamburg gibt es in keinem anderen Bundesland in Deutschland so viele Arbeitsplätze wie in Bremen. Das ist eine gute Nachricht, im Übrigen auch ein Ergebnis der gemeinsamen erfolgreichen Politik der letzten Jahre. Wenn ich mir aber anschau, wer eigentlich in Bremen und Bremerhaven arbeitet, wer eigentlich davon profitiert, dass wir eine so hohe Arbeitsplatzdichte haben, dann stelle ich fest, dass wir ausweislich des Benchmarking-Berichts bei der Frage, wie viele unserer Einwohner eigentlich einen dieser Arbeitsplätze haben, die es bei uns gibt, an vorletzter Stelle sind, nämlich auf dem 15. Platz.

Meine Damen und Herren, diese beiden Zahlen machen deutlich, dass es in Bremen und Bremerhaven eine Menge Arbeitsplätze gibt und wir eine Menge neuer Arbeitsplätze geschaffen haben, dass es uns aber nicht gelingt, unsere eigenen Arbeitslosen in diese neue Beschäftigung zu vermitteln. Das ist ein Problem der Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik, und ich sage da ganz offen: Da ist in den letzten Jahren vieles falsch gelaufen.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube fast, dass wir da mit Bündnis 90/Die Grünen einer Meinung sind, zumindest wenn ich die Haushaltsdebatten der letzten Jahre betrachte, insbesondere zur Frage, was finanzieren wir eigentlich aus dem BAP, und gibt es eine Konzeption zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Deswegen habe ich die Erwartung gehabt, dass es, nachdem es uns nicht gelungen ist, Ihnen vielleicht gelingt, in dieser neuen großen Liebe bei den Sozialdemokraten zu erreichen, dass Beschäftigungspolitik eben nicht nur darauf zielen kann, Menschen in staatlichen Leistungen zu beschäftigen, sondern dass Beschäftigungspolitik in erster Linie Qualifizierungspolitik ist und dafür sorgen soll, dass Arbeitslose wieder in Arbeit kommen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Arbeitssenatorin hat sich in Ihrer ganzen Tätigkeit und mit Ihren Vorgängerinnen darauf beschränkt, Strukturen von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften abzufinanzieren, mit einer miserablen Erfolgsquote. Dass die Menschen in Bremen und Bremerhaven keine Arbeit haben und dass wir so eine hohe Arbeitslosigkeit haben, ist keine Frage, ob wir genug in die Schaffung von Arbeitsplätzen und in die wirtschaftliche Dynamik unserer beiden Städte investiert haben, nein, es ist einfach ein Versagen von staatlicher Arbeitsmarktpolitik!

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(A) Ich sage das kritisch an die eigene Adresse, weil es uns nicht gelungen ist, den Kurs der Sozialdemokraten an dieser Stelle zu ändern. Aber ich habe die Erwartungshaltung, dass es Ihnen gelingt, es endlich zu schaffen, Herr Dr. Güldner!

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Herr Präsident, es blinkt hier vorn so hektisch, und deswegen will ich sagen: Der Senat mag vielleicht mit seiner Politik zufrieden sein. Ich will sogar weiter sagen: Viele fühlen sich besser in dieser neuen Regierung; die Grünen sowieso, weil sie viele Jahre darauf gewartet haben, endlich wieder regieren zu können, die Sozialdemokraten auch, weil sie, ehrlich gesagt, nie so gern mit uns regiert haben und immer nur wieder unter Anwendung von Drohungen durch den früheren Bürgermeister Dr. Scherf dazu verleitet worden sind, uns doch nicht völlig abzustoßen. FDP und Die Linke freuen sich sowieso, weil es im Parlament schöner ist als draußen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion fühlt sich in der Opposition auch nicht gerade unwohl, das will ich an dieser Stelle sagen!

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. Frau B u s c h [SPD]:
Wir geben Ihnen die Garantie für die nächs-
ten 20 Jahre! – Abg. Frau S t a h m a n n
[Bündnis 90/Die Grünen]: Dann ist ja alles
in Butter!)

(B) Wir schauen einmal, wie lange das so bleibt! Es geht aber nicht darum, dass die Grünen, dass die Sozialdemokraten, dass die Linkspartei, die FDP und wir uns wohlfühlen. Meine Damen und Herren, wir haben eine Aufgabe, die Probleme dieses Landes zu lösen. Ich sage, an dem vorgelegten Haushaltsentwurf ist vieles eine Notwendigkeit, aber die Spielräume und die Stellschrauben, die Sie haben, nutzen Sie nicht! Sie sorgen nicht für Wachstum, Sie sorgen nicht für Beschäftigung, Sie setzen die falschen Schwerpunkte, und ich sage voraus, das Bundesland wird mit der Politik dieser rot-grünen Regierung, die wir in Zahlen gegossen vorliegen haben, nur noch verwaltet und nicht mehr gestaltet. Dafür werden Sie unsere Zustimmung nicht bekommen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, auf der Besuchertribüne begrüße ich recht herzlich Vertreter des Gesamtpersonalrats und des Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie eine Gruppe aus Staffordshire, England! It is a great pleasure to welcome our friends from Staffordshire. Mister Dix, you are most welcome!

(Beifall)

Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

(C)

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dieser Oppositionsrede finde ich, dass die Gelassenheit und die Souveränität, mit der der Senat seine Politik führt, die Gelassenheit und Souveränität, mit der die Bürgermeisterin und Finanzsenatorin hier den Haushalt und die Eckpunkte vorgestellt hat, bestätigt worden sind. Das ist ein ordentliches Werk. Selbst die Opposition hat keine richtige Kritik daran. Herr Röwekamp sagt, er will darüber nicht den Stab brechen. Das beruhigt mich, und es beruhigt mich auch deshalb, weil wir Ihnen mit Sicherheit und gern einen Wunsch erfüllen können: Sie fühlen sich in der Opposition nicht unwohl, wir unterstützen, dass Ihr Wohlbefinden weiter gesteigert wird und sich lange fortsetzt, Herr Röwekamp!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Aber, meine Damen und Herren, wenn es an der Stelle einmal so einfach wäre! Dieser Haushalt ist ein Doppelhaushalt für die Jahre 2008 und 2009. Diese Phase wird entscheidend sein für die Zukunft Bremens, insbesondere dieses Jahr im Zusammenhang mit den Verhandlungen in der Föderalismusreformkommission und den Eckpunkten, die wir für die Klage in Karlsruhe vorgelegt haben. Dies wird sehr entscheidend sein. Dafür ist es entscheidend, dass auch in diesem Hause nicht nur die Regierung hervorragende Arbeit macht, sondern dass auch in diesem Hause qualifiziert und wirklich in den Details mit der Zielstellung, die wir haben – bei den großen Augen und den scharfen Blicken, die wir von außen doch auf Bremen spüren –, hier eine starke Opposition und auch eine Opposition vorherrscht – und das will ich an dieser Stelle sagen, und ich habe es schon einige Male gesagt –, die mit beiden Beinen in der Gesellschaft verankert ist.

(D)

In der Bundespolitik ist ja das Wort der Mitte en vogue. Ich wäre froh, wenn wir in diesem Hause einmal dazu kämen, dass wir nicht nur diese große Mitte haben, die diese Regierungskoalition darstellt, sondern, Herr Röwekamp, wenn Sie selbst mit Ihrer kleinen Mitte einmal wieder ins Zentrum der Gesellschaft kämen, auch bei Ihren Forderungen und Ihrer Art und Weise, hier zu diskutieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich will mit Bezug auf den Haushalt gern zum einen noch einmal in meiner Rede deutlich machen, welche Aufgaben sich die rot-grüne Koalition gestellt hat und welche und richtigen Maßnahmen wir ergreifen – auch dazu ist eben wenig gesagt worden –, damit

(A) der gesellschaftliche Zusammenhalt in Bremen und Bremerhaven gewahrt wird. Ich will aber auch deutlich machen, dass diese Koalition verlässlich ist. So manche Kritik, die ich eben zur Investitionspolitik gehört habe, ist ja das Klagen darüber, dass eben diese rot-grüne Koalition fortsetzt, was richtig und erfolgreich war, und damit Verlässlichkeit zeigt.

Ich finde, dieser Haushaltsentwurf macht auch deutlich, dass hier gemeinsame Leistungen aus der Zeit der Großen Koalition fortgesetzt werden. Gemeinsame Leistungen sage ich aber sehr bewusst, denn, Herr Röwekamp, wir haben natürlich in der vergangenen Legislaturperiode am Ende gemeinsam diesen Weg zur Klage in Karlsruhe beschritten und auch die Grundlage für die Verhandlungen gelegt. Ich muss sagen, am Ende! Ich erinnere mich sehr gut, dass Bürgermeister Böhrnsen, nachdem er ins Amt kam, ein Eckpunktepapier vorgelegt hat und wie das Geschrei vom Regierungspartner CDU war. Ich erinnere mich auch wunderbar an das schöne Papier der drei damaligen Senatoren Kastendiek, Eckhoff und auch von Ihnen, Herr Röwekamp, in dem dieser Wechsel zu dem richtigen Kurs bekämpft und nicht unterstützt wurde. Von Anfang an dabei waren aber die Grünen, die damals noch in der Opposition waren, und auch Bürgermeisterin Linnert.

(B) Darum ist es eine gemeinsame Leistung aus den Zeiten der Großen Koalition. Ich wäre froh, wenn Sie heute einmal etwas anderes machen würden, als ständig aus der Verantwortung für die vergangene Politik zu fliehen, Herr Röwekamp!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wenn ich diese Leistungen aus der Zeit der Großen Koalition nehme, dann sind es eben diese neuen Eckpunkte, die geschaffen wurden, diese Zäsur, die eingeleitet wurde mit den Veränderungen und mit dem Ziel, bei den sogenannten Primärausgaben – das ist alles außer den Kosten für die vergangenen Schulden, also den Zinsen – die normalen Betriebsausgaben inklusive der Investitionen aus der eigenen Kraft zu schaffen. Auf diesem Weg liegt dieser Haushalt. Es ist doch gut und wichtig zu sagen, dass wir im Jahr 2008 in diesem Haushaltsentwurf dieses Ziel nur noch um 37 Millionen Euro verpassen und es im Jahr 2009 erreichen. Das ist ein großer Erfolg dieses Vorschlags des Senats.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich will auch etwas sagen, das ist doch ein wichtiger Punkt, zur Investitionsdebatte. Die Entscheidung, auf das Hamburger Niveau zu kommen, war die Qualitätsnummer eins der letzten zwei Jahre der Großen Koalition. Ich darf hier deutlich sagen, weil das angesprochen wurde: Wir als Sozialdemokraten ha-

ben Entscheidungen getroffen, in bestimmten Jahren die Große Koalition zu machen, und wir haben diese Entscheidung immer mit Überzeugung getroffen nach zwei Wahlen und haben diese Koalition nicht unter Leiden geführt. Wir haben aber in der Großen Koalition dafür gesorgt, dass ein ordentliches Profil herauskommt, und haben versucht, so viel wie möglich hinzubekommen, und da ist eben nicht immer alles gegangen.

Ich bin aber stolz darauf, dass es Bürgermeister Böhrnsen gelungen ist, auch in dieser Schlussphase das noch hinzubekommen und zu verändern. Dazu gehört eben auch, die Investitionen auf das Hamburger Niveau herunterzufahren, und dann muss man heute dastehen und auch die Konsequenzen daraus tragen, Herr Röwekamp, und nicht schon wieder aus der Verantwortung fliehen und schon wieder sagen, da war ich wohl nicht dabei, ich will jetzt etwas ganz anderes und große Mehrausgaben. Das geht nicht!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich bin übrigens froh – das will ich hier sagen, ich hoffe, das bleibt in der Debatte so –, dass wir offensichtlich gemeinsam an einem weiteren wichtigen Erfolg festhalten, und dieser Haushalt nimmt davon auch keinen Abstand: Wir wollen keine Möglichkeiten mehr nutzen, weitere Vermögensveräußerungen vorzunehmen! Die Gewoba muss öffentlich bleiben, und auch bei der BLG und im Hafengebiet darf es nicht zu Veräußerungen kommen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das sagt auch dieser Haushalt, und es wäre gut, wenn wir dies als Haus weiter unterstützen würden.

Jetzt bin ich natürlich bei der Frage der Verlässlichkeit der rot-grünen Koalition und dem Thema der Investitionspolitik! Dazu will ich zum Ersten sagen, dass ich diese Kritik, die hier nach dem Motto „Jetzt ist diese Regierung neu, und jetzt scheint die Kritik völlig weg zu sein, denn ihr setzt ja fort, was gemacht worden ist“ geführt wird, nicht verstehen kann. Es ist doch gut, und es ist doch der große Erfolg und auch die Gemeinschaftsleistung, die wir hier mit vielen Fraktionen, vor allem den Fraktionen der letzten Legislaturperiode, erreicht haben, dass wir natürlich in die wirtschaftliche Entwicklung und in die Infrastruktur investieren.

Aber das hat eben heute auch Konsequenzen, Bürgermeisterin Linnert hat das in Ihrer Rede gesagt: Es ist ein großer Teil der Investitionsmittel gebunden. Das ist so, das wäre hier unter jeder Regierung so, da kann keine Regierung heraus. Aber wir haben diese Erfolge, und das ist aktive Strukturpolitik. Der CT 4 wird in diesem Jahr fertiggestellt, die Kaiser-

(C)

(D)

- (A) schleuse wird gebaut, andere wichtige Hafenprojekte werden vorangebracht, und es ist gut so, dass wir das machen, meine Damen und Herren, und dass diese Koalition sich darauf verständigt hat.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich darf einmal etwas ganz Aktuelles ansprechen, weil sich das auch in diesem Haushalt wiederfindet! Der ehemalige Bausenator Neumeyer ist losgelaufen und hat zur Überraschung aller „Skandal“ zur Fortentwicklung und zum Weiterbau der A 281, Bauabschnitt 2.2, gerufen und hat gesagt: Das geht alles so nicht! Kurz vor der Wahl, wo sich vieles leicht sagen lässt! Wir haben uns als Koalition vorgenommen, dieses Problem anzugehen, es auf der einen Seite anwohnerverträglich und bürgerfreundlich zu machen und auf der anderen Seite die wirtschaftliche Notwendigkeit – das ist eine Kernader für die Weiterentwicklung des Hafen- und Logistikbereichs – nicht zu bremsen.

- (B) Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Herr Bausenator Dr. Loske hat einen Vorschlag gemacht, der veritabel ist, der die Dinge zusammenbringt, der den Weg zur Lösung zeigt, und in diesem Haushalt sind die notwendigen 5 Millionen Euro für die Planungsmittel abgesichert, damit wir mit dem fünften Bauabschnitt sofort anfangen können. Das ist konkrete Politik, die wir hier in Zahlen gegossen haben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen – Abg. R ö w e k a m p [CDU]:
Wie ist das eigentlich finanziert in dem Haushalt?)

Herr Vorsitzender des Haushaltsausschusses, Sie werden darüber informiert sein, dass die Investitionsmaßnahme des Baus A 281 einen Etatansatz hat, und Sie müssen sich eben dann die Mühe machen, das kann ich Ihnen nicht nehmen, in die Tiefe einzusteigen. Der Senat hat deutlich gemacht, wie es finanziert ist, und es ist in diesem Haushalt und in den Folgehaushalten abgesichert, weil wir entgegen Ihrer Unkenrufe zu dieser Maßnahme stehen. Die A 281 wird in dieser Koalition beendet und fertig gestellt! Ich bin froh, dass wir dazu eine starke gemeinsame Koalition haben aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Wir werden aber einiges nicht mehr machen, und zwar aus zwei Gründen, erstens weil wir es nicht können und zweitens, das sage ich auch deutlich, weil wir gewisse Sachen nicht wollen: Was wir nicht mehr können, habe ich schon mit den hohen Bindungen,

- (C) die in diesem Haushalt in den Investitionen vorhanden sind, angesprochen. Damit gehen gewisse Dinge, die in der Vergangenheit gelaufen sind, nicht mehr. Ich werde Ihnen aber gleich erklären und deutlich machen: Ich bin ziemlich überrascht, wie wenig Einblick Sie in den Haushalt genommen haben, aber die Rede hatte ja auch andere Schwerpunkte und war ja auch sicherlich sehr damit befasst, in die eigenen Reihen zu wirken. In jedem Falle gibt es dort Punkte, gute Ansätze.

Was wir aber nicht mehr wollen und was wir umgesetzt haben, sind verlorene Zuschüsse, einfache Subventionen zur Beförderung von wirtschaftlicher Entwicklung. Das geht nicht mehr, das ist nicht mehr zeitgemäß. Wir haben das 2005 im Koalitionsausschuss der Großen Koalition verabredet. Herr Kastendiek war als Fraktionsvorsitzender mit im Koalitionsausschuss, und wir haben gesagt: Umstellung auf Darlehen in der Wirtschaftsförderung! Dann ist er Wirtschaftsminister geworden und hat leider 2 Jahre die Dinge liegen gelassen.

Senator Nagel war wenige Wochen da, und heute haben wir eine konsistente Vorstellung, wie wir mit Darlehen Wirtschaftsförderung betreiben, und die Einzige, die in der Wirtschaftsdeputation Zeter und Mordio schreit, ist die CDU, die immer noch nicht gemerkt hat, dass wir dafür kein Geld haben und immer noch nicht aus dem, was mit Nokia passiert, gelernt hat. Fahren Sie einmal nach Nordrhein-Westfalen, lernen Sie von Ihrem Parteikollegen Herrn Rüttgers, denn er ist da weiter!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich will an dieser Stelle sagen, wie das aktuelle Thema AMBAU in Bremerhaven angesprochen worden ist: Hier bitte ich den Hauch von Demagogie herauszunehmen! Den Eindruck zu erwecken, dass dieses Vorhaben deshalb in Cuxhaven realisiert wird und leider, leider nicht in Bremerhaven, weil dort zu wenig Geld ausgegeben worden sei, ist falsch. Das haben Sie dann im Weiteren auch richtigerweise gesagt. Es wäre auch so gewesen, dass man es schon lange vorher hätte machen sollen, wenn man diesen Teil der Flächen hätte so aufschütten und vorbereiten wollen. Das hätten wir schon in der Großen Koalition vollziehen können. So gesehen, denke ich, eignet sich das wohl kaum zu einer Auseinandersetzung zwischen der jetzigen Regierung und der jetzigen Opposition.

Ich vernehme in diesem Zusammenhang nur mit großer Freude, dass der Nachfragedruck auf Flächen in Bremerhaven, auch auf die Flächen, die jetzt durch die Firma AMBAU vielleicht nicht wahrgenommen werden, hoch ist. Bremerhaven ist weiter auf gutem Kurs in der Windkraft, und ich bin sehr optimistisch, dass Wirtschaftsminister Nagel das hinbekommt. Ich

(D)

- (A) bitte darum, dass das hier nicht kaputt geredet wird an einem solchen Fall.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das ist das bruchlose Anknüpfen an das, was der „Spiegel“ vor einigen Wochen über Bremerhaven geschrieben hat, und ich denke auch, wir sind doch Realisten und Sie als Bremerhavener müssen es doch wissen. Natürlich ist es angesichts der tiefen Strukturkrise, die Bremerhaven durchlebt hat, ein Erfolg, wenn dort 1000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden, und hier hat der Oberbürgermeister Schulz doch recht, da soll man doch nicht herumfaseln, man habe in der Vergangenheit viele Fehler in der Arbeitsmarktpolitik gemacht. Warum ist es denn nicht gelungen? Es sind tiefere Strukturprobleme! Verschwinden Sie nicht auch vor diesem Problem, Herr Röwekamp! Bleiben Sie ehrlich, sagen Sie, was möglich ist, und versuchen Sie, dies auch zu stützen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

- (B) Ich habe die veritable Kritik gelesen, wir würden nun nicht mehr investieren, und auch für wirtschaftliche Aktivitäten würden in diesem Haushalt keine neuen Maßnahmen ergriffen werden. Das Volumen, das in dem Doppelhaushalt für neue Maßnahmen zur Verfügung steht, ist in der Tat begrenzt. Das ist aber nichts Neues, und Sie haben sich wahrscheinlich die mittelfristige Finanzplanung angesehen und gesehen, dass wir schon in den Jahren 2010, 2011 und folgende mehr Luft haben werden. Ich sage Ihnen, Senator Nagel, Senator Loske und alle, die hier für Strukturpolitik Verantwortung zeichnen, bereiten entsprechende Programme vor, damit wir einen Neuanfang für diese Jahre wählen können und dort auch etwas machen und neu anfassen können. Bis dahin aber wird nicht geschlafen.

Ich darf Ihnen einmal sagen, welche Investitionen in diesem Haushalt eingeplant sind: Wir investieren in die Weiterentwicklung der Überseestadt in Bremen allein 17 Millionen Euro, die Erschließung des südlichen Fischereihafens in Bremerhaven wird fortgesetzt, das Gewerbegebiet Hansalinie, dritter Bauabschnitt – hätte man nie geglaubt –, wird unter Rot-Grün fortgesetzt, wir finanzieren den Bau des Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrums an der Universität, wir werden den Ausbau der Straßenbahnlinien 1, 2, 8 und 10 vorantreiben und dafür die Finanzmittel zur Verfügung stellen, es ist ein Anschlag für den Kunsthallen-Erweiterungsbau enthalten, Ganztagschulen werden ausgebaut, in den Krankenhäusern werden wichtige Investitionen in Millionenhöhe in den 2 Jahren gemacht.

Herr Röwekamp, diese Philosophie zu sagen, es wird nichts gemacht, ist falsch. Schauen Sie sich die Zahlen an, diese Koalition handelt und macht etwas aus dem Geld, was ihr noch bleibt!

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Der zentrale Punkt allerdings für uns ist, und das ist schlicht und einfach eine Folge der gesellschaftlichen Entwicklung, dass wir alle Anstrengungen unternehmen müssen, den sozialen Zusammenhalt zu befördern. Wir müssen gegen das, was uns in dem Armutsbericht der Arbeitnehmerkammer sehr eindrucksvoll dargelegt worden ist, in beiden Städten energisch anarbeiten. Das ist auch wichtig, damit die Menschen sich wohl fühlen und Bremen und Bremerhaven eine Chance haben, Einwohner zu gewinnen, aber auch, damit eine Grundlage dafür geschaffen wird, wirtschaftliche Entwicklung weiterzubringen. Dieser Schwerpunkt, Zusammenhalt der Gesellschaft, setzt auf Bildung und auf aktive Sozialpolitik, das ist auch aktive Struktur- und Wirtschaftspolitik, meine Damen und Herren, so entsteht Zusammenhalt!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Bürgermeisterin Linnert hat hier die Punkte genannt, kostenfreies Mittagessen zum Beispiel. Hierüber habe ich etwas in der Zeitung gelesen, was ich ungeheuerlich fand, Entschuldigung, das habe ich nicht in der Zeitung gelesen, sondern als zufälliger Radiohörer im Radio gehört. Die Klausurtagung der CDU zum Haushalt hatte gerade erst begonnen, und da ist der Fraktionsvorsitzende der CDU – das dürfen ja Fraktionsvorsitzende auch schon einmal – an das Mikrofon gegangen und, finde ich, hat einen bemerkenswerten Satz gesagt, den ich dort über das Radio gehört habe: Sie kritisieren, wir würden nichts für Leistungsträger tun, sondern nur etwas für Arme.

(D)

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die
Grünen]: Vor allem, wenn man an die Kinder denkt!)

Schon das, finde ich, ist für jemanden, der sich vor wenigen Wochen im Wahlkampf noch mit kleinen Kindern auf Holzelefanten gesetzt und gesagt hat, er hat jetzt die Sozialpolitik neu erfunden, eine Schande.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Aber dann zu sagen, dieser Senat und diese Regierung würde den Kindern ja nur ein kostenfreies Mittagessen bieten, das helfe gerade über den Tag, sei

(A) aber keine Perspektive, ist zutiefst zynisch, Herr Röwekamp!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Diese Kinder haben nur eine Perspektive, wenn sie die Chance haben, wenigstens gesund zu leben und gesund aufzuwachsen. So schafft man die Grundlage für Perspektive!

(Abg. Röwekamp [CDU]: Machen Sie mehr!)

Das machen wir! Wir bauen die Ganztagschulen aus, wir werden in der Schulpolitik weitere Schritte machen, aber Sie schreien ja gleich Zeter und Mordio, wenn die Bildungssenatorin den richtigen Vorschlag macht, den Gesamtschulen auch eine Oberstufe beizufügen wie im Osten. Wir werden auch hier die weiteren richtigen Schritte ergreifen.

(Zuruf des Abg. Röwekamp [CDU])

Das wissen Sie genau, aber es bleibt schändlich, so dagegen zu argumentieren und sich zu bewegen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B)

Die Leistungen, die diese Koalition bringt, Null- bis Dreijährigen-Betreuung und viele Dinge mehr, sind hier genannt und angesprochen worden. Ich habe mich gewundert, dass eben in der Rede, auch hier lernt man vielleicht nicht aus der Presseberichterstattung, wieder die Frage angesprochen wurde, diese Koalition würde zu wenig für die Polizei machen. Frau Linnert hat es gesagt: Wir schaffen mit den Neueinstellungen die Grundlage dafür, dass die Zielbeschäftigungszahl bei der Polizei in 2009 oder 2010 wieder vernünftig erreicht wird. Wir machen nichts anderes, als die Röwekamp-Delle auszugleichen.

Sie haben hier Herrn Nußbaum gelobt, Sie haben sich aber gegen Herrn Nußbaum in dieser Frage der Polizeistellen nicht durchsetzen können. Sie hätten hier viel mehr machen müssen, Sie hätten bessere Argumente bringen müssen. Diese Koalition fasst das an. Wir sind auch in der inneren Sicherheit ganz weit vorn.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich muss zum Schluss doch noch einmal auf die Solidität eingehen, weil ich leider in der Rede ein klares, zweifelsfreies Bekenntnis zu der Klage in Karlsruhe und zu dem Pfad, den wir gegangen sind, vermisst habe. Das zweifelsfreie Bekenntnis, richtig zu

sagen, wir als CDU werden an diesen Eckdaten festhalten und werden alles machen, fehlte mir. Das kann in so einer Rede passieren, aber wissen Sie, es macht mich eben misstrauisch, wenn ich dann die parlamentarische und auch öffentliche Realität in Zeitungen wahrnehme und was da im Vorfeld alles gefordert wird.

Wenn Sie sich hinstellen und die stärkere Investitionstätigkeit in Bereichen fordern, wenn Sie sich hinstellen und sagen, die Koalition muss mehr für den Ausbau neuer Wohngebiete machen, sie muss die Wohnungsbauförderung auflegen, wenn Sie sich hinstellen und sagen, es muss für dies und das mehr investiert werden, ich habe hier den aktuellen Antrag aus der Stadtbürgerschaft dieser Woche, Antrag der CDU für Wiederherstellung der Wohnungsbauförderung – Kostenpunkt 3,1 Millionen Euro, das habe ich mir dahinter geschrieben, das steht natürlich nicht im Antrag –, Wiedereinführung des Grundstückskostenzuschusses – das kostet auch 1 Million Euro –, weitere Marketingmaßnahmen, dies, das und jenes, Herr Röwekamp und CDU-Fraktion, das ist altes Denken! Sie müssen sagen, wie Sie das finanzieren wollen.

Darum geht es, und das passt in diesen engen Haushalt nicht hinein, und deshalb habe ich Sorge, dass Sie von der Fahne gehen, wenn es um die Zukunft Bremens geht, und für die Zukunft Bremens brauchen wir Verlässlichkeit und müssen wir beieinander stehen und dürfen nicht oppositionelle, überschäumende Euphorie entwickeln und hier eine Forderung nach der anderen auflisten, ohne zu sagen, wie man das bezahlt. Das geht nicht!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Weil ich beim Bezahlen bin, muss ich zu dem allerletzten Punkt kommen, Herr Präsident, wenn ich das noch darf: Wir werden hier heute den Haushalt in erster Lesung beschließen und überweisen. Wir haben auch vom Senat das Besoldungsgesetz überreicht bekommen, Bürgermeisterin Linnert hat das Entsprechende dazu gesagt. Wir werden dieses Besoldungsgesetz hier nicht in erster Lesung beschließen, sondern dazu die erste Lesung unterbrechen und es an den Haushalts- und Finanzausschuss überweisen, weil das, was wir zugesagt haben, meine Kollegin Busch, die Rednerinnen und Redner vom Bündnis 90/Die Grünen, Herr Kuhn, wir auch machen werden.

Wir machen uns auf den Weg, eine vernünftige Finanzierung zu finden. Sie aber sind hier im Dezember und schon im November in mehreren Debatten losmarschiert, haben Gesetzentwürfe eingebracht, worin Sie Mehrkosten in Höhe von 45 Millionen Euro am Ende des Tages fordern. Jetzt ist die Haushaltsrede, hier ist die Stunde der Wahrheit, und es kommt

(C)

(D)

(A) nichts. Ich darf fragen: Herr Hinners, warum ist das so?

(Zuruf des Abg. R ö w e k a m p [CDU])

Warum nimmt Ihr Fraktionsvorsitzender nicht heute die Chance wahr und sagt, bei der Beamtenbesoldung weiß ich und sage, hieraus wollen wir es finanzieren? Warum machen Sie sich hier so dünn?

Ich finde das schade! Was sind denn, Herr Hinners, Ihre Leute? Sie sind doch ein bisschen in der CDU-Fraktion der Vertrauensmann für die Polizisten und die Polizei.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Zu Recht!)

Dann müssen Sie doch dafür sorgen, dass Ihr Fraktionsvorsitzender nicht nur große Worte macht, sondern auch sagt, wie er es finanzieren will. Das finde ich eine große Enttäuschung für die Polizei und den öffentlichen Dienst!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Der Vorgang zeigt mir die Kontroverse, die politisch hinter diesem Haushalt steht. Es hat sich an diesem Punkt gezeigt, dass diese Koalition für den sozialen Zusammenhalt steht und die große Mitte der Gesellschaft ist, und bei Ihnen höre ich vor allem die Spaltung der Gesellschaft heraus. Das ist eine armselige kleine Mitte. Meine Damen und Herren von der CDU, ändern Sie Ihre Politik, kommen Sie wieder in Bremen und Bremerhaven an, machen Sie mit uns eine Gemeinschaftsleistung zur Sicherung der Selbstständigkeit dieses Bundeslandes! – Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist noch nicht so lange her, dass wir Grünen für viele Jahre selbst in der Opposition waren und aus dieser Rolle heraus Haushaltsdebatten bestritten haben. Deswegen habe ich vielleicht ein klein wenig Milde in mir,

(Zurufe von der CDU: Oh!)

wenn ich jetzt hier nach vorn gehe mit dem Problem, das Herr Röwekamp hier hatte, weil es in der Tat, das

*) Vom Redner nicht überprüft.

muss man vielleicht zugeben, schwierig für eine Opposition ist, in Haushaltsberatungen tatsächlich einen konstruktiven Beitrag zu leisten, das würde ich Ihnen immer zugestehen. Es ist schwierig deswegen, weil man einerseits – das haben Sie hier gerade wirklich ausführlich getan – die Seriosität des Haushaltes grundsätzlich anzweifelt, dann andererseits sagt, wir müssen aber einen strikten Ausgabenrahmen einhalten, und dann, wenn es konkret wird, immer sagt: Na ja, da muss noch etwas hinzukommen, und da und da muss auch noch etwas hinzukommen.

Insofern ist das für die Opposition wirklich keine einfache Geschichte, aber ich finde, diese Mischung aus Büttenrede, enttäuschem Liebhaber, und man hat manchmal gedacht, Sie fangen gleich an zu weinen, war dann doch unter dem Niveau, was die Opposition hier in diesem Haus auch bei Haushaltsdebatten bieten sollte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Zum Beispiel die Kritik an einem der Schwerpunkte dieser Koalition, das kostenlose Mittagessen! Glauben Sie denn wirklich, es ist keine Perspektive? Da geht es mir so wie dem Kollegen Dr. Sieling: Glauben Sie denn wirklich, dass man mit hungrigem Magen lernend einen Schulabschluss erlangen und erfolgreich in dieser Gesellschaft bestehen kann? Ist es nicht die Grundvoraussetzung, dass wir wenigstens einmal die Basisbedürfnisse der Menschen befriedigen und vor allen Dingen die der Kinder? Dafür hätten Sie die Koalition loben und nicht kritisieren sollen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und
bei der SPD)

Ein weiterer Punkt, bei dem ich auch wieder diesen Eindruck habe, ist, gerade auch die öffentliche Berichterstattung, Ihre Pressekonferenz oder Presseerklärung zur Haushaltsklausur der CDU hat es noch einmal gezeigt, Kollege Dr. Sieling hat das eben auch angesprochen: Sie haben dort – und man kann es im Bericht des „Weser-Kurier“, darin steht es dann auch prominent, nachlesen – die Koalition kritisiert auch für die fehlenden Neueinstellungen bei der Polizei. Ihr Jahrgang sind 28 ausgebildete Polizistinnen und Polizisten.

Die Große Koalition hat jetzt gerade eine Ausschreibung für 78 pro Jahr herausgegeben. Das ist in etwa fast dreimal so viel, und Sie sollten hier nach vorn kommen und sagen, das ist toll, ich habe das als Innenminister nicht geschafft, aber dass Rot-Grün entgegen meinen Erwartungen, die ich normalerweise an Rot-Grün mit allen meinen Vorurteilen habe, es geschafft hat, hier meine eigenen Einstellungszahlen zu verdreifachen und endlich zu einer vernünftigen Perso-

(C)

(D)

- (A) nalausstattung bei der Polizei zu kommen! Das hätten Sie hier erzählen können!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lassen Sie mich einmal – Frau Bürgermeisterin Linert hat es getan, aber ich möchte es auch im Namen unserer Fraktion tun – mich bedanken bei denjenigen, die an diesem Haushalt mitgearbeitet haben! Das schließt den Dank an alle Senatorinnen und Senatoren und auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, weil es ja bei einer Regierung, die ganz kurz im Amt ist, ein sehr hartes Geschäft ist, diesen Haushalt aufzustellen. Wir haben uns einen sehr ehrgeizigen Zeitplan gesetzt, und es ist gar nicht so einfach, bis zum April eines Jahres, das auf eine Wahl folgt, einen Haushalt für die beiden Jahre 2008 und 2009 aufzustellen. Ich finde, hier ist enorme Arbeit geleistet worden.

- (B) Hier ist – und das ist auch ein Unterschied in der politischen Kultur zur Vergangenheit, meine Damen und Herren – nicht hinausgegangen worden. Ich kann mich an Polizeipersonalversammlungen erinnern, aber es ist auch in anderen Personalversammlungen passiert, wo Senatoren – Sie zum Beispiel – hingegangen sind und gesagt haben: Ich würde euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, alles geben, was sozusagen hier gefordert wird. Leider ist der Finanzsenator nicht bereit, mir das Geld zu geben. Dieser Stil, der den schwarzen Peter von links nach rechts und wieder zurückgeschoben hat, wird in dieser Koalition nicht gepflegt, sondern dieser Senat hat gemeinsam einen Haushalt vorgelegt, steht gemeinsam zu diesem Haushalt, und auch die beiden Fraktionen stehen dazu. Auch da hat sich erheblich etwas geändert in diesem Land.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lassen Sie mich in diesen Dank die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzbehörde einschließen, die, so hat man es mitbekommen, wirklich sehr intensiv gearbeitet haben. Wer nun behauptet, gerade die Finanzsenatorin hätte in vielen Jahren der Haushaltsreden hier im Parlament Dinge versprochen, die sich in diesem Haushaltsentwurf nicht wiederfinden, der hat ihn schlichtweg nicht gelesen.

Sie vermissen zum Beispiel die Transparenz. Wir haben zum ersten Mal eine klare Zusammenführung vieler Dinge, die vorher in vielen verschiedenen Töpfen waren, teilweise auch natürlich ein bisschen versteckt, damit sie im Haushalt so nicht auftauchen; Vorfinanzierungen, Abfinanzierungen, Kapitaldienstfonds, Sonderfonds und so weiter, eine Zusammenschau all dieser Ausgaben und Einnahmen, um uns überhaupt ein realistisches Bild von der Finanzlage machen zu können. Wir glauben eben nicht, dass wir

- (C) Karlsruhe täuschen können. Der Bürgermeister glaubt auch nicht, dass er den Bund und die anderen Länder täuschen kann.

Nur mit einer klaren transparenten Analyse der Finanzsituation Bremens haben wir eine Chance, dort überhaupt gehört zu werden, und deswegen gebührt diesem Haushalt das große Verdienst, dass wir sie erstmals vorlegen, und ich weiß ganz genau, dass gerade die Ressorts, die in Ihrer Verantwortung standen, in der Vergangenheit daran nun das allerwenigste Interesse hatten. Deswegen sollten Sie auch dies hier nicht kritisieren, sondern Sie sollten die neue Regierung loben, dass sie dies endlich vorlegt

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

und dass es unsere Chancen, die ja relativ schwierig aufgestellt sind, in diesen Prozessen erhöht.

Die grüne Fraktion hat sich an diesem Vorhaben, mehr Transparenz in den Haushalt zu bringen, beteiligt. Der Kollege Dr. Kuhn, haushaltspolitischer Sprecher, hat eine Internetplattform eröffnet, wo die Menschen in dieser Stadt sowohl Informationen den Haushalt betreffend abrufen können als auch ihre Ansichten, Vorschläge und so weiter einbringen können. Dort gibt es über 1000 Einträge mit den unterschiedlichsten Beiträgen. Da ist auch viel Kritik dabei, weil man an dem Haushalt einer Regierung auch immer Kritik hat, wenn es zu wenig Geld im eigenen Bereich ist. Da sind auch viele gute Vorschläge. Ich finde, so müssen wir an die Menschen herangehen. Erstens müssen wir ihnen ehrlich und transparent die finanzielle Situation des Landes auf den Tisch legen, und zweitens müssen wir ihnen dann die Gelegenheit geben, sich dazu auch zu äußern, und ich komme gleich noch einmal zu dieser Frage mit der Besoldung.

Kollege Dr. Sieling hat es gesagt: Wir haben den Gesetzentwurf des Senats hier heute auf dem Tisch. Die beiden Fraktionen der SPD und der Grünen haben sich auf den Weg gemacht, sich das anzuschauen, weil sie die Proteste und weil sie das, was in den vergangenen Monaten dort gesagt worden ist, natürlich ernst nehmen. Jetzt aber kommt das, was man eigentlich tun muss, wenn man eine Haushaltsentscheidung trifft: Wir müssen einerseits diesen schwierigen Rahmen einhalten und können jetzt nicht einfach sagen: Wir befriedigen die Bedürfnisse der Menschen, indem wir einfach noch ein paar Millionen obendarauf tun.

Wir können aber auch nicht so tun, als ob die Einkommensentwicklung, die ja gerade bei den Beamten in den letzten Jahren sehr stark stagniert hat, uns nichts angeht, weil uns die Sorgen und Nöte der Familien der Beamten egal sind, sondern wir müssen diese beiden Dinge zusammenbringen und eine Lösung finden, die beiden Aspekten gerecht wird.

(C)

(D)

(A) Daran arbeiten wir, und ich bin ganz sicher, dass wir zur zweiten Lesung im April hier eine solche Lösung vorlegen könnten, die diesen beiden Ansprüchen, denen wir gerecht werden müssen, dann auch gerecht wird. Jedenfalls ist es genau das, wie wir im Rahmen einer Haushaltsberatung und einer Haushaltsabwägung mit den Fragen, wie gehen wir einerseits verantwortungsvoll mit den Ausgaben um, und wie berücksichtigen wir andererseits die Interessen der Menschen hier in Bremen und Bremerhaven, umzugehen haben. Sie werden sehen, dass es uns gelingen wird, diese beiden Aspekte zusammenzubringen und eine vernünftige Lösung auch in der Frage der Besoldung zu finden, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Ich hatte die Frage der Transparenz des Haushaltes angesprochen, die Darstellung der Vorbelastungen, die dieser Haushalt hat. Damit komme ich zu dem Punkt der Investitionen! Wenn Sie jetzt den Vorwurf machen, dass in den verschiedenen Bereichen, in denen investive Mittel gebraucht werden, es wirklich schwierig wäre, mit dem wenigen übrig gebliebenen Geld auszukommen und Projekte anzuschieben, dann habe ich eine Frage an Sie, weil ich etwas nicht verstehe!

(B) Sie stellen sich hier hin, Herr Röwekamp, und sagen, Sie sind dafür, dass dieser Senat den Ausgabenrahmen nach Karlsruhe einhält. Sie sind auch dafür, dass wir all die Projekte, die in der Vergangenheit angeschoben worden sind, abfinanzieren und zu Ende führen. Wenn man beides zusammenbringt, kommt genau die Summe heraus, die die Finanzsenatorin heute in dem Haushalt für Investitionen dargestellt hat. Kein einziger Euro mehr! Wie ein einziger Euro mehr zu diesem Zweck zustande kommen soll, haben Sie hier heute nicht gesagt.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Doch, habe ich gesagt!)

Sie können es auch gar nicht sagen, denn entweder müssten Sie die Ausgabendisziplin brechen oder Sie müssten hier Gegenfinanzierungen vorstellen, von denen Sie nicht einmal im Traum eine Ahnung haben, wie sie aussehen sollen. Wer große Projekte mit vielen Hundert Millionen Euro anschiebt und diese über viele Jahre hinweg finanziert – beim CT 4 ist es 2047 abfinanziert –, der beansprucht eben genau diese Investitionsmittel in den zukünftigen Haushalten für seine Projekte, und diesen Euro, den ich dafür zur Abfinanzierung ausbebe, kann ich nicht noch einmal für ein neues Projekt ausgeben. Das können Sie nicht, das können wir nicht, und deswegen müssen wir mit den Mitteln, die im Investitionsbereich verbleiben, möglichst effektiv umgehen und sie möglichst so ein-

setzen, dass sie die größtmögliche Wirkung haben. Auch das – das wissen Sie ganz genau – ist in der Vergangenheit nicht immer so gewesen. Sonst hätten wir ja gerade diese großen finanziellen Probleme nicht, die wir heute haben, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Sie tun so, als ob jede Investition automatisch quasi einen Rückfluss in die staatlichen Kassen organisieren würde. Sie vergessen, dass es auch einen Space-Park, dass es auch eine Galopprennbahn in Bremen gibt, in die erhebliche Mittel hineingeflossen sind, und dass es auch Investitionen gibt, damals wie heute, völlig unabhängig von der Farbe der Partei, die gerade regiert, die konsumtive Kosten nach sich ziehen und keine Einnahmen und von daher zusätzlich den Haushalt nicht nur in der Abfinanzierung des jeweiligen Projektes, sondern auch in den Nachfolgekosten deutlich belasten.

Auch hier ist in dem Haushalt, den Bürgermeisterin Linnert vorgelegt hat, eine Bereinigung vorgenommen worden, die schon lange fällig ist, eine Bereinigung nämlich zwischen investiven und konsumtiven Ausgaben, endlich Klarheit und Wahrheit auch unter diesem Aspekt in den Haushalt zu bringen. Wir wissen heute, was sozusagen tatsächlich mit dem Geld passiert, das wir investieren, und ob wir nicht dann doch nachträglich konsumtiv etwas hinterherschicken müssen, damit die Projekte dann auch laufen. Das ist gar nichts Schlimmes, das ist völlig normal, und wenn es dann im Haushalt auch noch so ausgewiesen wird, wie es tatsächlich ist, umso besser. Auch hier ein großes Lob an die Regierung, dass sie dies in diesem Haushalt getan hat, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Rahmen, den das Ganze hat, dem Rahmen der Klage in Karlsruhe und dem Rahmen der Föderalismusreform noch einige Bemerkungen machen! Ich glaube, dass Frau Linnert als Oppositionsführerin und als Vorsitzende des Haushaltsausschusses, obwohl wir die einzige Opposition gegenüber einer Großen Koalition waren, immer sehr verantwortungsvoll mit dieser Rolle umgegangen ist, und sie hat der Großen Koalition als Opposition angeboten, und es ist ja auch angenommen worden, die Klage nach Karlsruhe zu unterstützen, und in Wirklichkeit haben wir in dieser Situation damals auch schon zusammengearbeitet. Das war richtig so, denn die Versuchung als einzige Opposition ist natürlich, dass man versucht, eine Position jenseits der Regierung einzunehmen.

In einer Frage, bei der es um die Existenz Bremens und Bremerhavens als Bundesland geht, kann es diese

(C)

(D)

(A) Einteilung aber nicht geben, sondern dann muss sich eine Opposition, wenn es, wie in diesem Fall der Karlsruhe-Klage, zu einem vernünftigen Schritt kommt, auch hinter die Regierung stellen, und mindestens genau das, was die Grünen damals getan haben, erwarte ich von der CDU heute. Es kann ja wohl nicht sein, dass Sie sich, nachdem Sie dies als Regierungspartei unterstützt haben, heute aus diesem Konsens der Demokraten hier verabschieden, meine Damen und Herren, das kann nicht sein!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir brauchen das auch dringend! Es gibt kein rotes, grünes, schwarzes oder gelbes Bremen, es gibt ein Bundesland Bremen, und es hängt verdammt am seidenen Faden, zumindest in finanzieller Hinsicht, was in den Prozessen, die jetzt in diesem und im nächsten Jahr stattfinden, finanziell für Bremen dabei herauskommt! Also tun Sie alles, auch auf Ebene der Bundes-CDU, was Sie tun können, um diese Regierung darin zu unterstützen! Es wird schwer genug.

Bürgermeister Böhrnsen hat im Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Günther Oettinger, so glaube ich, einen Verbündeten gefunden für den Aspekt, dass wir die Länder mit einer Haushaltsnotlage nicht „im Regen stehen“ lassen können. Das ist gut so! Auch da interessiert es überhaupt nicht, welche Parteilinie dieser Ministerpräsident hat. Er ist Vorsitzender der Föderalismuskommission. Die Grünen auf Bundesebene haben in der letzten Woche in Berlin ein Konzept vorgestellt für die Föderalismuskommission, was auch ganz zentral eine Entschuldung der hoch verschuldeten Länder in Haushaltsnotlage enthält. Also auch hier haben die Grünen auf Bundesebene ihre Hausaufgaben gemacht. Ich finde, nur so kann es gehen, wenn alle in Bremen zusammenstehen und es hier im Bund und bei den Kollegen in den anderen Ländern eine objektive Situation ist, in der wir uns befinden.

Es ist auch schwierig, als Stadtstaat finanziell zu überleben, wenn die Menschen hier zwar arbeiten, die Infrastruktur, alle Angebote kultureller Art und so weiter nutzen, aber im Umland wohnen und dort ihre Einkommen- und Lohnsteuer zahlen. Das ist eine sehr schwierige Situation, aber umso mehr müssen wir hier an dieser Stelle zusammenstehen und müssen uns hinter diesen Versuch stellen, auf beiden Wegen noch einmal eine deutliche Entlastung unserer Schulden Situation zu erreichen, und ich kann nur sagen: Der Appell, der ja auch in der Haushaltseinbringung der Finanzsenatorin enthalten war, möge auch bei den kleinen Oppositionsfraktionen nicht auf taube Ohren stoßen. Sie tun gut daran – das geht auch in diese beiden Richtungen –, hier an diesem Punkt sensibel zu sein und zu spüren, wann es gilt, auch aus grundsätzlichen Erwägungen einmal die Karte der Opposition zu ziehen, und wann es gilt, in bestimm-

ten Fragen auch die jeweilige Regierung nach außen hin deutlich zu unterstützen, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Lassen Sie mich noch darauf eingehen, weil es mich sehr geärgert hat, dass Sie ein Beispiel aus der Windenergiebranche gebracht haben, um etwas völlig Falsches hier in die Welt zu setzen. Sie tun ja so, als ob die Firma AMBAU jetzt, als sie gemerkt hat, dass es hier eine rot-grüne Regierung gibt und sich – wie haben Sie sich ausgedrückt? – die Investitionsbedingungen oder Ansiedlungsbedingungen verschlechtern,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

nun nach Cuxhaven davongemacht hat.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

Das haben Sie wohl gesagt!

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Ich habe sehr gut zugehört! Sie haben diesen Eindruck natürlich hier deutlich erweckt, so wie Sie auch in Ihrer Pressekonferenz zur Haushaltsklausur mehrere falsche Eindrücke erweckt haben.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nein!)

Richtig ist, dass die Zukunft vor allen Dingen in Bremerhaven neben der Tourismusbranche und einigen anderen Dingen im investiven Bereich und gerade in diesem Bereich der Windenergie liegt, dass die Mittel zur Förderung der Ansiedlung dieser Firma bereitstanden und bereitstehen, dass von hier aus, sozusagen vonseiten der Politik, die Hausaufgaben gemacht wurden. Wenn es in der Entscheidung einer Firma ist, aus, wie wir gelernt haben, schwierigen Bedingungen des Grundstücks und Ähnlichem dann eine andere Standortentscheidung zu treffen, kann sie das selbstverständlich tun. Wir leben in einem freien Land. Wir werden die Mittel aber sicher, da bin ich mir ganz sicher, auch im Zusammenspiel der beiden Häuser Umwelt und Wirtschaft, der beiden Senatoren Loske und Nagel, sicherlich sinnvoll anlegen, um diesen boomenden Sektor in Bremerhaven weiter zu fördern, um diesen Sektor, der in Bremerhaven Arbeit, Wirtschafts- und Steuerkraft schafft, deutlich auszubauen.

Es gibt sehr viele Firmen, die ansiedlungswillig sind, expandieren und sich ansiedeln wollen, und ich glau-

(C)

(D)

(A) be, dieser Regierung wird es gelingen, diesen Bereich auszubauen. Das ist auch eine Handschrift einer rot-grünen Regierung, dass wir einen Bereich der regenerativen Energien, der bisher so niedrig in Bremen und Bremerhaven ausgefallen ist, deutlich ausbauen. Auch hier ist es so, dass das nicht gegeneinander geschieht, sondern dass Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik hier an einem Strang ziehen, und das ist gut so für Bremen und besonders für Bremerhaven in diesem Fall.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir haben in den kommenden Wochen noch sehr viel Arbeit vor uns, weil der Senat viel gearbeitet und uns jetzt einen halben Meter Papier als Parlament sozusagen übergeben hat. Das ist keineswegs so, dass wir nun da sitzen, müßig dieses Papier betrachten und warten, bis der April kommt, um dann noch einmal die Hand zu heben, sondern es wird eine harte Arbeit in den Fraktionen und Ausschüssen dieses Hauses, vor allen Dingen im Haushalts- und Finanzausschuss geben, nun weiter mit diesem Entwurf zu arbeiten.

(B) In Bezug auf das Besoldungsgesetz habe ich schon gesagt, natürlich wird es an diesem Entwurf auch noch Veränderungen geben, nicht nur dort, sondern es wird auch in anderen Bereichen noch Veränderungen der einen oder anderen Art geben. Dazu ist dieses Parlament da, dies zu beraten und zu beschließen. Der Entwurf des Senats ist ein, wie ich finde, sehr ausgereiftes und mit sehr vielen Verbesserungen versehenes Werk. Ich bedanke ich mich sehr, dass der Senat die Kraft gefunden hat, in so kurzer Zeit diesen Haushalt hier dem Parlament vorzulegen. Man kann mit diesem Entwurf sehr gut arbeiten. Wir werden dann im April gestärkt und mit einer klaren finanziellen Grundlage in die nächsten beiden Jahre in Bremen gehen können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rupp.

Abg. **Rupp** (Die Linke)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Meines Wissens hat Bremen noch keinen Sparkommissar, keinen von der Bundesregierung eingesetzten Insolvenzverwalter, der das Bundesland Bremen direkt verwaltet. Der vorliegende Haushaltsentwurf erweckt den Anschein, als wäre genau das so.

Der Senat benimmt sich, als wäre er eine ausführende Behörde des Verfassungsgerichts oder schon

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) selbst der Gutachter der sogenannten Geberländer, so angestrengt und musterschülerhaft ist dieser Haushaltsentwurf, emsig bestrebt, lediglich eine Minimalversorgung der Bevölkerung durchzusetzen und, wenn möglich, auch noch weniger. Aber, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, der Souverän in diesem Land ist das Volk. Es ist der erste Auftrag dieses Hauses, Schaden von ihm abzuwenden. Das genau tut dieser Haushalt nicht. Ich sage Ihnen, dieser Haushalt tritt die bremische Landesverfassung mit Füßen, nicht etwa, weil er eine Neuverschuldung vorsieht, die 250 Millionen Euro über den Ausgaben für Investitionen liegt, sondern weil er gegen Dutzende von Auflagen verstößt, die diese Verfassung einer verantwortlichen Regierung macht.

In diesem Land sollen alle Menschen ein Recht auf gleiche wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten haben. In diesem Land soll es eine Fürsorgepflicht für Kinder, Jugendliche und Familien geben. In diesem Land gibt es eigentlich ein Recht auf Arbeit. In diesem Land gibt es eigentlich ein Recht auf angemessenes Wohnen und vieles mehr. Der rot-grüne Senat und sein Haushaltsentwurf orientieren sich nicht an diesen verfassungsmäßigen Rechten und erst recht nicht an den drängenden sozialen Problemen dieses Landes und der beiden Städte, er orientiert sich an Karlsruhe.

(D) Wenn das Geld nicht reicht, um Menschen angemessen zu versorgen, dann sind das Kollateralschäden. Wir fordern grundsätzlich einen Haushalt, der das nicht akzeptiert und die verfassungsmäßigen Rechte in diesem Lande wieder auch im Haushalt wirksam werden lässt.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, der Haushaltsentwurf, den Rot-Grün vorlegt, ist in der Struktur derselbe Haushalt der Großen Koalition, eher noch magerer, allerdings haushaltstechnisch sauberer. Ich muss an dieser Stelle deutlich sagen, dass ich zumindest in der Frage der Transparenz dieses Haushalts deutlich Fortschritte sehe. Ich denke, diese Form von Transparenz ist immerhin ein erster Schritt, auf andere Art und Weise mit Haushaltspolitik umzugehen und über Geld in diesem Land zu reden. Da muss ich der Finanzsenatorin ein deutliches Kompliment machen. Dieser Haushaltsentwurf ist so transparent, dass man ihn sehr gut kritisieren kann.

(Beifall bei der Linken, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Haushalt setzt aber den Kurs der weiteren jährlichen Kürzungen fort, er setzt den Kurs der Verarmung der Stadt und des städtischen Lebens fort. Ich erlaube mir, weil der Kollege Röwekamp vorhin sehr intensiv die Verdienste der Großen Koalition in der

(A) Sanierungspolitik gelobt hat, zu sagen: Am Anfang dieser Politik wurde verkündet, es gibt weniger Arbeitslosigkeit, weniger Schulden, mehr Einnahmen und mehr Einwohnerinnen und Einwohner. Keines dieser Ziele ist im Zeitraum der Großen Koalition erreicht worden.

Es gab zu keinem Zeitpunkt des Sanierungszeitraums eine signifikante, geschweige denn nachhaltige Abkopplung im Bundestrend in der Frage der Arbeitslosigkeit. Wir haben heute deutlich mehr Schulden als zu Beginn des Sanierungszeitraums. Sie haben gesagt, Investitionen erzeugen Einnahmen. Ich habe noch mittelfristige Finanzpläne auf meinem Rechner, die sich vor allem durch eines auszeichnen, nämlich nicht eingetretene Mehreinnahmen. Wenn man diese nebeneinander legt, sieht man immer die steigenden Kurven, und jedes Jahr werden sie nach unten korrigiert.

Ich glaube, es gibt überhaupt keinen Grund, in dieser Frage Erfolge zu feiern, vor allen Dingen deswegen nicht, weil stattdessen in diesem Zeitraum öffentliches Eigentum von über zwei Milliarden Euro verkauft worden ist. Man hat für nahezu schon sprichwörtliche Investitionen gesorgt, mehrere tausend Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst vernichtet, große Teile der öffentlichen Daseinsvorsorge sind privatisiert beziehungsweise verehrenamtlich und der Rest ist in einem nahezu handlungsunfähigen Zustand hinterlassen worden.

(B) Oft bekomme ich zu hören, wenn wir das alles nicht gemacht hätten, wie wir es gemacht haben, wäre alles viel schlimmer gekommen. Es kann sein, dass das stimmt, ich bezweifle es. Selbst wenn es stimmt, ist am Anfang der Sanierungspolitik nicht gesagt worden, wir wollen Schlimmeres verhüten. Es ist gesagt worden, wir wollen, dass alles viel besser wird. Das ist nicht geschehen. Gemessen an den eigenen Zielen hat die Große Koalition und die Regierungspolitik gründlich versagt.

(Beifall bei der Linken)

Was schlimmer ist, wir haben möglicherweise jetzt genau den Zustand von Gesellschaft, die die Große Koalition und die Apologeten eines neoliberalen Minimalstaats angestrebt haben. Das gilt insbesondere für die CDU in diesem Haus. Herr Röwekamp, ich habe Sie als einen akribischen Kenner des Haushalts kennengelernt.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

Das macht ja nichts, man darf ihn doch trotzdem erwähnen, oder? Also, dann machen wir es in einer anderen Person. Ich habe Herrn Röwekamp kennengelernt als einen akribischen Kenner des Haushalts, und ich weiß, dass er Finger in wirkliche Wunden legen kann. Ich weiß aber auch, und das hat er heute

noch einmal bewiesen, dass unglücklicherweise die CDU auch nur einen Hauch Erkenntnis noch nicht hat und dass sie aus den Fehlern der Vergangenheit nicht lernt.

(Beifall bei der Linken und bei der SPD)

Die SPD und die Grünen, also die rot-grüne Koalition, haben angekündigt, einen anderen Kurs einzuschlagen als die Große Koalition. Meine Damen und Herren, aber für uns ist der einzige wesentliche Unterschied, den der rot-grüne Senat macht, eine geschicktere Inszenierung.

(Beifall bei der Linken)

Da wird zum Beispiel erst Panik erzeugt mit einem sogenannten Anpassungskonzept der Kürzung von 400 000 Euro im Bereich der Jugendverbände, und dann wird mit großem Tamtam verkündet, wir sind sozial, mit uns geht das nicht, das nehmen wir zurück, und alle anderen Kürzungen im Sozialressort bleiben darin. Mittel für Mütterzentren werden gekürzt, die Spielplätze werden jetzt von Ein-Euro-Kräften betreut, um nur zwei Beispiele zu nennen.

(Zuruf des Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen])

Unglücklicherweise werden solche Inszenierungen hin und wieder als gelungen begriffen, aber ich finde sie angesichts von vielen Dingen zynisch, darauf komme ich noch.

(Beifall bei der Linken)

Ansonsten wird das sogenannte Sparen und Investieren fortgesetzt, mit etwas weniger Investieren,

(Abg. Dr. Guldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Etwas?)

berechtigterweise an vielen Stellen, notwendigerweise kann man das nicht reduzieren, aber mit noch mehr Sparen in den Bereichen Soziales, Arbeit, Bildung, Kultur und öffentlicher Dienst. Ich sage Ihnen, das unausgesprochene Leitbild des rot-grünen Senats ist eine Gesellschaft, die sich langfristig auf Armut und Perspektivlosigkeit eines Großteils ihrer Bevölkerung einrichtet und sich lediglich darauf konzentriert, die Folgen dieser Armut zu begrenzen.

(Beifall bei der Linken)

Die Folgen der Armut zu begrenzen, heißt für Rot-Grün, kostengünstig dafür zu sorgen, dass der ökonomisch gescheiterte Teil dieser Gesellschaft befriedet und unauffällig gehalten wird, ohne den ökonomisch

(C)

(D)

(A) erfolgreichen Teil der Gesellschaft allzu sehr zu behindern oder zu belästigen. Ein Blick in die mittelfristige Finanzplanung und die Modellrechnungen bis zum Jahr 2020 reicht, um zu erkennen, dass die Kursänderung bestenfalls graduell ist, keinesfalls strukturell. Der vorliegende Haushaltsentwurf ist weder rot noch grün, er ist und bleibt ein Entwurf der sozialen Kälte, er ist so schattig, dass es einem schon friert, wenn man nur die Zahlen betrachtet.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, Armut ist die schlimmste Form von Schulden. Ich erinnere mich noch gut an einen Zwischenruf vom Kollegen Buhler: „Auf Schuldenbergen können Kinder nicht spielen!“ Das stimmt! Auf Ruinen der Sanierung können Kinder auch nicht spielen, Kinder brauchen Spielplätze. So einfach ist das! Sie brauchen Personal, Instandhaltung und Betreuung. Dieser Haushaltsentwurf sagt ganz offen: „Leute, bekommt erst gar keine Kinder mehr hier in Bremen, das ist der beste Beitrag zur Sanierung. Wenn wir dann in 50 Jahren saniert sind, könnt ihr ja welche kaufen!“

(Abg. Frau G a r l i n g [SPD]: Jetzt ist aber gut!)

(B) In welchem Zustand diese Stadt und dieses Bundesland ist, dafür müssen Sie gar nicht auf mich hören. Die Menschen kommen nicht klar, die Organisationen kommen nicht mehr klar, die Nachbarschaften kommen nicht mehr klar. Das können Sie lesen, müssen Sie nicht von mir hören. Das können Sie im Armutsbericht der Arbeitnehmerkammer, im Bericht über Kinder in Hartz-IV-Familien in Bremen, im Bericht des Gesundheitsamts über fortschreitende soziale Spaltung der Stadt und jeden Tag im „Weser-Kurier“ lesen.

(Beifall bei der Linken)

Tatsache in dieser Stadt ist: Je nachdem, in welchem Stadtteil ein Mensch hier lebt, stirbt er bis zu vier Jahre früher.

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Darum ergreifen wir ja Maßnahmen!)

Das ist Realität in dieser Stadt. Bremen ist laut Armutsbericht die einzige deutsche Stadt neben Berlin, in der es Jugendbanden gibt, die anfangen, ihre Straßen wirklich gewaltsam zu kontrollieren. Das ist ein Zeichen für ein Gemeinwesen, das gibt es. Das habe ich mir nicht ausgedacht, das kann man in diesem Bericht lesen. Dahin kann man jetzt natürlich die Polizei schicken, das löst das Problem nicht wirklich, aber es zeigt doch nur, dass mehr und mehr Jugend-

liche in dieser Stadt längst die Hoffnung aufgegeben haben, wir hätten ihnen irgendetwas zu bieten. Das sind Schulden, die Armut anhäuft. Wie wollen Sie das denn noch zurückholen in ein paar Jahren, wenn wir tatenlos zusehen, dass sich feste Armutsgebiete bilden, wenn in Generationen Zirkel von Armut entstehen?

Wir müssen lernen, dass Armut mehr ist als der Mangel an materiellen Mitteln zum Lebensunterhalt. Armut ist keine Niedrigversorgung, es ist eine Unterversorgung. Armut bedeutet auch den Mangel an kultureller und sozialer Substanz, Mangel an bezahlter und anerkannter Arbeit, Mangel an Perspektive und Zuversicht. Armut heißt auch Armut an Chancengleichheit, sie zerstört den sozialen Zusammenhalt. Armut heißt auch Armut an gesellschaftlicher Teilhabe, sie gefährdet Demokratie. Armut heißt auch Armut an Gleichberechtigung, sie verspielt die Aussichten auf eine solidarische zukunftsweisende Lebensweise für Frauen und Männer. Armut ist kein statischer Zustand!

Die Studie der Arbeitnehmerkammer weist nach, wir haben es mit stadtteilbezogenen und sich selbst verstärkenden Armuts- und Reichtumsprozessen zu tun. Dazu ein Beispiel: Sie wissen vielleicht, in Stadtteilen, in denen es schon immer viele Sozialhilfeempfänger und ALG-II-Bezieher gab, wurden diese in den letzten Jahren mehr, in Stadtteilen mit weniger Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern und ALG-II-Bezieherinnen und -beziehern werden diese weniger.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Da tun wir alles!)

Der rot-grüne Haushalt akzeptiert allerdings diese Abwärtsspirale von sich selbst verstärkender Armut. Statt Armutsbekämpfung findet Armutsbeaufsichtigung statt. Das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm wollen Sie um circa 80 Millionen Euro kürzen. Das ist gerade einmal die Hälfte von dem, was pro Kopf gerechnet Städte wie Hamburg, Berlin und Bremen für Beschäftigungsprogramme ausgeben. Dafür steigern Sie dann die aufsuchende Sozialarbeit um 22 Millionen!

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, wir wissen mittlerweile genau, was es kostet, wenn wir eine Lehrerin oder einen Sozialarbeiter mehr einstellen. Was wir nicht genau wissen und was in diesem Haushalt auch niemanden kümmert, ist: Was kostet es uns eigentlich, wenn wir sie nicht einstellen?

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir stellen Sie ja ein, die Lehrer!)

Was passiert dann? Welche Auswirkungen hat das? Unglücklicherweise sind es nicht genug, und die Frage ist damit nicht beantwortet. Die Frage ist nicht be-

(C)

(D)

(A) antwortet, was passiert, wenn wir einen Lehrer oder eine Lehrerin zu wenig einstellen. Diese Fragen müssen wir uns stellen.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/
Die Grünen]: Ach so!)

Die Antwort ist, diese fehlenden Lehrerinnen und Sozialarbeiterinnen erzeugen Armut in dieser Stadt, und was das ist, habe ich gerade eben erläutert.

(Beifall bei der Linken – Zuruf des Abg. D r .
G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen])

Es sind zu wenige!

(Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r
[Bündnis 90/Die Grünen])

Was passiert in den Stunden, in denen die Kinder nicht beaufsichtigt sind? Da fängt etwas an, was wir nicht mehr aufhalten können.

Ich will da an Folgendes erinnern: Als diese Stadt über den vermeidbaren Tod eines kleinen Jungen schockiert war, hat der Präsident des Senats, Jens Böhrnsen, gesagt: „Das Geld, das wir brauchen, um solche entsetzlichen Vorfälle zu verhindern, müssen wir haben. Notfalls bauen wir eine Straße weniger!“

(B) Dafür gab es viel Beifall, auch meinen, aber in der jetzigen rot-grünen Regierung hat sich dieser Jens Böhrnsen offensichtlich nicht durchgesetzt. Sie geben nach dem Willen dieses Haushaltsentwurfs zukünftig 29 Millionen Euro mehr für Straßenbau aus, dafür kürzen Sie die Wohnungsbauförderung um 6,5 Millionen Euro, sparen 8 Millionen Euro bei den Schulen ein, kürzen 3 Millionen Euro bei diversen Leistungen im Bereich Jugend und Soziales. Ich befürchte, das ist nicht das, wofür Rot-Grün vor 8 Monaten gewählt worden ist.

(Beifall bei der Linken)

Ich sage Ihnen, diese Armutsprozesse kann man überdies nicht stabilisieren. Das war gestern oft der Fall, dass man die Situation stabilisieren will. Man muss sie stoppen! Ich sage Ihnen auch, wenn Sie ein Dokument brauchen, mit dem Sie die Situation Bremens in Karlsruhe dokumentieren wollen, schicken Sie den Armutsbericht nach Karlsruhe. Wenn das nicht reicht, um entsprechende Beihilfen zu bekommen, weiß ich nicht, was man noch tun muss.

(Beifall bei der Linken – Abg. D r . G ü l d -
n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: So einfach
ist das Leben!)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, nun werden Sie nicht müde zu wiederholen,

wir müssen auch in Karlsruhe gewinnen, wir müssen den Gürtel noch enger schnallen, damit wir die Chance behalten, hier Mittel zur Entschuldung herauszuschlagen. Ich sage Ihnen, Herr Güldner, wenn Sie diesen Konsens einfordern, dass wir in dieses Horn blasen, müssen wir Sie leider enttäuschen. In dieses Horn werden wir nicht blasen.

(C)

(Beifall bei der Linken)

Einmal ganz davon abgesehen, dass ich davon überzeugt bin, dass Bremen vor dem BVG nicht durch voreilenden Gehorsam gewinnen kann, wird uns die Entschuldung auch nicht retten.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/
Die Grünen]: Ach ja!)

Wenn wir womöglich in Berlin aushandeln, dass es Entsorgung für Altschulden gibt, dann gibt es möglicherweise im Gegenzug ein Verbot, weitere Schulden aufzunehmen. Dann sind wir als Bundesland tot. Dann brauchen die Steuereinnahmen nur wieder auf das Niveau von 2005 zu sinken, und Sie können ein Siebtel des Haushalts kürzen.

Wir müssen also aufhören, so zu tun, als wenn wir uns mit ein wenig Entschuldungshilfe berappeln könnten, und wir müssen aufhören, vor Karlsruhe zu kriechen und damit einen Haushalt zu rechtfertigen, der diese Stadt kaputtmacht. Was kann denn ein Kind dafür, das zu Beginn der Großen Koalition 1994 geboren wurde, dass diese Schulden in diesem Zeitraum nicht geringer geworden sind? Hat es über seine Verhältnisse gelebt? Nein, sicher nicht! Nicht nur, aber auch deswegen muss das Bundesland Bremen den Kotau vor Karlsruhe endlich beenden!

(D)

(Beifall bei der Linken)

Für die Haushaltskrise in Bremen gibt es nur eine langfristige Lösung. Bremen mit seiner Haushalts- und Finanzpolitik muss den Konflikt mit dem Bund führen, nicht nur in Karlsruhe, sondern zunächst einmal in der Föderalismusreform. Wir brauchen eine gerechte Anerkennung des bremischen Ausgabenniveaus. Ich sage Ihnen, dazu gehört ein Länderfinanzausgleich, der auf nahezu 100 Prozent ausgleicht, und eine solidarische Föderalismusreform, nicht ein Konkurrenzföderalismus. Wir brauchen eine Rückkehr zur Steuererlegung 50 Prozent nach dem Wohnortprinzip, 50 Prozent nach dem Arbeitsstättenprinzip.

Wir brauchen im Übrigen auch eine Anerkennung der Hafentlasten. Es hat einmal ein vergleichsweise spitzer Rechner ausgerechnet, hätten wir vor 10 oder 15 Jahren den Hafen geschlossen, und die Leute wären weggezogen und würden hier nicht mehr arbeiten, würden wir unter Umständen finanziell besser

(A) dastehen als heute, wenn wir 80 bis 100 Millionen Euro jedes Jahr für den Hafen ausgeben.

(Unruhe – Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn das die Arbeitnehmer auch so sehen!)

Auch werden wir dafür sorgen müssen, dass die Einwohnergleichwertung endlich ein Niveau annimmt, das unseren Maßen entspricht. Das sind die Maßnahmen, wie wir mehr Einnahmen bekommen. Das ist das, wofür wir kämpfen müssen.

Im Übrigen – und da sind wir ja möglicherweise sogar einer Meinung – werden wir auf Bundesebene für eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Unternehmensgewinne eintreten. Allein die Wiedereinführung der Vermögensteuer, die den Namen verdient, würde in Bremen zwischen 100 und 200 Millionen Euro Mehreinnahmen bringen. Eine solidarische Reform der Erbschaftsteuer bedeutet weitere Mehreinnahmen, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine gerechte Besteuerung von Unternehmen würden ein Übriges tun.

Allerdings ist es so, dass wir den Erfolg dieser Bemühungen unglücklicherweise nicht abwarten können. Was wir jetzt brauchen, ist ein Haushalt, der Armut nicht verwaltet, sondern bekämpft. Wir brauchen ein Beschäftigungssystem, das seinen Namen verdient. Wir brauchen Investitionen in ein sozial gerechtes und sozial sicheres Schulsystem. Wir brauchen einen konsequenten Ausbau der Netze sozialer Sicherung. Wir brauchen natürlich eine klare Regelung gegen jede Zwangsumzüge. Das ist ein Gebot der ökonomischen Vernunft. Wir brauchen Geld für die Quartiere und für die sozialen und kulturellen Initiativen. Wir brauchen Geld, um ernsthaft über die Rekommunalisierung von privatisierter öffentlicher Daseinsvorsorge zu reden.

(B)

(Beifall bei der Linken)

Das ist auch etwas, wofür Rot-Grün gewählt worden ist, nicht die Fortschreibung der Finanzpolitik der Großen Koalition.

Die Situation ist in vielen Bereichen schon sehr schlimm. Verarmung als sich selbst verstärkender Prozess, soziale Segregation sowie kulturelle Verödung finden statt. Das wenigste, was man von einem Haushalt für die nächsten zwei Jahre erwarten kann, ist, dass die Steuermehreinnahmen eingesetzt werden, um ein weiteres Abkippen der sozialen Lage zu verhindern. Das sage ich ganz deutlich!

In einer Situation, in der wir mittlerweile etwa 15 Milliarden Euro Schulden haben, je nachdem, wie viele verdeckte Schattenhaushalte man einrechnet, ist es natürlich keine leichte Übung zu sagen, wir verzichten auf die Vermeidung von Neuverschuldung. Auch angesichts der drohenden sozialen Verschul-

dung und Verelendung in dieser Stadt und angesichts der Perspektive, dass wir, wenn wir so fortfahren, frühestens im Jahr 2028 einen ausgeglichenen Haushalt haben und diese Perspektive so lang ist und wir genug Zeit haben, die Einnahmesituation zu verbessern, ist es unabdinglich, dass wir in dieser Frage agieren.

(C)

(Beifall bei der Linken)

Das ist es, was die Linke von diesem Haushalt erwartet. Es reicht sicher nicht, um alle Prozesse umzukehren, aber es reicht vielleicht, um die Grundlagen eines funktionierenden Sozialwesens und die Reste von politischer Gestaltbarkeit zu erhalten. Gestaltet wird nämlich wenig bis gar nicht mehr. Wir streben in allen Bereichen eher nur nach Mindeststandards. Für eigene Ansätze und Anstrengungen ist längst kein Platz mehr. Wenn das so ist, braucht auch niemand mehr ein Bundesland Bremen. Das ist nur sinnvoll, wenn man es auch gestaltet und wenn man den Verfassungsauftrag zur sozialen Entwicklung dieser Stadt ernst nimmt und ihm Vorrang vor der fiskalischen Sanierung gibt.

Der vorliegende Haushaltsentwurf sagt, wir haben diese Stadt jahrelang bis auf die Knochen heruntergespart, und jetzt haben wir ein paar hundert Millionen Euro mehr Steuereinnahmen, und die stecken wir auch in die Vermeidung von Neuverschuldung. Das, meine Damen und Herren, halten ich und wir, Die Linke, für zynisch und unhaltbar.

(D)

(Beifall bei der Linken)

Wir müssen hier mit einem Haushalt herausgehen, bei dem wir nicht erschrecken, wenn uns in 20 Jahren jemand darauf anspricht: „Was habt ihr da eigentlich gemacht? Wart ihr das?“ Mit dem vernünftigen Einsatz der Steuermehreinnahmen in Ausgaben für Soziales, Bildung, Kultur und Arbeit kann ein Teil des Kahlschlags der Großen Koalition gebessert werden, kann bewirkt werden, dass die Prozesse von Armut, sozialer Hoffnungslosigkeit und kulturelle Frustration, die um sich greifen, zumindest verlangsamt werden. Damit werden die sozialen Schulden vermieden, die die Schulden in Geld deutlich übersteigen und letztendlich wieder zu Schulden in Geld werden.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Damit würde man auch Zeichen setzen, dass wir anfangen, uns gemeinsam zu wehren, und dass wir nicht mehr bereit sind, Sanierungen auf den Knochen unserer Kinder und auf Kosten eines lebensfähigen Gemeinwesens zu betreiben. Meine Damen und Herren, haben wir Mut! Nehmen wir die Steuermehreinnahmen, um dringend notwendige finanzielle Spielräume zu öffnen, Spielräume, um die sich verstärkenden Armutsprozesse zu bekämpfen und die dazu notwendigen sozialen Instandhaltungsinvestitionen zu tätigen, Spielräume, um die dringenden Investitio-

(A) nen zu tätigen, die auch notwendig sind, um zum Beispiel gegen die drohende Klimakatastrophe vorzugehen! Ich denke, diese Investitionen werden sich für zukünftige Generationen rechnen. Haben wir den Mut, auf Bundesebene für gerechte Steuern und einen gerechten Länderfinanzausgleich zu streiten! Dann haben das Land Bremen und die Menschen in Bremen eine Zukunft. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute schon viele schöne Worte gehört, deshalb möchte ich damit anfangen: Ich bin erstens kein enttäuschter Liebhaber, ich fühle mich aber trotzdem wohl!

(Heiterkeit bei der SPD)

Da wir heute so sehr bei der Vergangenheitsbewältigung waren, möchte ich mit dem Kollegen Dr. Sieling anfangen. Sie sind in Ihrem Dreiparteiendenken sehr in der Vergangenheit verharret. Die Opposition besteht, und ich bin Herrn Dr. Güldner besonders dankbar dafür, dass er auch die kleinen Oppositionsparteien angesprochen hat. Ich nehme ganz einfach an, dass das der Zeit geschuldet ist, als die Grünen hier in der Opposition gesessen haben und sich auch durchbeißen mussten. In diesem Fall sind wir mittlerweile fünf Parteien in diesem Hause.

(B) Herr Röwekamp hat dankenswerterweise darauf verzichtet, in seiner Rede vom Oppositionsführer zu sprechen, sondern er hat nur von der Opposition gesprochen. Das finde ich eigentlich sehr nett, denn ich muss ein ganz kleines bisschen Wasser in den Wein der Harmonie bei einigen Punkten gießen, das werde ich noch weiter ausführen. Selbstverständlich ist die FDP dafür, die Gewoba zu verkaufen, und dabei bleiben wir auch.

(Beifall bei der FDP – Abg. Frau S t a h -
m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Immer
noch! – Zuruf des Abg. D r . G ü l d n e r
[Bündnis 90/Die Grünen])

Darüber können wir uns noch weiter streiten, das werden wir auch tun, und das machen wir gern. Ich will aber vorher noch einmal ein Bekenntnis zur bremischen Selbständigkeit ablegen. Die Bremer FDP steht zu Bremen und auch zur Klage. Wir haben die Klage zwar relativ kritisch betrachtet, als sie auf den Weg gebracht worden ist, weil wir genau die Debatte vorausgesehen haben, die jetzt geführt wird, die Bremens Rolle insgesamt infrage stellt. Deswegen hatten wir gesagt, dass wir das erst in der Föderalismusre-

formkommission debattiert haben wollten und dann weitersehen, ob man den Klageweg bestreitet. Da es aber anders herum gelaufen ist, stehen wir zu dieser Klage und zu Bremen.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte meine weiteren Ausführungen mit einem Lob und einem Dank verbinden, Dank dafür, dass der Haushaltsentwurf so früh vorliegt, dass die Koalition ihre Ankündigungen wahr gemacht hat, und natürlich auch Dank an die Mitarbeiter aus den beteiligten Ressorts! Im Haushalts- und Finanzausschuss können wir immer deutlich sehen, wie viel Arbeit darin steckt. Dafür gilt Ihnen der ausdrückliche Dank der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, angesichts der erdrückenden Schuldenlast wird sich Bremen aus eigener Kraft nicht aus der dramatischen Finanzlage befreien können. Die Verhandlungen im Rahmen der Föderalismusreform II laufen, und wir haben es gehört, es gibt Anlass zu vorsichtigem Optimismus, dass Bund und Länder Bremen nicht im Stich lassen werden. Dies wird aber nur gelingen, davon sind wir fest überzeugt, wenn wir alles, aber auch wirklich alles, unternehmen, unsere Eigenanstrengungen zu erhöhen.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich haben wir Bremer auch gute Gründe auf unserer Seite, schließlich haben wir im Vergleich zu anderen Ländern eine besonders hohe Wirtschaftskraft, wir haben eine hohe Finanzkraft, und wir stellen, das haben wir heute auch schon gehört, sehr viele Arbeitsplätze zur Verfügung, insbesondere auch für Menschen, die im Umland leben und in unserer Stadt arbeiten. Außerdem tragen unsere Häfen in hohem Maße zum wirtschaftlichen Wohlergehen der exportorientierten deutschen Volkswirtschaft bei.

Wir haben heute auch gehört, und diesen Forderungen schließen wir uns an, dass diese Hafencosten deutlicher ausgeglichen werden müssen. Wir müssen die anderen Länder und den Bund aber auch davon überzeugen, dass Bremen es mit seinen Eigenanstrengungen ernst meint. Der vorgelegte Haushaltsentwurf lässt mich allerdings daran zweifeln. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft eine Lücke. Auch sind öffentliche Äußerungen der Finanzsenatorin, die sie neulich getätigt hat, dass der Süden uns Bremer aushungern will, nicht angebracht, ich würde sogar sagen, sie sind ausgesprochen kontraproduktiv.

(Beifall bei der FDP)

Der FDP fehlen in den vorgelegten Haushaltsentwürfen deutliche Signale, dass es dem Senat mit dem

(C)

(D)

(A) Sparen ernst ist. Beim näheren Hinsehen stellt man nämlich fest, dass die konsumtiven Ausgaben steigen sollen. Was ist das denn für ein Signal an die Geberländer? Da sagt man doch nichts anderes als, ihr dürft die Suppe auslöffeln, die wir euch eingebrockt haben. Außerdem muss man annehmen, dass es in Zukunft so bleiben soll und dass wir weiter so wirtschaften wollen. Das müssen wir abstellen und ganz deutlich sagen, wir sind dazu bereit, Eigenleistungen zu erbringen. Wir müssen diese Eigenleistungen erbringen, weil uns sonst keiner helfen wird, denn nur, das ist ein bekanntes Sprichwort, wer sich selbst hilft, dem helfen auch andere.

(Beifall bei der FDP)

Auch haben Senat und Rot-Grün bei den Investitionen noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. Bei den Statistiken des Finanzplans 2007 bis 2011 haben sie sich sicher an einigen Stellen bewusst etwas vage gefasst, weil Sie einige selbst gesteckte Ziele nicht deutlich und nicht transparent gemacht haben. Das ist eigentlich auch ein Kernpunkt, der heute schon mehrfach angesprochen worden ist. Es gibt eine mangelnde Transparenz, und die kann man nicht wegdiskutieren.

(B) Es ist darüber hinaus absolut unverständlich, warum vertragliche Verpflichtungen gegenüber Dritten jetzt wieder erneut eingegangen werden. Das haben wir in der Vergangenheit immer wieder kritisiert, das ist auch von den Grünen kritisiert worden, und jetzt macht es der Senat trotzdem wieder. Das stößt überhaupt nicht auf unsere Zustimmung!

Wir fordern, dass angesichts der dramatischen Lage in Bremen endlich ein ressortübergreifendes strukturpolitisches Konzept erarbeitet wird. Das Ziel: Wir machen eine Verwaltungsreform in Bremen, wir schaffen flachere Hierarchien, flachere Entscheidungsstrukturen; damit kann man Geld sparen, und damit kann man auch die Entscheidungen beschleunigen.

(Beifall bei der FDP)

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von CDU und FDP in der Stadtbürgerschaftssitzung, dort ging es um das Thema Jugendfreizeitheime, wir haben dort mangelnde Wirtschaftlichkeitsberechnungen angemahnt. Dabei wird ja ganz deutlich, dass einige Ressorts oder dass etliche Ressorts nicht in dem Maße zusammenarbeiten, wie es erforderlich ist, dass oftmals die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut, und dass die Ressorts nebeneinander vor sich hinarbeiten. Das sind Strukturen aus dem vergangenen Jahrhundert, das muss umgesteuert werden. Es kann nicht solche Fürsöntümer geben, die sich abschotten und die ihr Eigenleben führen.

(Beifall bei der FDP)

(C) Für Bremen ist es wichtig, die Wirtschaftskraft zu stärken. Das haben wir in der Vergangenheit immer wieder gefordert, das werden wir auch in Zukunft fordern. Wir müssen hier Arbeitsplätze schaffen, wir müssen die Menschen an die Stadt binden, die Abwanderung stoppen und zusätzliche Einwohner gewinnen. Die Rahmenbedingungen dafür kann und muss aber die Politik schaffen, denn sonst wird es in diesem Land nicht vorwärts gehen.

(Beifall bei der FDP)

Ein weiteres Thema: Der Senat hat am 15. Januar 2008 den Beteiligungsbericht 2006/2007 beschlossen. Dazu lobt er sich in einer Presserklärung von demselben Tag, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Die rot-grüne Koalition hat sich mehr Transparenz und eine bessere Kontrolle der Gesellschaften vorgenommen. Der vorliegende Bericht ist dafür eine gute Grundlage.“ Ich frage Sie in diesem Zusammenhang: Was ist es für eine Transparenz, wenn nur Beteiligungen über 50 Prozent berücksichtigt werden? Warum machen Sie die bremischen Beteiligungen nicht vollständig transparent?

(Beifall bei der FDP)

(D) Ich möchte hier nicht zu Spekulationen kommen, aber ungewöhnlich finde ich das schon, weil man aus anderen Städten und Ländern weiß, dass dort alle Beteiligungen genannt werden. Es könnte ja die Vermutung naheliegen, dass es hinter einer gewissen Nebelwand gewisse Schattenhaushalte gibt, aber ich will wie gesagt diese Spekulationen nicht weiter vortreiben.

(Beifall bei der FDP)

Ich möchte daran erinnern, und da komme ich auf die Gewoba zurück, dass die Finanzsenatorin auf der Haushaltspressekonferenz gesagt hat, die Gewoba könnte auch in privater Form tätig sein. Genau das ist richtig, und genau das sagen wir auch. Da frage ich: Warum ist die Gewoba nicht schon lange privatisiert worden?

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, Bremen hat, das habe ich gesagt, nur eine Chance, wenn es sich von der erdrückenden Schuldenlast befreit, und diese Chance erhält es nur über die Föderalismusreform II. Dennoch, und das sage ich in aller Deutlichkeit, ist die Regierungskoalition im Begriff, diese Chance zu vergeben, weil sie nicht alle Möglichkeiten der Eigenleistung ausschöpft, denn was sind das für Eigenleistungen, wenn die Neuverschuldung weiter steigt? Was sind es für Eigenleistungen, wenn man die konsumtiven Primärausgaben erhöht? Was ist es für eine Eigenleistung, wenn man mit dem Hinweis auf den Ko-

- (A) alitionsvertrag nicht alle Potenziale beim Verkauf staatlicher und städtischer Besitztümer ausschöpft, und was ist es für eine Eigenleistung, wenn man die freiwilligen Ausgaben erhöht?

Nein, meine Damen und Herren, das sind beileibe keine eigenen Leistungen. Hier muss nachgearbeitet werden, und dazu werden wir in den Haushaltsberatungen mit einem konstruktiven Beitrag unsere Arbeit aufnehmen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (parteilos): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Senatorin Linnert, das war ja eine sehr schöne Rede von Ihnen, nur glaubt Ihnen kein Mensch mehr, am allerwenigsten die Beamtinnen und Beamten. Ich werde selbstverständlich Ihre Haushaltspläne rigoros ablehnen, Ihre Haushaltspläne sind nicht das Papier wert, auf dem sie geschrieben sind. Diese Haushaltspläne hätten Sie auch mit der Überschrift „Pleiten, Pech und Pannen“ umschreiben können, ja sogar umschreiben müssen!

- (B) Diese rot-grüne Landesregierung betreibt eine rücksichtslose Rotstiftpolitik auf dem Rücken von Familien und Kindern, Hartz-IV- und Sozialhilfeempfängern, sprich sozial schwacher Menschen unseres Bundeslandes, und auf Kosten der inneren Sicherheit unserer Bürger. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, hier haben Sie doch noch gemeinsam in Ihren Koalitionsverhandlungen großspurig propagiert: Wir wollen mehr für die Armen tun! Das hört sich im ersten Moment sehr gut an, nur eingehalten haben Sie davon aber wie so üblich nichts. Ganz im Gegenteil: große Worte statt Taten!

Die Armut gerade in Bremerhaven steigt ins Unermessliche: überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, steigende Armut, immer mehr Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfänger, eine unerträgliche, immer noch 40-prozentige Kinderarmut, ansteigende Kriminalität, immer höhere Schulden, Sparmaßnahmen müssen über Kredite finanziert werden, unzählige Steuergeldverschwendungen wie sehr teure Märchenparks in Bremen und Bremerhaven! Frau Senatorin Linnert, bei dem beschlossenen Finanzplan für das Jahr 2007 bis 2011 müsste Ihnen eigentlich Ihr Lächeln im Gesicht gefrieren.

Eigentlich müssten Sie schon lange hier in Tränen ausbrechen, denn für 2008 sind Ausgaben von circa 4 Milliarden Euro eingeplant bei Einnahmen von nur circa 3,3 Milliarden Euro. Diese sage und schreibe 700 000 Millionen Euro Schulden müssen Sie meines Wissens natürlich wieder über Kredite finanzieren. Mehr Kredite bedeuten aber auch mehr und höhere Zinsbelastungen: Nur – das muss man sich einmal

auf der Zunge zergehen lassen – 2008 soll die Verschuldung Bremens auf sage und schreibe über 15 Milliarden Euro steigen, das sind über 30 Milliarden D-Mark Schulden. Allein die Zinsen hierfür betragen zirka 700 Millionen Euro jährlich, allein die Zinsen sind kaum finanzierbar, der Schuldenberg Bremens wächst ungebremst weiter ins Uferlose an.

Sie sehen, Frau Senatorin Linnert, Bremen schwimmt nicht in Geld, sondern in Schulden. Sie haben nicht einmal mehr einen größeren finanziellen Spielraum für weitere wichtige und erforderliche Investitionen. Der rot-grünen Landesregierung scheint es dabei ja richtig gut zu gehen, wenn einige von Ihnen über diese Zahlen noch lachen können. Ich aber sage Ihnen im Namen des Protests der Bürger: Wie kann es einer rot-grünen Landesregierung noch gut gehen, wenn durch ihre ungerechte und unsoziale Politik unzählige Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven unweigerlich in die soziale Armut getrieben werden?

Ich habe ja schon einige Male den Spruch gehört: Man sieht schon Licht am Ende des Tunnels. Das aber, meine Damen und Herren, können auch die Lichter eines mit Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfängern überfüllten, entgegenkommenden Zuges sein, der Sie bei den nächsten Landtagswahlen überrollen wird. Denn Sie werden auch weiterhin und zukünftig eine Politik nach dem altbekannten politischen Motto betreiben: Wenn du Geld brauchst, gehe zu den Armen, sie haben zwar nicht viel, aber es gibt viele von ihnen, und sie geben dir meistens auch noch gern etwas davon ab. Das aber haben unsere Bürgerinnen und Bürger nicht verdient!

Sehr geehrte Frau Senatorin Linnert, Ihr Haushalt ist unsozial, unsolide, intransparent und unverantwortlich. Ihr Haushalt ist gelinde gesagt eine eindeutige Bankrotterklärung Ihrer unsozialen und ungerechten Politik auf dem Rücken und zulasten der Bürger des Landes Bremen. Da sagt doch unsere Bundeskanzlerin Merkel bei jeder Gelegenheit gebetsmühlenartig mit Tränen in den Augen: Hurra, hurra, der Aufschwung ist da! Ich aber frage mich: Wo ist denn der Aufschwung? Unsere Bürgerinnen und Bürger spüren nämlich überhaupt nichts davon, ganz im Gegenteil! Aber darauf werde ich noch in den weiteren Haushaltsberatungen ausführlicher eingehen, besonders auf die Erklärung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herrn Dr. Sieling, der gesagt hat, Bremen hat kein Geld mehr, Bremen hat Schulden und so weiter, da hat er ja recht, und die Opposition soll Finanzierungsvorschläge machen.

Nun frage ich Sie, Herr Dr. Sieling: Warum hat das Bundesland Bremen so hohe Schulden, warum ist Bremen so hoch verschuldet? Das ist doch die Frage! Die Frage möchte ich Ihnen beantworten: Weil die SPD in der Regierungsverantwortung seit Jahren für diese Schulden mit verantwortlich ist. Sie haben für die Schulden eine Politik betrieben, die unverantwortlich auf Kosten der Bürger war. Sie haben sich Ihre

(C)

(D)

- (A) Suppe selbst eingebrockt, und jetzt müssen Sie sie auch selbst auslöffeln.

Frau Senatorin Linnert hat vorhin gesagt, die Lage der Menschen hat sich quasi verbessert. Falsch! Die Lage der Bürgerinnen und Bürger hat sich sogar noch dramatisch verschlechtert. Fragen Sie doch einmal die Studenten, die unzähligen Obdachlosen, die Polizeibeamtinnen und -beamten, die sozial schwachen Menschen, Hartz-IV-Empfänger in Bremen und Bremerhaven, was diese Menschen von Ihrer Politik, von Ihrer Haushaltsrede halten! Das kann ich Ihnen aber auch sagen: Diese sozial schwachen Menschen halten von Ihrer Politik nichts, sie halten von Ihrer Rede, von Ihrer gehaltenen Märchenstunde nichts, gar nichts!

Die allergrößte, man kann ja sagen, Schweinerei haben Sie sich aber mit den Polizeibeamtinnen und -beamten und Beamten im Allgemeinen erlaubt, die täglich, das habe ich hier schon öfter erwähnt, unter Lebensgefahr unterbezahlt, abgezockt und unter den miesesten Bedingungen und Entbehrungen auch für Sie ihre Gesundheit und ihr Leben riskieren. Vor der Wahl haben Sie natürlich alles versprochen, aber fast nichts gehalten! Ich darf einmal eben zitieren: „Eine Bremer Sonderlösung oder eine weitere Verbesserung der Tarifregelung wird es mit uns nicht geben.“ Bündnis 90/Die Grünen, 3.4.2007! Also, meine Damen und Herren, ich darf es ja nicht sagen, aber wenn das keine Lüge ist, dann weiß ich wirklich nicht, was noch eine Lüge sein soll!

- (B)

Meine Damen und Herren, zum Thema Besoldungserhöhung, mit der wir uns noch nachher befassen, kann ich mich kurz fassen. Ich habe schon etliche Male ganz klar meine Forderungen geäußert, sie waren: 2,9 Prozent Besoldungserhöhung ab dem 1.1.2008 und sonst gar nichts! Sagen Sie ja nicht, meine Damen und Herren, ich hätte Sie nicht rechtzeitig vor den schrecklichen und grausamen Folgen gewarnt, wenn die Grünen finanzpolitisch und überhaupt politisch Verantwortung tragen! Ich habe wieder einmal recht behalten.

Meine Damen und Herren, egal, ob rot-grün, rot-schwarz, gelb oder blutrot, solange es Ihnen anscheinend nur um Macht, Koalitionen und Posten geht, so lange bleiben die Sorgen und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger auf der Strecke. Nach diesen Haushaltsreden aller Parteien glaube ich, dass sich durch Ihre Politik außer leerer Versprechungen nichts, aber auch gar nichts ins Positive für unsere Bürger verändern wird, ganz im Gegenteil! Ihre Politik wird für noch mehr Armut, für noch mehr Hartz-IV-Empfänger, noch mehr Sozialhilfeempfänger, für noch mehr Kinderarmut und für noch viel weniger innere Sicherheit verantwortlich sein.

Sie haben von unseren Bürgern und Beamten immer wieder verlangt, ihren Gürtel enger zu schnallen. Das kann man gut machen, wenn man hier mit Hosenträgern sitzt. Jetzt haben diese Menschen keine

Luft mehr zum Atmen. Eine Politik aber, die von unseren Bürgerinnen und Bürgern verlangt, ihren Gürtel so eng zu schnallen, bis sie vielleicht am Ende erstickt sind, dafür möchte ich im Interesse der Menschen nicht mitverantwortlich sein. Ich werde Ihren skandalösen Haushalt selbstverständlich im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ablehnen. – Ich danke Ihnen!

- (C)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe ganz bewusst in meinem ersten Debattenbeitrag gesagt, dass ich in den engen Handlungsspielräumen, die dieser Haushalt lässt, vieles auch wegen unserer Regierungsverantwortung für unausweichlich halte. Ich will an dieser Stelle noch einmal gern sagen, die Steuerungsmöglichkeiten, und das spüren ja gerade die Grünen, jetzt da sie regieren, einer neuen Regierung unter der Last dessen, was sozusagen wir in den vielen Jahren vorher in unterschiedlichen politischen Mehrheiten an Spielräumen noch für Haushalts- und Finanzpolitik gelassen haben, sind überschaubar. Deswegen habe ich in dem ersten Teil meiner Rede sehr viel Wert darauf gelegt nachzuweisen, dass diese Regierung mit diesen Spielräumen aus meiner Sicht falsch umgeht und falsche Schwerpunkte setzt.

Aber ich will an dieser Stelle auch ganz ausdrücklich sagen, es gibt auch für die CDU-Fraktion, auch wenn wir in der Opposition sind, natürlich und selbstverständlich eine über den Wahltag hinausgehende Solidarisierung mit den Interessen unseres Bundeslandes, meine Damen und Herren.

- (D)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das bedeutet, selbstverständlich werden wir den neuen Senat bei der Klage beim Bundesverfassungsgericht, die der alte Senat noch eingereicht hat, vorbehaltlos unterstützen. Das ist ein Interesse aller hier in Bremen politisch Wirkenden, und aus dieser Solidarität, meine Damen und Herren, wird sich die CDU nicht verabschieden, nur weil wir jetzt Opposition sind.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das tun wir, obwohl das erste Signal, das von der neuen Regierung in Bremen an das Bundesverfassungsgericht gegangen ist, aus meiner Sicht das falsche ist, nämlich dass man den gerade ein halbes Jahr vorher eingereichten Rahmen um 40 und 48 Millionen Euro in den nächsten Jahren nicht einhalten können. Das verbessert nicht die Chancen unserer Klage, sondern es ist ein Beleg dafür, dass es schlimmer wird. Ich halte das für falsch, ich hätte

(A) das an der Stelle auch noch nicht gemacht, das möchte ich hier so deutlich sagen. Ich hätte den Haushaltsvollzug abgewartet und einmal geschaut, ob man tatsächlich am Jahresende diese 40 und 48 Millionen Euro braucht. Es wäre Zeit genug gewesen, es dann nachzuweisen, dass es unausweichlich war.

Obwohl Sie es gemacht haben und obwohl wir es für den falschen Weg halten, bleibe ich dabei: Die CDU-Fraktion hier in der Bremischen Bürgerschaft unterstützt den Senat vorbehaltlos bei dem Klageverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Das gilt im Übrigen auch für einen zweiten Teil der bisher geltenden Verabredung. Das betrifft die Verhandlungen über die Föderalismusreform II. Auch da, sage ich, werden wir nur dann Erfolg haben, wenn dieses Land sich geschlossen hinter einer Verhandlungsposition versammelt.

Ich will aber auch an der Stelle sagen, dass ich nicht für alles Verständnis habe, was bremische Politik an dieser Stelle macht. Ich habe weder Verständnis dafür, dass der Präsident des Senats, Bürgermeister Böhrnsen, öffentlich eine aus meiner Sicht zur derzeitigen Zeit überzogene Erwartungshaltung an die Ergebnisse dieser Kommission weckt. Es ist nicht gewonnen, das will ich ausdrücklich sagen. Im Gegenteil, aus meiner Sicht ist es in den letzten Wochen und Monaten eher schwerer geworden, für Bremen hier ein gutes Verhandlungsergebnis zu erzielen.

(B)

Gleichwohl, wir als CDU-Fraktion hier in der Bremischen Bürgerschaft haben ein Interesse daran, dass wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und finanzielle Stabilität in einem Finanzausgleichssystem wieder enger zusammengeführt werden. Deswegen unterstützen wir den Senat auch bei der Fortsetzung der Verhandlungsposition des alten Senats in der Föderalismusreform-II-Kommission, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Das heißt an der Stelle allerdings auch, dass die Lage aus meiner Sicht unübersichtlicher geworden ist, Bremen hat überraschenderweise viele neue Verbündete. Einer ist genannt worden: Der baden-württembergische Ministerpräsident war ja früher so etwas wie ein Angstgegner Bremens, nicht im Fußball, aber bei der Frage der Finanzverhandlungen. Offensichtlich hat sich dort ein, wie ich finde, sehr konstruktiver Gedanke mittlerweile herausgebildet. Ich kann auch aus Gesprächen berichten, nicht mit dem neuen bayerischen Finanzminister – der ist irgendwie noch ein bisschen resolut –, aber mit dem bayerischen Ministerpräsidenten, der auch im kleinen Kreise sagt, man könne selbstverständlich ein Neuverschuldungsverbot und ein Sanktionensystem bei Verstoß gegen das Neuverschuldungsverbot nur

dann wirksam werden lassen, wenn es eine Lösung für die Altschulden der überschuldeten Länder gibt. Meine Damen und Herren, das ist auch unsere Position. In dieser Position unterstützen wir den Senat auch weiterhin vorbehaltlos und uneingeschränkt.

(C)

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen muss Bremen im Übrigen auch mit einer Stimme sprechen. Die SPD-Fraktion spricht nicht mit einer Stimme, also die SPD-Ministerpräsidenten sprechen nicht mit einer Stimme, die CDU-Ministerpräsidenten sprechen nicht mit einer Stimme. Ich gebe ganz offen zu, so schwer mir das auch fällt, Herr Dr. Güldner, die einzige Fraktion, die bisher mit einer Stimme redet, ist die grüne Fraktion im Bundesrat.

Das fällt aber auch nicht schwer, weil Sie nicht mehr als eine Stimme dort haben. Es ist nämlich die Bürgermeisterin Frau Linnert, und das wird auch so bleiben nach dem Wochenende, das wollte ich an dieser Stelle noch einmal sagen,

(Beifall bei der CDU – Lachen bei der SPD
und beim Bündnis 90/Die Grünen)

weil Sie ja gestern irgendetwas über Wahlergebnisse gefaselt haben. Wer gestern das Fernsehduell zwischen Herrn Jüttner und Herrn Wulff gesehen hat, meine Damen und Herren, für den ist die Sache in Niedersachsen eigentlich klar, obwohl die noch jede Stimme und jede Unterstützung brauchen, aber dass Herr Jüttner mit einer rot-grünen Regierung diese Erfolgsregierung in Niedersachsen ablöst, halte ich für definitiv ausgeschlossen.

(D)

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es wird bei Ihrer Stimme bleiben, was die grüne Fraktion im Bundesrat betrifft. Deswegen ist umso wichtiger: Wir brauchen für die Mehrheit im Bundesrat die Unterstützung aller Länder, egal aus welchem Land sie kommen und welche politische Färbung sie haben. Aus dem Grund sage ich zu, dass wir als CDU-Fraktion alles im Rahmen unserer Möglichkeiten Machbare tun werden, um dafür zu sorgen, dass bei den CDU-Ministerpräsidenten ein Bewusstsein dafür herrscht, dass Bremen selbstverständlich ein wirtschaftlich dynamischer, ein vom Bruttoinlandsprodukt her außerordentlich leistungsfähiger Standort ist und dass sich unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht in der finanziellen Stabilität widerspiegelt. Das gilt ungeachtet der derzeitigen politischen Mehrheitsverhältnisse hier in Bremen. Wir hoffen auf eine Lösung bei der Föderalismusreform-II-Kommission. Wir werden alles unternehmen, um an einer solchen Lösung im Interesse Bremens mitzuwirken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will jetzt zum Gang der Debatte noch zwei, drei Punkte

(A) sagen, die in der Sache kontrovers sind, weil wir da wieder über die Spielräume und Schwerpunkte miteinander reden, die die neue Regierung setzt. Es ist ja auch sozusagen selbstverständlich, dass eine neue Regierung vorhandene finanzielle Spielräume in einem starren haushalterischen Korsett für eigene Schwerpunktsetzungen nutzt. Ich will aber trotzdem sagen, dass ich die Verteufelungsaktionen insbesondere von Bündnis 90/Die Grünen im Hinblick auf die Investitionspolitik der Vorgängerregierung in den vergangenen Jahren unverändert für unververtretbar halte. Ich glaube auch, dass Sie verkennen,

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/
Die Grünen]: Haben wir nie gemacht!)

auch wenn es jetzt Ansätze im Finanzplan gibt anzuerkennen, dass sie Erfolge gehabt hat, meine Damen und Herren, wir haben vielen Menschen in Bremen und Bremerhaven durch unsere Investitionspolitik, durch den Kurs von Sparen und Investieren wieder eine Chance gegeben, am Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz zu bekommen und ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Diesen Erfolg kann auch eine neue Regierung, Herr Dr. Sieling, der alten Regierung nicht nehmen! Wir haben vieles richtig gemacht in dem Bereich.

(Beifall bei der CDU – Abg. D r . S i e -
l i n g [SPD]: Habe ich auch gesagt!)

(B)

Sie ja!

(Abg. D r . S i e l i n g [SPD]: Darum macht
diese Koalition die richtigen Dinge weiter!)

Frau Linnert, ich will das an der Stelle noch einmal sagen: Ich war begeistert, als ich Sie gehört habe am letzten Sonntag bei der Neueröffnung der Ausstellung über Argentinien im Deutschen Auswandererhaus, übrigens ist das eine fantastische Ausstellung, ich kann nur jedem empfehlen, sie sich auch anzuschauen, Deutsches Auswandererhaus in Bremerhaven, an die Fraktion der Bremer! Sie haben die Einrichtung über den grünen Klee gelobt, zu Recht, finde ich. Aber erinnern Sie sich bitte daran, dass der Neubau des Deutschen Auswandererhauses nur dadurch möglich geworden ist, dass wir ihn kapitaldienstfinanziert über mehrere Jahre vorfinanziert haben!

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrte Frau Linnert, hätten wir Ihre Maßstäbe angelegt an diesen für Bremerhaven unverzichtbaren Bestandteil des Strukturwandels, dann würde es das Deutsche Auswandererhaus heute nicht geben, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Damals haben Sie übrigens auch nicht gesagt, wie Sie es alternativ finanzieren wollten, sondern es war richtig, dieses Projekt für den Strukturwandel in Bremerhaven nicht aus einem Haushaltsjahr zu finanzieren, sondern über Kapitaldienst zu finanzieren, über mehrere Jahre zu strecken. Nur deswegen konnten Sie diese wunderbare Ausstellung eröffnen, und nur deswegen sind seit Eröffnung des Auswandererhauses mehr als 500 000 Menschen, im Übrigen im Wesentlichen außerhalb von Bremen und Bremerhaven, hierher gekommen und haben diese wunderbare Einrichtung besucht, ein gelungenes Beispiel für den wirksamen Strukturwandel der alten Regierung, meine Damen und Herren!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Ich will, weil der eine oder andere hier gesagt hat, ich hätte zu mehreren Themen nichts gesagt, nur zu drei Aspekten noch etwas sagen. Das eine ist: Wie gehen wir eigentlich mit unseren Kindern um? Da ist der Vorwurf, Herr Rówekamp habe gesagt, mit einem warmen Mittagessen sei niemandem geholfen. Das habe ich so nicht gesagt! Ich habe gesagt, ich finde es richtig, dass wir uns um solche Kinder kümmern, die in sozialer Armut leben, und zwar in solcher sozialer Armut, dass ihre Eltern es nicht einmal für erforderlich halten, ein Essen zu reichen. Aber ich erwarte von einem Präsidenten des Senats, der mit einer solchen Vehemenz für das kostenlose Mittagessen eintritt, auch, dass er ein Konzept vorlegt, wie wir diese Menschen, diese Kinder, die Zukunft unserer Gesellschaft dauerhaft ohne staatliche Alimentation inmitten unserer Gesellschaft leben lassen können, Herr Dr. Sieling! Da ist ihnen mit einem Mittagessen nicht geholfen.

(D)

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die
Grünen]: Aber mit Ganztagschulen!)

Das alimentiert sie für den Tag und in der Woche, aber zum Beispiel mit einer zukunftsgerichteten Bildungspolitik ist diesen Kindern geholfen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Zurufe vom
Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen sage ich: Mit der gleichen Vehemenz, mit der sich der Bürgermeister für das Mittagessen einsetzt, erwarte ich, dass er für ein begabungsrechtes, leistungsfähiges, gut ausgestattetes Bildungssystem in unserem Bundesland kämpft. Das hat er bis heute nicht getan, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Das bedeutet – das will ich an dieser Stelle auch noch einmal in aller Deutlichkeit sagen –, mit der CDU-

- (A) Fraktion wird es keine Zustimmung zur flächendeckenden Einführung der sozialistischen Gemeinschaftsschule als Einheitsschule in Bremen geben. Das muss man wissen!

(Beifall bei der CDU – Unruhe bei der SPD)

Ich weiß bis heute nicht, was der Bürgermeister über diese Frage denkt, weil er dazu nichts gesagt hat. Wer sich zum Mittagessen äußert, muss sich auch zur Zukunft des Gymnasiums äußern! Das ist die Ansicht der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Dann ist hier viel über Polizisten und Zielzahlen und so weiter gesprochen worden. Man kann die Zahlen ja immer so drehen, wie es einem passt, Herr Dr. Güldner.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, kann man nicht! Die Einstellungszahlen nicht, die sind Fakten!)

- (B) Ich will an der Stelle sagen, es hat am Ende der letzten Legislaturperiode in Diensten der Bremer Polizei hundert Polizistinnen und Polizisten mehr gegeben als zu Beginn der Legislaturperiode, ein großes Verdienst der Koalition aus SPD und CDU in der vergangenen Legislaturperiode. Wir haben starke Einstellungsjahrgänge produziert.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein!)

Wir haben einen starken Zuwachs, hundert Polizisten mehr von 2003 bis 2007. Lesen Sie es nach!

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir kennen die Zahlen!)

Sie sind im Haushalt zu sehen gewesen! Wir haben die Polizeistärke in Bremen erhöht in der Zeit der letzten Regierung, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Richtig ist, und deswegen sage ich, auch über Fehler muss man reden, genauso wie ich die Regierung ja auch an der einen oder anderen Stelle lobe, ich will das nur noch einmal für den Bildungsbereich ausdrücklich sagen: Es ist die richtige Entscheidung zu sagen, wir wollen jede frei werdende Lehrstelle wiederbesetzen. Meine Damen und Herren, in die Bildung zu investieren, heißt in die Zukunft dieses Bun-

deslandes zu investieren. Deswegen tragen wir diesen Kurs der Schwerpunktbildung für Bildung in Bremen ausdrücklich mit. Wir sind auch dafür, jede frei werdende Stelle wiederzubesetzen, aber ich habe dann kein Verständnis dafür, dass die jetzige Bildungssenatorin im Alleingang gegen den Widerstand aus dem Finanzressort den Unterrichtsausfall dadurch erhöht, dass sie zwei Stunden zusätzliche Freistellung für Bremer Lehrkräfte organisiert, nur weil sie früher in den Ruhestand gehen wollen.

Meine Damen und Herren, wer Bildung als Schwerpunkt setzt, darf nicht Unterrichtsausfall produzieren! Ich halte das für den falschen Weg!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wenn ich verspreche, mich nicht noch einmal zu melden, darf ich dann noch zwei Sätze sagen, Herr Präsident? Wir haben aber ja noch 22 andere Abgeordnete!

Ich will zum Bereich Polizei sagen, es war ein Fehler, nur so geringe Einstellungsjahrgänge in den letzten beiden Jahren vorzusehen. Wir haben im ersten Jahr 90 eingestellt, wir haben im zweiten Jahr 60 eingestellt, wir haben im dritten Jahr nur 28 eingestellt. Im vierten Jahr, Herr Dr. Sieling, haben wir uns nicht mehr verständigt über die Ausbildungsstellen. Ich habe dann unter begrenztem Verstoß gegen das Haushaltsrecht einfach eingestellt.

Ich sage ganz ausdrücklich für die CDU-Fraktion: Es war ein Fehler, dass wir uns an der Stelle nicht durchgesetzt haben. Wir hätten höhere Einstellungsjahrgänge auch in den letzten beiden Jahren für die Polizei Bremen gebraucht. Ich bin gescheitert im Übrigen nicht nur an SPD-Finanzsenator Herrn Nußbaum, sondern auch an Ihrer Fraktion. Das ist dann aber auch die Wahrheit. Ich wollte 120, und Sie wollten Null! Das war die Ansage vom Finanzsenator, und wir haben uns am Ende auf diesen kleinen Einstellungsjahrgang geeinigt, und ich sage ganz bewusst: Das war falsch! Deswegen werden wir in den nächsten Jahren wenige Neuzugänge in der Polizei Bremen haben.

Was ich jetzt aber auch falsch finde, Herr Dr. Sieling – das will ich ausdrücklich auch sagen –, in dem Jahr, in dem Sie die Zielzahl für die nächsten Jahre fortschreiben, das ist der niedrigstmögliche Personalbestand der Polizei Bremen. Sie können doch nicht auf der einen Seite sagen, Röwekamp hat zu wenige Polizisten eingestellt, und auf der anderen Seite dann aber die Personalentwicklung auf diesem niedrigstmöglichen Stand fortschreiben! Herr Dr. Sieling, wenn Sie etwas für die Polizei tun wollen, dann sorgen Sie dafür, dass die 2600 aktiven Beamtinnen und Beamten, die wir der Polizei zugesagt haben, auch in den Polizeidienst kommen. Auch am Ende Ihrer Amtszeit werden davon hundert fehlen, und wir strei-

(C)

(D)

- (A) ten weiter dafür, die Polizei so auszustatten, dass sie die Herausforderungen in unserer Stadt auch wirklich annimmt.

(Beifall bei der CDU)

Der allerletzte Satz jetzt zur Besoldungsanpassung, weil mir ja vorgeworfen wird, wo das heute in der Debatte bleibe! Da mache ich es ganz kurz, das ist völlig klar! Wir haben den Gesetzesantrag eingebracht, der Gesetzesantrag ist vom Parlament beraten worden, auf Ihren Wunsch hin überwiesen worden. Wäre es so gelaufen, wie wir es für richtig gehalten hätten, dann hätten die Beamten im öffentlichen Dienst schon mit ihren Gehaltsabrechnungen für Februar 2008 ihre Gehaltserhöhung bekommen. Die CDU-Fraktion war dafür, die 2,9 Prozent zum 1. Januar 2008 umzusetzen, wir haben das Gesetz eingebracht, Sie haben es verhindert, und wenn es beschlossen worden wäre, wäre es jetzt auch im Haushaltsplan finanziert worden.

Die Gedanken, die Sie sich jetzt machen, hätten Sie sich schon viel früher machen können, Herr Dr. Sieling! Das Gesetz ist finanzierbar, die Beamten im öffentlichen Dienst haben es verdient, dieses Geld zu bekommen, und deswegen wäre es schön, wenn wir heute in zwei Lesungen darüber abstimmen würden, die Besoldungsanpassung zum 1. Januar 2008 um 2,9 Prozent zu machen. Wir würden es auf jeden Fall entsprechend beschließen.

(B)

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Ich komme zu einem allerletzten Satz, Herr Präsident.

Präsident Weber: Herr Abgeordneter, wir haben das sehr großzügig gehandhabt hier oben. Sie sind jetzt aber weit über –.

Abg. **Röwekamp** (CDU): Ja, aber den Schlussaplaus wollen Sie mir ja nicht nehmen! Also, ich komme zum allerletzten Satz, meine Damen und Herren! Während der Senat für viele Konzepte wie zum Beispiel das Hafenstrukturkonzept und andere wirtschaftliche Konzepte kein Geld hat, hat er das Geld bei der Frage kostenloses Mittagessen, bei der Frage Ganztagschule, bei der Frage entsprechend Verstärkung für unter Dreijährige kein Konzept, aber Geld!

Meine Damen und Herren, mein Appell ist: Bringen Sie im Zuge der jetzt laufenden Haushaltsberatungen Konzepte und Geld zusammen, dann haben Sie uns an Ihrer Seite! – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (Die Linke)*): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Wie der Volksmund schon so schön sagt: Bei Geld hört die Freundschaft auf. Ich denke, so ist auch dieser Haushalt geworden. Finanzsenatorin Karoline Linnert hat schon im Wahlkampf immer wieder gesagt, dass sie keine Versprechen, besonders keine sozialen Versprechen machen will, sondern eine ehrliche und transparente Haushaltsführung machen wird. Meine Damen und Herren, das hat sie eingehalten: ehrlich, transparent, aber auch kein Euro mehr zur Behebung der sozialen Schäden durch zwölf Jahre Große Koalition. Sie hat – Zitat aus der „taz“ vom 19. Januar – „50 Millionen zusammengekratzt“, 50 Millionen Euro, zu denen es, wie es alle neoliberalen Politiker dieses Hauses fordern, parteiübergreifend eine solide Gegenfinanzierung gibt.

(C)

Gegenfinanzierung, dieses fast schon harmlose Wort bedeutet, dass für jeden Euro, den es an der einen Stelle mehr gibt, an der anderen Stelle einer weggenommen wird. In der sozialen Realität dieser Stadt bedeutet das, um das einmal ein bisschen plastisch vor Augen zu führen, dass zum Beispiel die Betreuung und Unterbringung außerhalb der Familie 2 Millionen Euro weniger bekommt, dass die Hilfen für Erwachsene mit Behinderungen 6,5 Millionen Euro weniger bekommen, dass die Hilfen für Wohnungsnotfälle 2 Millionen Euro weniger bekommen, aber auf der anderen Seite der Tagesbetreuung im Sinne der Kleinkindförderung – was wir gut finden – 7 Millionen Euro dazugeschlagen werden.

(D)

Das ist vielleicht solide gerechnet, meine Damen und Herren, das hat eine solide Gegenfinanzierung, aber das bedeutet doch, dass der Staat und die Staatsausgaben schlank gehalten werden. Da sich leider nur Reiche einen schlanken Staat leisten können, ist das letztendlich nur die Umsetzung oder die Fortsetzung der Umverteilung der Großen Koalition von unten nach oben, dieses Mal nur mit rot-grünem Sahnehäubchen.

(Beifall bei der Linken – Abg. G ü n t h e r [SPD]: Sie gehen intellektuell auch ganz flach durch heute!)

Lassen Sie mich ein weiteres Beispiel anführen! Die Kulturzentren Lagerhaus und Schlachthof, zwei über die Region hinaus bekannte kulturelle Bremer Besonderheiten, bekommen 3000 Euro mehr. Das finde ich natürlich gut! Auf der anderen Seite wird das Medienzentrum Kino 46 – eine ebenso bekannte kulturelle Bremer Besonderheit – mit minus 330 000 Euro 2008 und minus 180 000 Euro in 2009 mehr oder minder abgewickelt. Ich frage Sie: Was soll das für eine Systematik sein? Ich vermute, das ist die Systematik „Augen verbinden und mit dem Finger auf eine lange Liste tippen“. Das, meine Damen und Herren, finde

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) ich, ist aber keine solidarische oder verantwortliche Haushaltspolitik.

Bei dieser Gegenfinanzierung, wie ich sie eben skizziert habe, ergeben sich aber auch ganz sonderbare politische Konstellationen. Wenn Sie den Posten „öffentliche Schulen der Stadtgemeinde Bremen“ nehmen, sollen diese gegenüber dem Haushaltsanschlag von 2007 8 Millionen Euro weniger bekommen, davon 5 Millionen Euro im Personalbereich. Demgegenüber erhalten die durchgängigen Gymnasien 1,25 Millionen Euro mehr. Da frage ich doch einmal so ganz leise: Gab es da nicht einmal eine Debatte über Pisa und mehr Lehrer? Gab es da nicht einmal eine heftige Debatte gegen die CDU und ihre einzig selig machenden Gymnasien?

Als Zwischenfazit für uns als Linke möchte ich sagen: Wir werden in der Haushaltsberatung in den nächsten Wochen im Detail darlegen, dass die zusammengekratzten 50 Millionen Euro nur ideologische Leuchttürme sind, die durch ihre Gegenfinanzierung eben an anderer Stelle tiefe Löcher in die soziale Substanz dieser Stadt reißen. So jedenfalls, sehr geehrte Damen und Herren, lässt sich dieses Gemeinwesen nicht retten.

(Beifall bei der Linken)

(B) Wenn man vielleicht auch noch einmal fragt – die Frage ist auch sicherlich berechtigt –, woher das Geld kommen soll, dann sind wir mit der Finanzsenatorin Linnert einer Meinung: Bremen wird sich nicht am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen können. Aber wenn dem so ist, dann können wir Sie nur auffordern, mit dieser sahnebetupften Umverteilungspolitik von unten nach oben aufzuhören, denn außer weiterer sozialer Demontage bringt auch sie nichts!

(Beifall bei der Linken)

Lassen Sie uns gemeinsam auf der Bundesebene dafür sorgen, dass der Länderfinanzausgleich, so, wie es mein Kollege vorhin auch gesagt hat, entsprechend geändert wird, dass Herr Kröning in der Föderalismusdebatte II zurückgepfiffen wird, dass eine gerechte Erbschaftsteuer auf den Weg gebracht wird, eine Wiederbelebung der Vermögensteuer erfolgt, eine Reform der Einkommensteuer auf den Weg gebracht wird und ein Umbau der Mehrwertsteuer vorangetrieben wird.

(Beifall bei der Linken)

Unser Credo lautet: Umverteilung von unten nach oben stoppen, Einkommen und Vermögen gerechter verteilen, die öffentliche Hand stärken! – Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner. (C)

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach einer langen Debatte nur ein paar Bemerkungen von mir an dieser Stelle, um es nicht zu sehr zeitlich ausufernd zu lassen! Ich möchte auch – das habe ich vorhin angedeutet – die Opposition in ihrer ganzen Breite wahrnehmen, mich nicht nur mit der CDU auseinandersetzen, sondern Ihre beiden Beiträge, Herr Rupp und Herr Erlanson, haben mir schon sehr zu denken gegeben.

(Abg. **E r l a n s o n** [Die Linke]: Das ist gut so!)

Ich verstehe es nicht, wie eine Erkenntnis, die sich in der ganzen Welt verbreitet hat und die auch von den Fakten her überhaupt nicht umzuwerfen ist, nämlich dass – wenn Sie in einem Land oder in einem Gemeinwesen eine Überschuldung, eine Hyperverschuldung haben – die Menschen, die am Ende zuerst die Betroffenen sein werden, die Armen und die Beschäftigten sind, wenn man eine Überschuldungssituation nicht in den Griff bekommt. Dass diese Erkenntnis bei Ihnen nicht angekommen ist, kann ich mir schlichtweg nicht erklären, denn sonst könnten Sie hier nicht so reden, als ob das Schulden Machen und immer mehr Schulden Machen überhaupt kein Problem und überhaupt kein Thema wäre! (D)

(Abg. **B e i l k e n** [Die Linke]: Einnahmen!)

Die Betroffenen, die zuerst in einer Situation, in der der Staat oder das jeweilige Gemeinwesen am Ende ist, darunter leiden, sind die Ärmsten der Armen. Das ist in anderen Ländern so, und das ist in Bremen und woanders so. Wenn Sie das nicht begriffen haben, dann – tut mir leid – haben Sie ein Stück weit die Legitimation, in dieser Haushaltsdebatte ernst genommen zu werden, verspielt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Erlanson sagt, Gegenfinanzierung bedeutet, dass, wenn etwas an der einen Stelle dazukommt, woanders etwas wegfallen muss. Das ist in einem Rahmen von Finanzmitteln, die zur Verfügung stehen, in der Tat eine richtige Erkenntnis. Deswegen ist es natürlich so, dass Sie hätten sagen müssen, entweder wir weiten die Verschuldung grenzenlos aus und kümmern uns nicht um die Folgen – ich habe gerade etwas zu den Folgen gesagt – oder aber, wenn wir an der einen Stelle einen noch stärkeren Schwer-

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) punkt setzen wollen, dann machen wir Vorschläge, bei denen an der anderen Stelle in der Tat etwas wegfallen muss.

Sie haben dann in der weiteren Rede in einem Nebensatz zur Finanzsenatorin gesagt, das ist vielleicht solide gerechnet, was Sie hier vorlegen. Genau so ist es, das ist solide gerechnet, aber Ihre Rede war nicht solide gerechnet, denn Sie hätten natürlich solide gerechnete Gegenvorschläge machen müssen, wenn Sie in diesem Dialog mit dem Senat ernst genommen werden wollen, meine Damen und Herren von der Linkspartei!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Eine kurze Bemerkung zur zweiten Rede von Herrn Röwekamp! Ich finde es richtig und wichtig – das haben wir auch deutlich gemacht, Herr Dr. Sieling und ich –, dass die CDU sich hier in diesen entscheidenden Fragen zur Föderalismusreform und zur Karlsruhe-Klage noch einmal dazu bekannt hat, mit dem Senat, mit der Koalition an einem Strang zu ziehen. Das ist auch keine Selbstverständlichkeit. Es gibt auch Oppositionsparteien, die sich anders geäußert haben. Das begrüße ich sehr. Ich finde, dass es ein hohes Gut ist, das wir in dieser heiklen Phase, die uns in den nächsten Jahren bevorsteht, hüten sollten, weil wir in der Tat bei dem üblichen Spiel zwischen Regierung und Opposition genau an diesem Punkt, an dem es an die Existenz geht – wie immer bei existenzgefährdenden Situationen, das können auch einmal andere sein, hier ist es jetzt unsere finanzielle Notlage – zusammenhalten müssen. Deswegen finde ich die Einlassungen von Herrn Röwekamp zu dem Versuch, der auch in anderen Bundesländern und beim Bund bei den Kollegen der CDU zu spüren ist, ausdrücklich gut.

(B)

Sie haben auch den bayerischen Ministerpräsidenten – gewiss eine Schlüsselfigur – im Rahmen der Föderalismusverhandlungen erwähnt, dort für eine Unterstützung Bremens zu werben. Sie haben sich dann allerdings doch noch einmal in einem zweiten Teil wieder mehr mit der Kritik beschäftigt, auch das ist legitim, an diesem Haushalt und sind wieder zurückgekommen auf die Frage: Reicht das Mittagessen aus? Ich glaube, der Bürgermeister, die Finanzsenatorin, niemand aus den Fraktionen behauptet, dass man die soziale Lage der Menschen mit einem kostenlosen Mittagessen ändert. Wir haben nur gesagt: Kinder haben Hunger und brauchen etwas zu essen. Wenn wir dazu beitragen können, dann wollen wir das tun, weil wir dafür die Mittel bereitstellen wollen, das haben wir gesagt.

Dann haben Sie gesagt, Bildung wäre wichtig. Da sagen wir, in diesem Haushalt können Sie es nachlesen: Drei weitere Ganztagschulen pro Jahr, das hilft diesen Menschen dauerhaft und hilft auch den Kindern, dann wieder auf einen Weg zu kommen, der

ihnen auch nachhaltig hilft. Sie können im Haushalt nachlesen, dass wir hier sehr viel tun, nicht nur Ganztagschulen, sondern eine ganze Menge mehr.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dann haben Sie versucht zu erklären, wieso 28 oder 35 eingestellte Polizeibeamte auf die Zielzahlen bezogen am Ende mehr sind als die 260, die die rot-grüne Koalition einstellen will. Da muss man mathematisch fantasievoll sein, um das nachzuvollziehen,

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Mengenlehre!)

aber das wollen wir auch nicht vertiefen. Ich finde es ausdrücklich richtig, obwohl der Personalhaushalt so angespannt ist, dass wir bei den Lehrerinnen und Lehrern und bei den Polizistinnen und Polizisten ein Zeichen gesetzt haben.

Man muss allerdings auch sagen, bei der Einbringung des Haushalts hat es die Finanzsenatorin gesagt: Das bedeutet natürlich, dass an anderer Stelle sehr drastische Personaleinsparquoten angewendet werden. Genau, wie Herr Erlanson sagt: Wenn an der einen Seite etwas dazukommt, muss an der anderen Seite etwas weggenommen werden. Genauso ist es dann auch, dazu müssen wir uns dann auch bekennen. Wir müssen uns dazu bekennen, dass wir dann in Verwaltungen, die weiter von den Bürgerinnen und Bürgern entfernt sind, als es zum Beispiel die Lehrerinnen und Lehrer und die Polizei sind, aber auch die Beschäftigten in den bürgernahen Dienstleistungen, sehr ehrgeizig und sehr anstrengende für die Betroffenen, Personaleinsparquoten haben. Das ist keine Selbstverständlichkeit und auch nichts Leichtes für die Beschäftigten, sondern das ist etwas, das sehr mühsam umzusetzen sein wird.

(D)

Dann haben Sie am Ende noch einmal zur Besoldung gesprochen, dass es, wenn es nach Ihnen ginge, in der Tat zum 1. Januar die 2,9 Prozent gegeben hätte. Dann haben Sie einen Punkt gemacht und Ihren Abschlussapplaus bekommen, und Sie haben einfach den weiteren Satz vergessen. Wie Sie es denn dann finanziert hätten, das haben wir bis heute nicht gehört, und darauf warten wir!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vielleicht kommt es in der zweiten Lesung, dass Sie uns erzählen, wie man es finanziert. Die Koalition arbeitet an einer Finanzierung für eine Lösung der Frage der Beamtenbesoldung, genau im Erlanson-schen Sinne. Wir brauchen nämlich eine Gegenfinanzierung, und wenn wir den Rahmen, den Sie selbst anerkannt haben, nicht überschreiten wollen, einfach zu sagen, jetzt gebt den Beamten einmal ganz schnell

- (A) 2,9 Prozent mehr, ohne sich dazu zu äußern, wie das denn nun finanziert werden soll, ist einfach auch wieder ein kleines Stückchen zu wenig.

Wenn dieser Satz noch mit einem vernünftigen Konzept gekommen wäre, dann wäre es in der Tat der versöhnliche Abschluss der Debatte gewesen, den Sie vielleicht angestrebt haben. So bleibt doch ein kleiner Nachgeschmack übrig, dass Sie doch eigentlich nur wieder Stimmung draußen im Lande machen wollten. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (Die Linke)*): Herr Präsident, meine Dame und Herren! Herr Dr. Güldner, ich glaube, Sie haben nicht zugehört! Sie haben nicht zugehört, als Herr Rupp und Herr Erlanson Ihnen das vorgelesen haben, was Ihnen wehtut, was Sie nicht hören können und nicht hören wollen! Es liegt am Thema Vermögensteuer, es liegt am Thema Erbschaftsteuer, es liegt am Länderfinanzausgleich, es liegt an der Steuererlegung, es liegt an der Einwohnerwertung. Dies alles müssen Sie zusammenzählen und dann kommen Sie auf hohe Beträge. Es sind Ihnen auch die Beträge in dem Zusammenhang genannt worden. Da tun Sie so, als wenn Sie das einfach nicht gehört haben! Ich muss doch schon bitten, sich dann nicht zu beschweren, dass Sie etwas nicht mitbekommen haben, wenn Sie selbst nicht darauf achten.

(B)

Es fällt Ihnen schwer, denn wir haben genau da den Finger in die Wunde gelegt, wo Sie nämlich zu kurz springen! Sie, wir alle und die Leute, die hier leben, brauchen für dieses Bundesland eine Sanierung der Einnahmen. Wenn Sie das doch einmal bitte netterweise mit uns verstehen würden! Wir müssen nicht sparen, sparen bis auf die Knochen und noch weiter!

Wir brauchen eine Sanierung auf der Einnahmeseite. Das ist der Hauptgrund für die Schulden, und dafür müssen wir uns einsetzen. Bringen Sie doch einmal diesen Wechsel, dass Sie auch in Karlsruhe und Ihren Parteizentralen in Berlin gegenüber einmal den Mut beweisen, das zu tun, wofür Sie hier gewählt worden sind: dass Sie für die Menschen und für das soziale Fundament hier in diesem Land streiten und sagen, wir unterwerfen uns nicht dieser Umverteilung von unten nach oben, wie meine Vorredner erwähnt haben, wir wollen wieder eine soziale Politik machen, und wir wollen, dass das Geld, das in diesem Land jeden Tag von den arbeitenden Menschen erwirtschaftet wird, diesen Menschen auch zugutekommt, auch in sozialer Infrastruktur!

*) Vom Redner nicht überprüft.

Streiten Sie dafür, stellen Sie entsprechende Anträge mit uns zusammen im Bund! Sie können das, wir haben das an anderen Beispielen gesehen! Kehren Sie die Politik in diese Richtung und unterwerfen Sie sich nicht dieser Art von kleinkrämerischer Sparpolitik, die immer nur das Allerschlimmste verhindern will, aber die leider den begonnenen Weg von Schwarz-Rot fortsetzt! – Vielen Dank!

(C)

(Beifall bei der Linken)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion Linkspartei!

(Zurufe von der Linken: Die Linke!)

Ja, dazu komme ich gleich!

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist alles nicht so sehr links, finde ich!

(Abg. **Beilken** [Die Linke]: Sie wissen es besser, Herr Sieling!

Natürlich ist es so, dass wir die Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte verändern und verbessern müssen. Natürlich ist es so, dass auch steuerpolitisch Dinge anders gestaltet werden müssen. Es ist die SPD-Fraktion, die der Bürgerschaft einen Antrag zur Reform der Erbschaftsteuer vorgelegt hat. Natürlich ist das alles richtig und wahr, aber der Haushalt dieses Landes muss sich unter Rahmenbedingungen bewegen. Da hilft es überhaupt nichts, wenn wir uns Herrn Beilkens Allgemeinplätze anhören müssen

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

oder auch von Ihnen, Herr Erlanson, diese Hinweise auf unterschiedliche Dinge, die man teilweise übrigens auch nicht machen sollte, das will ich auch deutlich sagen, aber andere, die wir hier eben nicht verändern können. Das hilft uns überhaupt nicht, denn wir müssen hier Politik für Bremen und Bremerhaven machen.

Da bin ich bei dem Punkt, der mich ein bisschen erstaunt hat, nämlich mit welcher Art und Weise der Kollege Rupp diesen Haushalt bewertet hat. Hierher zu kommen und zu sagen, dieser Haushalt würde dazu führen, dass man in Bremen keine Kinder mehr bekommen kann und sollte

(Abg. **Frau Stahmann** [Bündnis 90/Die Grünen]: Stimmt nicht!)

(A) und dass man sie sich bald kaufen müsse, damit wird es dann zynisch! Dann zu behaupten, das sei ein Haushalt sozialer Kälte – ich finde, so geht das nicht, und ich finde im Übrigen, es gehört dazu, wenn man links sein will, dann muss man auch zu Bremen und Bremerhaven stehen und nicht so über diese beiden Städte reden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich habe vorhin, der Kollege Woltemath sprach es an, in der Tat natürlich von 3 Fraktionen gesprochen, weil ich mich mit den Argumenten von Herrn Röwekamp auseinandergesetzt habe, Herr Kollege Woltemath, und eher noch einmal über die Kontinuität im Übergang der jüngeren Vergangenheit geredet habe. Ich sage das hier extra deshalb, weil es ja nicht nur so ist, dass wir es sehr wohl, und ich finde, auch angenehm in der Lebendigkeit wahrnehmen, dass wir jetzt 5 Fraktionen haben, sondern weil wir auch sehr aufmerksam sehen, wie von Ihrer Fraktion so mancher gute Hinweis, das will ich auch einmal sagen, und gute Initiative kommt, die wir auch hier schon gemeinschaftlich unterstützt haben. Aber eines, sage ich Ihnen, machen wir nie: Das war ja Reizreaktion. Ich habe das mit der Gewoba angesprochen, damit Sie hier sagen, Sie wollen sie verkaufen. Diesen Fehler lassen Sie einmal sein! Damit kommen Sie nicht durch in Bremen und Bremerhaven.

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ich freue mich sehr, Herr Röwekamp, wie deutlich und klar Sie sich hier noch einmal zu dem zentralen Kurs dieses Landes gestellt haben, den wir in der Tat in der vergangenen Legislaturperiode gemeinsam erarbeitet haben. Das ist richtig gut und wichtig. Herr Güldner hat hier eben auch schon die wichtigen und richtigen Sachen dazu gesagt. Das ist eine Grundlage dafür, dass wir weiterkommen, und es waren wichtige Aussagen.

Ich teile natürlich nicht die Haltung und auch nicht die Erläuterungen zu den Thematiken, wir würden hier nur ein Konzept der Förderung im Sozialbereich machen, die auf Alimentation hinausläuft. Diesen Unsinn mit der sozialistischen Gemeinschaftsschule müssen Sie wahrscheinlich machen, Herr Rohmeyer braucht das auch immer für seine Psyche, dass man das hier propagiert.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Das hat nichts mit Psyche zu tun!)

Wir machen eine ganz solide Politik, und schauen Sie unseren Koalitionsvertrag an: Dort können Sie weder dem Bürgermeister noch sonst jemanden vorwerfen, wir hätten kein Konzept. Dieser rot-grüne

Koalitionsvertrag ist ein Konzept für Armutsbekämpfung und für den sozialen Zusammenhalt.

(C)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dazu gehört das Mittagessen für bedürftige Kinder, dazu gehört die dort dargelegte Bildungspolitik, die wir weiter konkretisieren müssen, und ich bin sicher, dass das auch der Weg ist, den wir gehen müssen.

Zu den Polizisten und der Besoldung muss ich sagen: Ich finde es auch wichtig, man muss ja manchmal auch ein bisschen mit Dingen aus der Vergangenheit abräumen, dass Sie hier sagen, dass es ein Fehler war, den Sie dort gemacht haben, Herr Röwekamp. Ich kann hier auch viele Dinge sagen, das habe ich auch immer gemacht, und das finde ich den richtigen Stil, wenn man Fehler gemacht hat, dass man sie benennen muss. Das ist menschlich, wenn einmal etwas schiefgelaufen ist, oder auch konstellationsbedingt. Was wir doch nur in der Kritik haben, und dabei bleibe ich: Wir haben die letzten Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2006/2007 in der Großen Koalition gemacht, und es gab vorher die große Kampagne „100 Polizisten mehr“.

Wir haben mit dem ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Herrn Perschau und Herrn Pflugradt, der damals der haushalts- und finanzpolitische Sprecher war, zusammengesessen und als SPD-Fraktion gesagt: Jetzt müssen Sie mit einem Haushaltsantrag kommen. Das haben Sie nicht gemacht, und das war eben ein richtiger weiterer Fehler, aber auch etwas Unverständliches, weil wir natürlich darüber auch außerhalb der Sitzung gesprochen haben.

(D)

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Aber wenn es richtig ist, hätten Sie den Antrag auch stellen können!)

Das war das Thema, das wollten wir sozusagen Ihnen überlassen, Sie sind damit nicht gekommen,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Dann macht man das Richtige gar nicht!)

und wir konnten in dieser Koalition nicht die Dinge reparieren, die Sie in Ihrem Haushalt nicht hinbekommen haben.

Im Übrigen haben wir jetzt auch in dem Haushalt für das Innenressort, glaube ich, etwas Solides auf die Beine gebracht. Ich erwähne das hier aber besonders deshalb, Herr Röwekamp,

(Zuruf des Abg. R ö w e k a m p [CDU])

weil ich möchte, dass man nicht nur Fehler bekennt, sondern auch aus Fehlern lernt. Aus Fehlern lernen

(A) heißt dann, dass es eine Verbindung gibt zu Ihrem damaligen Umgehen mit der Frage der Finanzierung für Stellen für die Polizei und Ihrem heutigen Umgehen mit der Beamtenbesoldung. Sie haben hier wieder nichts gesagt. Aber darum geht es: Finanzierungsvorschläge zu machen und nicht zu sagen, bekennt euch, beschließt einfach und macht etwas Unsolides. Das könnten alle! Das gehört aber nicht in die Verantwortung. Darum reden wir, und das brauchen wir.

Ich bin sehr gespannt auf das, was Sie in den nächsten Wochen vorschlagen. Ich bitte nur – den Hinweis will ich machen und aufnehmen, was die Finanzsenatorin in ihrer Einleitung gesagt hat –: Legen Sie uns keine Vorschläge vor, bei denen Sie den Eindruck erwecken, in der Risikovorsorge, die 33 Millionen Euro für 2008 und 36 Millionen Euro für 2009 benötigt, sei groß Luft, und da könne man etwas machen. Das sind teilweise gesetzlich vorgeschriebene Dinge, die wir werden machen und angehen müssen, wo wir die Höhe nur noch nicht genau wissen.

(B) Ich sage auch, es gibt auch weitere Risiken, die auftreten können. Gestern ist die Entscheidung getroffen worden, dass die Pendlerpauschale verändert werden muss. Es sind jedenfalls gestern in „buten un binnen“ auch Schätzungen genannt worden, ich halte sie noch für ein bisschen zu hoch, dass 14 Millionen Euro als Mindereinnahmerisiko auf Bremen zukommen, wenn das passiert. Mit so etwas müssen wir umgehen, und deshalb brauchen wir dort auch die Möglichkeit, diesen Haushalt solide zu fahren, weil wir für das Jahr 2008 natürlich nicht in wenigen Monaten mit einem Nachtragshaushalt kommen wollen und auch nicht kommen werden. Deshalb werden wir da sehr vorsichtig sein in den Haushaltsberatungen.

Ich darf damit enden: Herr Röwekamp hat hier gesagt, dieser Senat würde sich mit sich selbst beschäftigen. Das war ein Vorwurf, ich glaube, den sieht keiner so, außer vielleicht in Ihrer Fraktion. Dieser Senat beschäftigt sich mit den Problemen, die vorliegen, und das zeigt auch dieser Haushalt, und dieser Haushalt zeigt: Hier kümmern wir uns um die Menschen in Bremen und Bremerhaven, wir kümmern uns darum, dass Bremen und Bremerhaven wachsende Städte sind, dass sich die Wirtschaft entwickeln kann und dass wir eine Zukunft als selbstständiges Bremen haben. Das ist dieser Haushalt, das ist die Politik dieser rot-grünen Regierung. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Woltemath.

Abg. **Woltemath** (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Angesichts der vorgerückten Zeit möchte ich nur ganz kurz zwei Sätze sagen, und auch

wirklich nur zwei! Wir hatten ja gestern die Debatte über Alt- und Jungparlamentarier. Herr Dr. Sieling, ich bedanke mich für das Lob, aber ich halte den Verkauf der Gewoba nicht für einen Fehler. Ich denke, man sollte in die Debatte einsteigen, weil es eine wesentliche Debatte ist und weil es auch ein wesentlicher Beitrag zur Sanierung Bremens sein könnte.

(Zuruf von der SPD: Quatsch!)

Deshalb werden wir dort daranbleiben. – Ich bedanke mich!

(Beifall bei der FDP)

Präsident Weber: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Bürgermeisterin Linnert.

Bürgermeisterin Linnert: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier sind ein paar Fragen angeklungen, die ich gern kurz beantworten möchte! Eines darf ich aber vielleicht einmal sagen: Das Gute an Haushaltsberatungen ist, dass der ganze große Qualm sich irgendwann in Zahlen niederschlagen muss.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(D) Das ist vielleicht in der ersten Lesung nicht unbedingt so, aber früher oder später müssen wir das zusammen schaffen, und dann werden wir sehen, was Substanz und was Rauch ist. Wir werden sehen!

Ich habe mich gefreut, dass Herr Röwekamp in seinem zweiten Beitrag sich noch einmal ganz klar dazu bekannt hat, dass er die Architektur der Karlsruher Klage unterstützt. Ich finde es wichtig, dass wir das hier zusammen tun. Dann müssen Sie sich aber die Architektur Ihrer Investitionsargumentation noch einmal genau anschauen! Wenn Sie auf der einen Seite sagen, die Karlsruher Zahlen, sinkende Investitionsausgaben, das wollen wir einhalten, aber im Grunde wollen wir noch mehr investieren, und die Vorbelastungsfinanzierungspraxis der letzten Jahre rechtfertigen wir auch, und man kann ruhig damit auch ein bisschen weitermachen – so habe ich Sie verstanden –, dann geht das nicht miteinander konform.

Es ist so, Sie haben ja das Auswanderermuseum angesprochen, und ich habe mich wirklich sehr darüber gefreut, es hat ja weit mehr Besucherinnen und Besucher, als geplant war. Die Grünen haben dem im Übrigen zugestimmt, trotz Kapital – –.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nicht der Finanzierung!)

Nicht der Finanzierung, nein! Es war auch richtig, der Finanzierung nicht zuzustimmen, weil ich fest

(A) davon überzeugt bin, dass die Finanzierungspraxis der letzten Jahre, Dinge in diesem Ausmaß über sehr lange Zeiträume zu finanzieren, ein Fehler gewesen ist. Weit über 50 Projekte, schauen Sie sich die Anlagen zum Haushalt an, sind es gewesen, bis hin zu Gebrauchsgütern wie Polizeiautos und Schulbücher.

Wenn man zu dem Instrument der Kapitaldienstfinanzierung greift, muss man gleichzeitig investive Ausgaben im Haushalt in gleicher Größenordnung sperren, um nicht einfach nur eine rechtswidrige Ausweitung des Haushalts nach sich zu ziehen. Schauen Sie sich die Projekte an: Diese Art der Vorbelastung zukünftiger Haushalte ist leider einer der ganz zentralen Kritikpunkte, die Bremen auf Bundesebene entgegengehalten werden, dass das ein Fehler gewesen ist! Es ist richtig, wenn Sie sagen, man kann große Finanzierungsbrocken nicht in ein oder zwei Haushaltsjahren abfinanzieren, das bezieht sich ja besonders auf die Hafeninvestitionen, aber die Art der Kapitaldienstfinanzierungspraxis, die Bremen gewählt hat, geht auf keinen Fall so weiter.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Sie haben gesagt, Sie halten es für einen Fehler, dass der Senat die 80 Millionen Euro Sozialhilfe nicht auf den Vollzug schiebt. Herr Röwekamp, das dürfen wir gar nicht! Das sind wirklich auch die Fehlentwicklungen der letzten Jahre gewesen, dass man sich vor den gesetzlichen Vorgaben, dass ein Haushalt das enthalten muss, was mit relativer Sicherheit prognostiziert werden kann, gedrückt hat. Wenn wir das nicht tun würden, so wie wir es jetzt tun, dann verschafften wir uns kurzfristig Luft, aber letztendlich müssten wir dann ganz sicher spätestens im Sommer mit einer riesigen Gewaltaktion wie letztes Jahr auch eine Umlage über alle Ressorts legen.

Das dürfen wir nicht, und das wollen wir auch nicht! Es macht die Planungssicherheit in den Ressorts kaputt, es zerstört die Verlässlichkeit, und es sägt an den Grundlagen der seriösen Haushaltswirtschaft. Das ist gerade eine Politik gewesen, der dieser Senat eine klare Absage erteilt hat, aber Sie können dann ja Haushaltsanträge stellen, wo Sie dieses Geld anderweitig ausgeben. Ich bin gespannt, wie Sie das machen wollen!

Sie haben ein paar Fragen gestellt, wo Geld versteckt ist oder wo wir etwas nicht eingestellt haben. Das will ich noch ganz schnell beantworten: Die versprochenen Mittel für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 für die Jacobs-Universität werden in einer Absprache zwischen Jacobs-Universität, Universität und der Wirtschaftsförderung aus dem WAP erbracht, sie sind also eingestellt, und das ist auch versprochen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Hört,
hört!)

Die von Ihnen angesprochene BIG- und BAB-Lösung ist kurz vor dem Abschluss, aber einen Teil kennen Sie schon, nämlich die Darlehensumstellung der Wirtschaftsförderung aus dem Haushalt der BAB, und es ist so, dass BIG und BAB zur Haushaltssanierung beitragen, indem Mittel, Rückstellungen und Rücklagen, die in beiden Gesellschaften gegründet wurden, in den Haushalt transferiert wurden.

Krankenhauskonzept! Das haben Sie moniert, das haben wir nicht eingestellt. Ja, das haben wir in der Tat nicht, so wie in den letzten Jahren auch nicht. Ich weiß nicht, ob ich Ihren Beitrag so verstehen darf, dass Sie möchten, dass die kommunalen Krankenhäuser dauerhaft aus dem Haushalt subventioniert werden. Ich hoffe nicht, dass Sie das so gemeint haben! Ich glaube nicht, dass wir das tun sollten und können. Wir müssen mit den Krankenhäusern jetzt vor dem Hintergrund der finanziellen Entwicklung an einem Konzept arbeiten, wie sie in Zukunft ohne öffentliche Zuschüsse auskommen können, und da werde ich jetzt wohl kaum größere Millionenbeträge in den Haushalt einstellen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Aber zur
Abfinanzierung der Lasten!)

Die Abfinanzierung müssen die Krankenhäuser selbst schaffen.

A 281! Die 5 Millionen Euro für den fünften Planungsabschnitt stehen im Haushalt des ASV. Dann haben Sie noch nach dem JadeWeserPort gefragt. Ist das Ihr Ernst, dass wir in dieser Situation, in der es völlig unterschiedliche Rechtsauffassungen darüber gibt,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Die 19
Millionen sind doch unstrittig!)

ob die Forderungen berechtigt sind und wie sie zwischen Niedersachsen und Bremen aufgeteilt werden sollen, ist es wirklich Ihr Ernst, dass wir das jetzt in den Haushalt einstellen sollten? Ich finde nicht, dass man das tun sollte.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Als
Risikostruktur!)

Was mit dem Risikostrukturfonds gemeint war, wurde ja hier schon mehrfach erklärt!

Herr Woltemath, die Gewoba! Wir können es vielleicht auch noch einmal im Haushaltsausschuss vorlegen. Sie schaden Bremen damit, wenn Sie die Gewoba verkaufen! Es ist einfach so!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Nicht nur den Mieterinnen und Mietern! Schauen Sie sich einmal an, was mit der Bremischen passiert ist!

(C)

(D)

(A) Das ist doch wirklich das Modell, an dem man sehen kann, wie man einer Stadt und den Menschen, die da leben, auch wirklich schaden kann, sie zum Spielball machen. Das wollen wir nicht. Wir schaden uns mit einem Verkauf der Gewoba auch finanziell. Warum sollen wir das tun in dieser Situation, in der wir auf jeden Euro Einnahme angewiesen sind?

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Ihre Behauptung, dass wir über Gesellschaften Schattenhaushalte haben, weise ich zurück. Ich weise auch zurück, dass wir keine Rechenschaft über alle Gesellschaften ablegen. Schauen Sie sich den Beteiligungsbericht an! Wir geben detailliert über die Gesellschaften Auskunft, in denen wir Mehrheitsgesellschaftler sind, und über die anderen im Anhang. Zu sagen, dass dort Schattenhaushalte sind, wie soll das denn gehen? Jeder Vorstand, der das tut, einer Gesellschaft vorzustehen und einen Schattenhaushalt für die Freie Hansestadt Bremen einzurichten, würde der Untreue beschuldigt werden. Wir haben Kredite, es gibt Gesellschaften, die Kredite aufgenommen haben, zum Beispiel die Gewoba, denen stehen aber doch Werte gegenüber. Meinten Sie das mit Schattenhaushalt?

(B) Ich sage Ihnen, es gibt Transparenzprobleme im Haushalt, was die Sondervermögen betrifft. Das heben wir gerade aus, da legen wir Ihnen genau vor, wie die Wirtschaftspläne der Sondervermögen sind, aber die Gesellschaften können schon aus gesellschaftsrechtlichen Gründen gar nicht so funktionieren, das weise ich zurück, und das macht der Senat auch nicht.

Zu Herrn Rupp will ich auch nur kurz sagen, dass es mich richtig geärgert hat. Sie haben gesagt, wir kriechen vor Karlsruhe.

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/
Die Grünen]: Kotau!)

Ich muss Sie doch wirklich sehr bitten! Nach Karlsruhe ist der Senat gegangen, weil es nicht mehr anders ging, weil es keine andere Perspektive mehr gab, um das zu schaffen, was Sie hier zu Recht fordern, nämlich die Einnahmesituation zu erhöhen. Wir führen einen Konflikt um einen gerechteren Finanzausgleich. Was Sie immer noch nicht verstehen, ist, dass Ihr Ruf nach ausufernder Staatsverschuldung unsozial ist. Das gräbt an den Fundamenten des Staates, der stark sein muss und möglichst das Geld, das er an Steuereinnahmen hat, auch für die Bürgerinnen und Bürger ausgeben können muss, und nicht, wie wir es mittlerweile haben, 20 Prozent für Zinsen zahlen, woran wir, wenn wir dann mit Bayern konkurrieren, sehen, wie groß die Differenz ist.

Sie setzen sich mit der Frage nicht auseinander: Was bedeutet die ausufernde Staatsverschuldung für

die laufenden Haushalte? Es sei denn, Sie wollen, und dann müssen Sie das auch irgendwann einmal sagen: Nehmt das Geld von den Banken, aber zahlt nicht mehr! Dann sagen Sie das! Überlegen Sie sich, was das für eine Volkswirtschaft bedeutet, wenn Gebietskörperschaften solche Wege gehen!

(C)

Wir sind auf die Gesetze angewiesen, ob sie mir im Einzelnen jetzt gefallen oder nicht. Ich teile einiges von dem, was Sie über die Einnahmesituation gesagt haben. Wir sind aber darauf angewiesen, dass wir die Gesetze einhalten. Die Gesetze lauten: Ich muss und darf in den Haushalt das einstellen, was tatsächlich vorhanden ist. Hoffnungen auf andere Steuerverteilungen sind wie ein Kanzlerbrief. Ich kann doch nicht einfach soundso viele hundert Millionen Euro auf andere Steuerverteilungssysteme, die Bremen dann vielleicht hat – wenn man sich wünscht, dass es dafür eine Mehrheit gibt, das zeichnet sich ja vielleicht auch gar nicht ab –, in den Haushalt einstellen.

(Abg. B e i l k e n [Die Linke]: Dafür muss
man kämpfen! – Lachen bei der SPD und
beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ja, bitte! Kommen Sie einmal mit auf Bundesebene, und sehen Sie sich das an! Dann sage ich Ihnen auch noch einmal, ich wollte ja überhaupt nicht mehr scharf sein, ich habe bisher von den neuen Bundesländern zum Beispiel gehört, wo die Linken ja stark sind, sie sind die Schärfsten mit großer Polemik und einem völligen Fehlen jedes Hauchs von Verständnis für Haushaltsnotlageländer und diejenigen, die am schärfsten dafür kämpfen, dass an diesem Finanzausgleich auch nur kein Jota geändert wird.

(D)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Also, der Rat zu kämpfen, da gibt es ziemlich viel zu kämpfen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zu den Abstimmungen.

Es ist vereinbart worden, bei den Haushaltsgesetzen zuerst die erste Lesung durchzuführen, um im Anschluss daran über die Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss und an die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, abzustimmen.

Als Erstes lasse ich nun über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2008 in erster Lesung abstimmen.

(A) Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2008, Drucksache 17/204, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU, Die Linke, FDP und
Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Ich lasse jetzt über das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009 in erster Lesung abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2009, Drucksache 17/204, in erster Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) (Dagegen CDU, Die Linke, FDP und
Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Bei dem Gesetz zur Änderung der besoldungs- und beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften, Drucksache 17/206, ist Unterbrechung der ersten Lesung und Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss vorgesehen.

Wer der Unterbrechung der ersten Lesung und der Überweisung des Gesetzes zur Änderung besoldungs- und beamtenversorgungsrechtlicher Vorschriften zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Der Finanzplan 2007 bis 2011, das ist die Drucksache 17/205, soll auch an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen werden.

Wer der Überweisung des Finanzplans 2007 bis 2011 zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Bei den Vorlagen zum Haushalt 2008 und 2009 ist Überweisung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, federführend, sowie die Ausschüsse, deren Aufgabenbereiche betroffen sind, vorgesehen. Dies sind der Rechtsausschuss, der Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau, der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, der Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten, der Ausschuss für Wissenschaft und Forschung und der Ausschuss Krankenhäuser im Land Bremen.

Ich lasse jetzt über die Überweisung abstimmen.

Wer der Überweisung der Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2008 und 2009, der Haushaltspläne und der Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2008 und 2009, der Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2008 und 2009, der produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2008 und 2009 und der Darlegungen zur Begründetheit der Ausgaben im Zusammenhang mit einer Überschreitung der Höchstgrenze für Kreditaufnahme zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss und die entsprechenden Ausschüsse seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, außerdem möchte ich Sie darum bitten, damit einverstanden zu sein, dass die bei der Verwaltung der Bremischen Bürgerschaft noch eingehenden Anträge und Änderungsanträge zu den Haushalten 2008 und 2009 unmittelbar an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss weitergeleitet werden. Die Ausschüsse werden gebeten, dem Haushalts- und Finanzausschuss Bericht zu erstatten, dieser wiederum wird gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) einen Gesamtbericht vorzulegen.

(C)

(D)

- (A) Ich stelle Ihr Einverständnis fest.
Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.
Ich danke Ihnen, unterbreche die Sitzung und denke, wir treffen uns wieder um 14.45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 13.10 Uhr)



Vizepräsidentin Dr. Mathes eröffnet die Sitzung wieder um 14.45 Uhr.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Die unterbrochene Landtagssitzung ist wieder eröffnet.

Betriebsbezogene Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung bündeln

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/
Die Grünen
vom 8. Januar 2008
(Drucksache 17/198)

Wir verbinden hiermit:

- (B) **Doppelstrukturen vermeiden, Arbeitsmarktförderung neu aufstellen**

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. Januar 2008
(Drucksache 17/214)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Nagel.
Die Beratung ist eröffnet.
Das Wort hat die Abgeordnete Frau Ziegert.

Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen legen heute hier einen Antrag mit dem Titel „Betriebsbezogene Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung bündeln“ vor.

Ich möchte einmal vorausschicken, dass wir zu Beginn des Jahres 2008 auf eine erfreuliche Entwicklung am Arbeitsmarkt blicken können und dass ich mich trotz aller gegenwärtigen wirtschaftlichen Turbulenzen auf Prognosen verlasse, dass die günstige Arbeitsmarktentwicklung in diesem Jahr noch anhalten wird. Wir können für das Land Bremen, für Bremen und Bremerhaven, auch feststellen, dass wir erstens einen erfreulichen Anstieg der Arbeitsplätze, und zwar der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, zu verzeichnen haben, sogar noch etwas mehr als im westdeutschen Bundestrend, und dass wir zweitens einen starken Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahr 2007 gegenüber dem Jahr davor haben. Es ist der nie-

- drigste Stand der Arbeitslosigkeit seit 5 Jahren. Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem letzten Jahr um 14 Prozent gesunken. Das ist erst einmal sehr erfreulich, vor allem auch deswegen, weil von dieser besseren Arbeitsmarktlage nicht nur die kurzfristig Arbeitslosen, sondern jetzt auch die langfristig Arbeitslosen durchaus profitieren. (C)

Trotzdem, und jetzt kommt das Aber, muss man leider feststellen, dass erstens die Arbeitslosigkeit insgesamt im Lande Bremen immer noch sehr hoch ist, auch im westdeutschen Durchschnitt, wir liegen immer noch bei 12,7 Prozent, und dass wir natürlich auch große regionale Ungleichgewichte haben, sowohl innerhalb der Stadt Bremen selbst als auch zwischen Bremen und Bremerhaven. Dazu nur eine oder zwei Zahlen: Wir liegen in der Stadt Bremen insgesamt bei 11,5 Prozent, in Bremerhaven aber bei 18,5 Prozent. Insgesamt muss man einfach sagen, die Arbeitslosigkeit ist hier immer noch zu hoch.

Darüber hinaus ist es auch so, dass die sich immer stärker bemerkbar machenden sozialen Probleme in unseren beiden Städten – ich nenne hier nur Kinderarmut, die soziale Spaltung, die sich verstärkt, das Auseinanderdriften zwischen reichen und armen Stadtteilen – ihre Wurzeln zum großen Teil in der lang anhaltenden und hohen Massenarbeitslosigkeit haben, denn viele Menschen sind aufgrund der Arbeitslosigkeit eben nicht in der Lage, durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt zu sichern oder ein ausreichendes Einkommen für sich und ihre Familien zu erzielen. (D)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen und Herr Röwekamp, ich sage es auch noch einmal deutlich – jetzt ist er gerade nicht da, aber zu dem, was er heute Vormittag gesagt hat –: Es ist ein absolut vorrangiges Ziel der rot-grünen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Menschen in Bremen und Bremerhaven in Arbeit zu bringen, Jugendlichen eine Ausbildungsplatzperspektive zu eröffnen und Arbeitsplätze zu sichern und, ich sage ausdrücklich, Existenzsichernde und zukunftsfähige Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dabei setzen wir, Rot-Grün, auf eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik – das ist ja auch in der Koalitionsvereinbarung niedergelegt, und wir nehmen das in dem Antrag heute auf –, in der beide Bereiche enger verzahnt und mit den Zielen der sozialen und ökologischen Stadtentwicklung verbunden werden. Konkretisieren soll und wird sich das in der von uns gewünschten Vorlage eines Strukturkonzepts, in dem die Programme und Instrumente beider Bereiche, also der Arbeitsmarkt- und der Wirtschaftspolitik, aber in Überschneidungsbereichen natürlich auch der Bildungspolitik, ich nenne hier auch als ein wichtiges Stichwort Ausbildung,

(A) der Stadtentwicklung und auch der Wissenschaftspolitik gebündelt werden.

Allein schon, auch das ist heute Morgen angeklungen, der Rückgang der Mittel für diese beiden Politikbereiche, das kann man ganz offen sagen, die Haushaltsnotlage macht ja auch vor diesen Bereichen nicht halt, zwingt uns schon zu höchster Effizienz und strikter Zielorientierung in diesem Bereich. Ich glaube aber, dass wir dann, wenn wir dies strikt durchhalten, auch die Erfolge erzielen können. Speziell für die betriebsbezogene Arbeitsmarktpolitik, und ich nenne dabei als Beispiel Qualifizierung, arbeitsmarkt-orientierte Innovation in den Betrieben, aber auch Investitionsförderung, Zuschüsse für die Beschäftigung älterer Menschen oder Unterstützung bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen, fordern wir eine gemeinsame Anlaufstelle zur Beratung und Förderung für die Betriebe aus einer Hand.

Diese Forderung resultiert aus den Erfahrungen der letzten Jahre, nach denen wir auch erkennen mussten, dass die vielen guten Programme, die wir in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung anbieten und an die Betriebe herantragen, bei denen wir auch wollen, dass die Betriebe sich engagieren, bei denen wir auch letzten Endes, das muss man auch sagen, auf die Kooperation der Betriebe angewiesen sind, sehr häufig ihre Ziele nicht erreichen, dass sie in den Betrieben unbekannt sind, nicht ankommen oder dass auf der anderen Seite betriebliche Akteure, wenn sie denn in Problemsituationen sind, nicht wissen, an wen, an welche Institution und wohin sie sich wenden können. Es ist auch ein ganz großes Bedürfnis der betrieblichen Akteure, dass es hier einen Ansprechpartner geben soll, der dies alles aus einer Hand anbietet.

Wenn ich betriebliche Akteure sage, meine ich damit alle – vom Existenzgründer über den Klein- und Kleinstunternehmer bis zur Unternehmensleitung und Betriebsleitung, aber auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Betrieben und ihre Interessenvertretung –, weil diese, und das haben wir gerade hier in Bremen erlebt, schon eher als die Betriebsleitung wissen, wo die Probleme ihres Betriebs liegen und wie da möglicherweise Abhilfe zu schaffen ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Frau Präsidentin, ich glaube, wir haben im Augenblick sogar aufgrund der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage, die ich beschrieben habe, die große Chance, hier in Bremen und anderswo einen großen Schritt in Richtung Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit zu tun, Langzeitarbeitslose in qualifizierte Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bringen und gleichzeitig den Fachkräftebedarf der Wirtschaft zu befriedigen. Es darf uns nicht passieren, dass wir in zwei Jahren da stehen und sa-

gen, die Wirtschaft schreit nach Fachkräften, und wir haben auf der anderen Seite weiterhin einen großen Anteil an Langzeitarbeitslosen.

Aus meiner Sicht ist es eine der großen Aufgaben der Arbeitsmarktpolitik in den nächsten beiden Jahren, dass wir diesen sogenannten Sockel der Langzeitarbeitslosigkeit abbauen, dass wir diese Langzeitarbeitslosen in wirkliche betriebliche Beschäftigung bringen und Arbeitslosigkeit beseitigen und nicht nur verwalten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Dies wollen wir, und damit komme ich jetzt zu dem CDU-Antrag, allerdings in Kooperation der beiden Ressorts und der Gesellschaften und nicht durch Unterordnung, wie ich jedenfalls in Ihrem Antrag gelesen habe, Herr Dr. Schrörs. Das liegt auch daran, dass wir Wirtschaft und Arbeit als durchaus gleichwertige Zielgruppen betrachten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Natürlich wollen wir Betriebe fördern, ihnen helfen und sie unterstützen, wobei ich auch immer ganz deutlich sage, dass wir angesichts der gegenwärtigen Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation von den Betrieben erwarten, dass sie auch selbst im Augenblick ein stärkeres Engagement zeigen, sowohl was Qualifizierung der Beschäftigten betrifft als auch Ausbildung und Innovationen im Betrieb. Wir wollen Betriebe unterstützen, aber wir wollen genauso auch Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Arbeitslose unterstützen, und zwar nicht nur in der Sicherung ihrer Arbeitsplätze oder indem wir ihre Arbeitslosigkeit beenden, sondern indem wir ihnen durch Qualifizierung und Ausbildung auch die Möglichkeit geben, ihre Situation auf dem Arbeitsmarkt, ihre Chancen und ihre Zukunftsperspektiven zu verbessern und dadurch ihre Existenz sicherer zu machen. Es ist uns sehr wichtig, dass dies ein genauso gleichwertiges Ziel unserer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Den CDU-Antrag werden wir deshalb ablehnen, und zwar obwohl er sich in Teilen der inhaltlichen Zielsetzung durchaus mit unserem überschneidet. Was Sie da als Zielsetzung von Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftspolitik angeben, sind auch unsere Zielsetzungen, aber wenn ich mir den Antrag so anschau, führt Ihre Forderung, die betriebsbezogene Arbeitsmarktpolitik in die Verantwortung des Wirtschaftsressorts zu geben, nicht nur zu einer Unterordnung von Arbeitsmarktpolitik unter die Wirtschaft nach dem

(C)

(D)

(A) Motto, die Betriebe sagen, was sie brauchen, und die Arbeitsmarktpolitik liefert, sondern auch zu einem Auseinanderreißen der Arbeitsmarktpolitik in einen Wirtschaftsteil und einen Teil, von dem ich sagen würde, das ist dann mehr der der hoffnungslosen Langzeitarbeitslosen, die dann noch ein bisschen sozial betreut werden können. Dann kann man auch die Arbeitsmarktpolitik nachher gleich ganz abschaffen und den letzteren Teil zum Teil der Sozialpolitik machen. Da sage ich ganz deutlich, das wollen wir nicht!

Wir beharren darauf, dass es eine eigenständige Arbeitsmarktpolitik gibt, die auf Integration aller Gruppen am Arbeitsmarkt und Chancen für alle Menschen in Bremen und Bremerhaven zielt, die auf die Arbeitsmarkt- und Lebenschancen für alle Menschen, egal in welchem Stand der Arbeitsmarktnähe oder Arbeitsmarktferne sie sind, ausgerichtet ist.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken – Glocke)

Ich komme zum Schluss! Ich will nur sagen, dadurch, dass heute erst dieser Antrag hier vorgelegt wird, haben wir den Ressorts eine relativ kurze Frist gesetzt. Wir wollen es ja das nächste Mal schon in der Bürgerschaft diskutieren. Ich denke aber angesichts dessen, dass dies auch ein Teil der Koalitionsvereinbarungen und des Vorhabens ist, dass die Ressorts da vorbereitet sind. Senator Nagel wird dazu gleich etwas sagen. Es ist sinnvoll, eine solche Neuausrichtung auch gleich am Anfang der Legislaturperiode in die Wege zu leiten, und dazu wollen wir hier heute auch beitragen. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Schön.

Abg. Frau **Schön** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Für die rot-grüne Koalition ist es ein zentrales Anliegen, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Sie sollen Existenz sichernd sein, darauf hat Frau Ziegert schon hingewiesen. Wir wollen die Arbeitslosigkeit, insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit, bekämpfen. So steht es im Koalitionsvertrag, alle Menschen müssen von ihrem Gehalt leben können und die, die arbeitslos sind, müssen einen Job haben. Jetzt zu der Zeit, in der die Konjunktur anspringt, gibt es gute Bedingungen, gerade Langzeitarbeitslose zurück in den ersten Arbeitsmarkt zu führen und dort für sie die Chancen zu erhöhen. Das ist unser Ziel, und unser Antrag soll dazu auch einen zentralen Beitrag leisten.

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Es ist völlig klar, dass Politik aus sich heraus keine Arbeitsplätze schaffen kann, es sei denn, sie ist selbst Arbeitgeber im öffentlichen Gemeinwesen, ansonsten kann das nur die Wirtschaft. Politik kann aber die Rahmenbedingungen verbessern und für gute Rahmenbedingungen sorgen. Auch das wollen wir mit unserem Antrag unterstreichen, in dem Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungsprogramme immer einen zentralen Beitrag dazu leisten können. Der Antrag soll diese Programme, die wir auch haben, optimieren, und sie sollen den Zugang für die Unternehmen zu diesen Programmen erleichtern und die Chancen für Arbeitslose, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, erhöhen.

(C)

Deshalb wollen wir im Ergebnis mehr Transparenz für Unternehmen schaffen. Frau Ziegert hat darauf hingewiesen. Es gibt viele Programme, aber es ist teilweise nicht wirklich sichtbar und deutlich für die Unternehmen, welche Fördermöglichkeiten mit welchen Konditionen es überhaupt gibt. Für sie ist es daher manchmal schwer zu überblicken, wie das individuelle Paket für ihren Betrieb denn aussehen könnte. Da wollen wir deutliche Optimierungen erzielen.

Vor dem Hintergrund, dass es ja auch Überschneidungen in den verschiedenen Gesellschaften gibt – Doppelstrukturen ist da immer das Stichwort, diese wollen wir abbauen – und gerade auch vor dem Hintergrund, dass wir weniger Geld haben, werden wir uns so etwas nicht mehr leisten können. Die Gesellschaften werden auch in Zukunft sehr viel zielgenauer zusammenarbeiten müssen. Als drittes Ergebnis muss für mich dabei herauskommen, dass natürlich die Wirksamkeit der Instrumente deutlich optimiert wird.

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Deshalb wollen wir die Programme und die Instrumente der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung stärker bündeln. Dazu wollen wir vom Senat ein ressortübergreifendes Strukturkonzept vorgelegt haben, das Doppelfunktionen vermeidet. Dazu gehört auch eine aufgabenkritische Überprüfung der Gesellschaften, das sind dann in dem Fall die BIG und die BIS in Bremerhaven und die bag und die BRAG. Wir wollen deutlichere und eindeutige Regeln der Zusammenarbeit der Gesellschaften, um Doppelstrukturen zu vermeiden, und wir wollen eine einheitliche Anlaufstelle für die Unternehmen, also quasi die One-Stop-Lösungen ermöglichen, damit dadurch ausdifferenzierte Programme und bessere Paketlösungen für die Unternehmen optimiert werden können. Wir müssen die Programme optimieren, das hatte ich gesagt, weil weniger Geld da ist. Im ESF, im Europäischen Sozialfonds, ist es ein Drittel weniger Geld, das ist sehr viel.

Ein viertes zentrales Anliegen für uns ist, auch Frau Ziegert hat darauf schon hingewiesen, dass wir vor dem Hintergrund der anspringenden Konjunktur eine

(A) historische Chance haben, möglichst viele Langzeitarbeitslose jetzt auf dem ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Auch dazu soll ein Strukturkonzept einen entscheidenden Beitrag leisten, denn wir haben jetzt die Chance, wir wissen nicht, wie lange die Konjunktur so läuft, wie sie jetzt läuft. Wir müssen jetzt die Chance ergreifen, und das erklärt auch den Grund, weshalb wir schon in der nächsten Sitzung erste Bausteine vorgelegt haben wollen, weil wir jetzt schnell sein müssen und schnell zu Ergebnissen kommen müssen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Also, so ein Konzept muss in Wirklichkeit zu zwei Seiten optimiert sein: Es muss Paketlösungen für die Unternehmen liefern, aber es muss auch die individuellen Zugangschancen von Arbeitslosen und insbesondere Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt erhöhen. Es gibt also praktisch einen Dualismus in der Fragestellung, und beides muss an der Stelle zusammengeführt werden. Von daher bitten wir um Zustimmung zu dem Antrag!

Jetzt möchte ich noch auf den Antrag der CDU kommen! Zu der Analyse möchte ich gar nicht mehr so viel sagen, das hat Frau Ziegert ja ausgiebig erläutert. Ich habe den Antrag der CDU gern gelesen. Ich habe mich auch schon immer gefreut, dass die Linke aus unserem Koalitionsvertrag abschreibt, und ich freue mich, dass jetzt auch die CDU anfängt, von unseren Anträgen abzuschreiben. Ich werte das letztendlich als eine große Zustimmung zu unserer Regierungspolitik, das freut uns besonders hier im Haus.

(B) Der TOP 4, den die CDU aufgeschrieben hat, ist in Wirklichkeit wortgleich mit dem, was wir in Punkt 4 haben. Der Punkt 1 ist sinngleich mit unseren Punkten 1 und 2, und der Punkt 2 des CDU-Antrags wird in Wirklichkeit schon umgesetzt, er ist in Wirklichkeit mehr oder minder erledigt. Dort geht es um Integration von Langzeitarbeitslosen auf den ersten Arbeitsmarkt. Das haben wir in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, und das neue operative Programm des Europäischen Sozialfonds und des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms ist darauf bereits schon ausgerichtet.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Also stimmen Sie zu?)

Wir machen das! Wir müssen Ihren Sachen doch nicht zustimmen, bei denen Sie hinterherlaufen, was wir im September doch schon längst in der Arbeitsdeputation gehabt haben! Da hätten Sie sich vielleicht ein bisschen besser mit Ihrem Kollegen Nestler abstimmen müssen. Da lag das dicke ESF-Programm vor. 42 Prozent der ESF-Mittel sind darauf bezogen, Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Wir haben da also einen richtigen Schwerpunkt gesetzt, was in der Vergangenheit so nicht der Fall

war. Insofern ist Ihr Antrag in dem Punkt erledigt, abgearbeitet, in der Deputation praktisch in Vollzug gesetzt worden. (C)

Vor dem Hintergrund verstehe ich allerdings auch Ihren langen Vorspann. Ich habe mich zunächst gefragt – auch vor der Debatte heute Morgen, Herr Röwekamp, in der Sie gesagt haben, jahrelang wurden hier in der Arbeitsmarktpolitik die Weichen falsch gestellt –: Wo war denn die CDU eigentlich in den letzten Jahren? Ich mache Arbeitsmarktpolitik jetzt auch schon ein bisschen länger. Ich habe weder hier im Parlament noch in der Deputation – und da gab es ja auch noch die nicht öffentlichen Sitzungen – irgendwann gehört, dass die CDU Kritik an dem Arbeitsmarktprogramm hat.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Sie ja!)

Wir haben Kritik gehabt, aber wir haben es ja jetzt auch geändert!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir haben ja auch die Schwerpunkte neu gesetzt. Wir haben ja jetzt auch einen deutlichen Schwerpunkt darauf gesetzt, dass nämlich genau die Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden sollen. (D)

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Das schauen wir uns einmal an!)

Wir haben lange mit der BAGIS darüber verhandelt, dass wir mehr Qualifizierung in der Arbeitsmarktförderung haben wollen. Die BAGIS hat 60 Millionen Euro im Jahr. Wir haben immer gesagt, dass wir diese In-Jobs nicht wollen, sondern mehr Qualifizierung, weil Qualifizierung darüber entscheidet, wie die Arbeitsmarktchancen sind, und da gibt es Verschiebungen.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Deshalb haben Sie erst einmal die Mittel gekürzt!)

Bei der BAGIS ist ein Viertel mehr drin für

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Was?)

Qualifizierung, als es in der Vergangenheit der Fall war. Das ESF, das wissen Sie selbst, kommt von der EU, hat mit unserem Haushalt hier erst einmal gar nichts zu tun,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Doch! Steht doch drin!)

(A) das sind europäische Mittel. Wir haben da die Schwerpunkte deutlich verlagert.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Wir haben um ein Viertel gekürzt!)

Wenn das bei Ihnen noch nicht angekommen ist, erläutere ich Ihnen das gern noch einmal,

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Nein, danke!)

aber das ist längst in Vollzug gesetzt worden. Wir werden ein Programm „Chancengleichheit“ auflegen, und da ist einiges in Bewegung im Moment.

Bei Ihrem Punkt 3, in dem es um die Zusammenlegung der Arbeitsmarktförderung mit der Wirtschaftsförderung unter dem Dach des Wirtschaftsressorts geht, haben wir einen klaren Dissens: Wir sind erstens der Auffassung, dass die betriebsbezogene Arbeitsmarktförderung und Wirtschaftsförderung nicht die gesamte Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung ist, es ist ein Teil. Bei der Wirtschaftsförderung gehören mindestens noch Infrastrukturmaßnahmen dazu, Immobilien und Flächen, und bei der Arbeitsmarktförderung gehört auch der soziale Arbeitsmarkt dazu.

(B) Heute Morgen ist immer wieder das Stichwort von dem sozialen Zusammenhalt der Stadt gefallen. Das ist an der Stelle auch noch einmal ein Aspekt. Von daher ist es uns wichtig, dass es eine enge Zusammenarbeit gibt, aber eine gleichberechtigte Zusammenarbeit, wo die Arbeitsmarktförderung und auch die Wirtschaftsförderung ihren Stellenwert haben. Es gibt auch unterschiedliche Herangehensweisen.

Bei der Arbeitsmarktförderung steht die Personenförderung ja in Wirklichkeit stark im Vordergrund. Da geht es darum, wie man die individuellen Chancen von Menschen erhöht, auf den Arbeitsmarkt zu kommen, und bei der Wirtschaft steht ja mehr im Vordergrund, wie geht es den Unternehmen, wie geht es mit Unternehmensansiedlungen und so weiter.

Deswegen glauben wir, dass wir an der Stelle beides brauchen, und vor allen Dingen brauchen wir diese personenbezogene Förderung. Das zeigt ja auch der Fall Nokia in Wirklichkeit. Nokia verlässt jetzt den Standort, wir haben schon heute Morgen darüber gesprochen, und wenn Leute wieder einen guten Zugang zum Arbeitsmarkt haben wollen, dann ist es gerade besonders wichtig, dass sie eine gute Qualifizierung haben, dass sie eine gute Ausbildung haben, und deshalb ist es wichtig, dass wir an der Stelle auch eine eigenständige Arbeitsmarktpolitik brauchen. Von daher lehnen wir diesen Punkt richtig aus inhaltlicher Überzeugung ab.

Der Rest Ihres Antrags ist schlicht überflüssig, weil er entweder schon abgearbeitet wird oder deckungs-

gleich ist mit unserem. Darum sind wir der Auffassung, unser Antrag gibt die richtige Richtung vor, und von daher bitten wir um Zustimmung für unseren Antrag!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich sehr, dass die rot-grüne Koalition davon überzeugt ist, dass sie den richtigen Antrag gemacht hat. Es wäre ja auch noch schöner, wenn das nicht der Fall wäre, jedenfalls aus Ihrer Sicht. Dass Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, bei der Senatsauswahl schon, wie wir finden, den richtigen Senator an die Stelle gesetzt haben, nämlich den Wirtschaftssenator und nicht die Arbeitssenatorin, zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, dass wir bei dieser Debatte an vielen Stellen in der Tat nicht so sehr auseinander sind und dass ein wesentlicher Teil von aktiver Arbeitsmarktpolitik darin besteht, wie wir das in unserem Antrag auch ausgeführt haben, dass auf der einen Seite Hilfe benötigt wird für die Unternehmen, um qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen, und auf der anderen Seite, dass die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmer verbessert wird. Wesentliches Ziel muss es sein, die Langzeitarbeitslosen nachhaltig in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

(Beifall bei der CDU)

Da, meine Damen und Herren, sind wir dann doch, glaube ich, etwas unterschiedlicher Auffassung. Sie haben heute Morgen in dem Beitrag unseres Fraktionsvorsitzenden Thomas Röwekamp etwas über die Schaffung von Arbeitsplätzen in Bremen und Bremerhaven gehört, und unsere Finanzsenatorin und Bürgermeisterin hat ja ein Benchmarking zu diesem Teil verschiedener Städte herausgebracht. Bei diesem Benchmarking ist deutlich geworden, dass neben Hamburg insbesondere Bremen eine hohe Zahl von Arbeitsplätzen geschaffen hat. Auf der anderen Seite, wenn man schaut, woher die Arbeitskräfte kommen, stellen Sie aber fest, dass ein Großteil dieser Arbeitnehmer aus dem Umland Bremens und Bremerhavens kommt.

Bei einer großen Arbeitslosigkeit, die wir in Bremen hier haben – und das bedauern wir alle gleichermaßen –, bedeutet das doch, dass die Arbeitnehmer, die in Bremen Arbeit suchen, doch offensichtlich nicht so weit qualifiziert sind, dass sie die Arbeits-

(C)

(D)

(A) plätze entsprechend besetzen können. Das bedeutet für uns, dass man die Menschen qualifizieren und nicht in ewigen Schleifen in irgendwelchen Programmen binden muss, sondern sie gezielt und nachhaltig auf den ersten Arbeitsmarkt ausrichtet.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben, meine Damen und Herren, eine Arbeitsmarktpolitik „Maßnahmen im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm“. Sie erinnern sich, das ist ein Programm, das damals nach dem Wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm entstanden ist. Das wollte dann das Arbeitsressort wie das Wirtschaftsressort auch entsprechend machen. Sie haben ja offensichtlich nicht mehr die Auffassung, was das Wirtschaftsressort angeht, dass Sie das damalige Programm beibehalten wollten, Sie haben es als Erstes abgeschafft, aber Sie wollen das WAP offensichtlich in dieser Form beibehalten.

(Abg. Frau B u s c h [SPD]: Das war noch unter Herrn Dr. Färber!)

So ist es! Von Herrn Dr. Färber, und es gab, glaube ich, noch jemanden, wenn ich mich erinnere, der im Arbeitsressort saß! Er gehörte Ihrer Partei an, er hieß Herr Knigge, und der hat nämlich das Programm für die Arbeitsmarktpolitik gemacht, so wie es sozusagen spiegelbildlich beim WAP gemacht worden ist.

(B)

Wir haben leider eine Reihe von Besonderheiten in Bremen. Wenn Sie jetzt eben gerade gesagt haben, dass Sie ganz dabei sind und jetzt sehr schnell irgendetwas umstellen wollen, dann muss ich Sie allerdings daran erinnern, dass offensichtlich das Gutachten über die Fördergeldvergabe, das man vor ein paar Tagen lesen konnte, doch eine Vielzahl von Kritikpunkten offenlegt. Wenn dort am Ende steht, dass voraussichtlich im März oder April das Gutachten in den politisch-parlamentarischen Gremien beraten werden soll, dann scheint mir, dass offensichtlich die Arbeitssenatorin nicht die Notwendigkeit und Eile hat, die Sie eben gerade hier vorgetragen haben.

Der Kritikpunkt ist, dass die behördliche Kontrolle auf mehrere Referate verteilt wird. Es wird dort gesagt, dass die Effektivität leide. Es würde unnötig doppelte Arbeit gemacht. Die Zielsetzungen und die Handlungen ließen, so Zitat, „strukturelle Klarheit vermissen“. Meine Damen und Herren, in diesem Ressort gibt es offensichtlich auch andere Bereiche, wohl nicht nur die Gesundheit, sondern auch der Teil Arbeit, der hier offensichtlich strukturelle Klarheit vermissen lässt.

Ich nehme noch einmal die Worte des Fraktionsvorsitzenden auf: Wir haben, solange wir die Große Koalition gemeinsam gemacht haben, immer, von dem ersten Tag der Koalitionsverhandlungen an, dafür ge-

worben, dass das Arbeitsressort in das Wirtschaftsressort integriert wird,

(C)

(Abg. F r e h e [Bündnis 90/Die Grünen]:
Völlig falsch!)

weil wir immer noch der Auffassung sind, dass die bessere Politik so gemacht wird, dass sie konzentriert in der Verantwortlichkeit des Wirtschaftsressorts liegt, und nicht, dass es wie in der Vergangenheit in vielen Fällen auseinandergeplückt wird.

(Beifall bei der CDU)

Man kann das auch relativ leicht begründen, indem man sich einfach einmal ansieht, wie viel Prozent der Mittel eigentlich für die Programmdurchführungskosten eingesetzt werden. Da stellen Sie relativ schnell fest, dass dieser Anteil in Bremen extrem hoch ist.

(Unruhe – Glocke)

Danke schön! Wie wir auch in unserem Antrag gesagt haben, spricht die Bertelsmann Stiftung davon, dass dies ein Ausdruck der umfangreichen Verwaltungsstrukturen des Landes Bremen und seiner Arbeitsmarktpolitik ist. Das heißt, wir stellen fest, dass die Strukturen, die offensichtlich über die Jahre gerade im Bereich des Arbeitsmarktes und der Arbeitsverwaltung aufgebaut worden sind, nicht mehr zeitgemäß sind. An der Stelle, meine Damen und Herren, insbesondere von den Grünen, müssen Sie das Programm und das Ressort ändern! Um diese Veränderung herbeizuführen, sind wir der Auffassung, dies eben dem Wirtschaftsressort zuzuordnen.

(D)

Meine Damen und Herren, das Geld, das notwendig ist und in dem Rahmen leider immer knapper wird, das ist das Problem der bisherigen Arbeitsmarktstruktur und der Arbeitsmarktpolitik, kommt nicht bei den Menschen an, die es haben müssen, sondern geht im Laufe der Strukturen und vielen Maßnahmen, die es gibt, unter. Im Finanzressort gibt es einen Zuwendungsbericht, sehen Sie sich den bitte an, wie viele Maßnahmen und wie viele Träger in Bremen in diesem Teil tätig sind, anstatt das einmal schlanker zu machen und dafür zu sorgen!

Ich bleibe aber dabei, wir haben es versucht, leider ist es uns mit den Sozialdemokraten nicht gelungen, vielleicht haben Sie einen größeren Erfolg. Ich wünsche Ihnen an der Stelle den größeren Erfolg!

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir fordern den Senat auf, ein Konzept zu erarbeiten. Es soll eine einheitliche Anlaufstelle geben, aus unserer Sicht im Bereich des Wirtschaftssenators. Wir gehen davon aus, dass

(A) die Zielsetzung, die Integration der Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu erreichen, die höchste Priorität haben muss, mit beruflicher Orientierung und Qualifizierungen, mit Existenzgründungshilfen, mit arbeitsorientierten Innovationen in den Betrieben.

Meine Damen und Herren, ein letzter Satz! Überlegen Sie wirklich, wenn Sie dabei sind, ein neues Programm zu machen! Gehen Sie den Weg, den die CDU über die Jahre gehen wollte! Ordnen Sie dieses Programm dem Wirtschaftsressort zu! Ich bin fest davon überzeugt, dass durch diese Zuordnung eine bessere Arbeitsmarktpolitik als in der Vergangenheit hier in Bremen erfolgen wird. – Danke!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Nitz.

Abg. Frau **Nitz** (Die Linke)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der Koalition steht in der Kontinuität vergangener Aktivitäten und Beschlüsse wie beispielsweise dem Beschluss über die Optimierung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung vom April 2006. Dabei soll die Wirtschaftspolitik stärker auf die Arbeitsmarktpolitik ausgerichtet werden, um auf diese Weise mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Scheinbar, zumindest auf den ersten Blick!

(B) Vielmehr erweckt sich bei uns beim weiteren Lesen der Eindruck, dass attraktive Bereiche der betrieblichen Arbeitsmarktförderung, sogenannte Hochglanzprojekte, in die Wirtschaftsförderung integriert und der Einfluss der BIG gestärkt werden soll, während unattraktive Bereiche nach wie vor bei der bag angesiedelt sein sollen. Künftig stehen geringere Mittel für Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung zur Verfügung, das haben wir hier schon gehört, allein schon durch die Kürzung der ESF- und EFRE-Mittel, was möglicherweise auch eine Steigerung der Effizienz erfordert. Das möchten wir hier nicht bestreiten.

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen soll aber oberstes Ziel sein, wobei sich die Neuausrichtung der Bremer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik an einer systematischen Verzahnung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen orientieren muss. Die Reihenfolge dieser Aufzählung impliziert quasi eine Priorisierung der Ziele, oder wie erklären Sie die darauf folgende Formulierung: „Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik ist daher auch, Unternehmen das existierende Förderangebot bekannt zu machen“? Damit ist doch die systematische Verzahnung gleich verschwunden.

(Beifall bei der Linken)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Worüber sollen wir hier nun eigentlich abstimmen? Doppelstrukturen vermeiden, das ist ja schön! Aber eigentlich interessiert doch, was für eine Beschäftigungspolitik in den nächsten Jahren in Bremen mit welcher Philosophie und vor allem mit welchem Interesse gemacht werden soll! Hintergrund: Im Haushalt sind fast alles festgelegte Ausgaben, die Investitionsausgaben werden reduziert, und die wenigen beweglichen Mittel, die es derzeit noch gibt, sind vor allem EU-Gelder für Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderungen, hauptsächlich die eben genannten ESF- und EFRE-Mittel.

Deshalb wachsen hier natürlich in den letzten Jahren auch zunehmend die Begehrlichkeiten, und deshalb geht es hier nicht um Einsparpotenziale durch die Zusammenlegung von Strukturen, sondern darum, wer eigentlich das Geld wofür bekommt. Sowohl das Wirtschaftspolitische Aktionsprogramm, kurz auch WAP genannt, als auch das Beschäftigungspolitische Aktionsprogramm verwalten diese ESF- und EFRE-Mittel. Die von der BIG beziehungsweise der BIS im Rahmen der Wirtschaftsförderung bewegten Mittel für Arbeitsmarktpolitik werden zum Beispiel als Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen in Unternehmen gezahlt, sind also praktisch reine Subventionen an die Unternehmen. Die von der bag beziehungsweise BRAG im Rahmen der Beschäftigungsförderung bewegten Mittel gehen zum Beispiel in die benachteiligten Stadtteile für Beschäftigungs- und Integrationsmaßnahmen, sprich dafür, Langzeiterwerbslose wieder in Beschäftigung zu holen und gleichzeitig die Stadtteile damit zu stärken.

Wenn die CDU die Unterstellung unter das Wirtschaftsressort fordert, um einmal ganz kurz auf Ihren Antrag einzugehen, meine Damen und Herren, ist die Reise relativ klar. Mittel der Arbeitsmarktpolitik sollen vorrangig den Unternehmen zugute kommen und die Unternehmen auch noch subventionieren. Die Förderung der Beschäftigung Langzeitarbeitsloser und die Stärkung der Quartiere durch Beschäftigungspolitik sollen demnach gekürzt werden oder komplett entfallen.

Was aber machen Sie, meine Damen und Herren von der Koalition? Das steht nicht explizit in Ihrem Antrag. Offenbar scheinen Sie etwas ganz Ähnliches vorzuhaben, so werden ja auch bei Ihnen die Mittel für die Soziale Stadt und für WiN in den Jahren 2008 und 2009 drastisch gekürzt.

(Abg. Frau **K r u s c h e** [Bündnis 90/
Die Grünen]: Stimmt nicht!)

Also liegt hier bei uns die Vermutung nahe, auch die Mittel für die Beschäftigungspolitik in den Quartieren zu streichen. So, meine Damen und Herren, geht es nicht! Dann legen Sie entsprechende Konzepte auf den Tisch! Der Antrag ist dementsprechend ungenügend, und in dieser Form werden wir ihn auch ablehnen.

(Beifall bei der Linken)

(C)

(D)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Das Wort hat der Abgeordnete Ella.

Abg. **Ella** (FDP)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist doch sehr erfreulich, dass die Koalition kleine Zeichen von Lernfähigkeit zeigt. Offenbar sorgt allein die Anwesenheit von Liberalen im Parlament für wachsende Vernunft und wachsendes liberales Bewusstsein.

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Vor einigen Monaten noch haben wir in den Vorlagen zur Deputation für Arbeit und Gesundheit die Vorstellung zum Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm, BAP, lesen können. Die dort und in anderen Unterlagen genannten Ansätze entsprechen nicht gerade dem, was wir hier im Antrag lesen. Sie sind schwammig formuliert, weit aufgefächert und an einen zentralen Ansprechpartner wurde dort nicht gedacht. Dieser Schritt hätte also schon längst gegangen werden können, Sie haben es angedeutet, Frau Ziegert, aber ein gefällig formulierter Antrag im Parlament sorgt natürlich für mehr öffentliche Aufmerksamkeit und ein allgemeines Wohlbefinden.

(Beifall bei der FDP)

(B) Die FDP-Fraktion betrachtet den vorgelegten Antrag der Koalition als ersten Schritt in die richtige Richtung. Wir sind auf die Vorschläge gespannt, die dem Parlament hoffentlich schon im Februar mitgeteilt werden. Dabei hoffen wir natürlich, dass der Vertrauensvorschuss, den wir Ihnen nun heute geben werden, auch berechtigt ist.

(Beifall bei der FDP)

Zwei Anmerkungen aus liberaler Sicht an dieser Stelle, die wir hoffen, in den Vorschlägen des Senats wiederzufinden: Zum einen wünschen wir uns sehr, dass die Existenzgründungsförderung einen größeren Anteil im neuen Konzept bekommt, die Selbstständigquote und die Gründungsintensität in unserem Land ist deutlich zu niedrig.

(Beifall bei der FDP)

Dabei sehen wir es immer wieder: Neugründungen schaffen im Verhältnis die meisten Arbeitsplätze.

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Das glaube ich nicht!)

Ein Schwerpunkt muss sicher auch sein, die Anzahl von hochwertigen Dienstleistungen deutlich zu

*) Vom Redner nicht überprüft.

verbessern. Weiterhin, hier werden wir besonders kritisch sein, muss bei der Bündelung der Förderung eine eindeutige Zuständigkeit erkennbar sein. Eifersüchteleien zwischen Ressorts über Kompetenzen können wir uns nicht leisten.

(Beifall bei der FDP)

Daher muss die strategische Verantwortung klar geregelt werden, Erbhöfe dürfen hier keine Rolle spielen.

Einige Worte noch an die Kolleginnen und Kollegen der CDU! Ihr Antrag hat vor allem einen Fehler, Sie sind nicht bereit, die Rolle der Gesellschaften, die in diesem Bereich tätig sind, auf den Prüfstand zu stellen. Wer sich dem verweigert, setzt sich dem Verdacht aus, eigene Pfründe zu verteidigen.

(Beifall bei der FDP)

Gerade im Zuge der Haushaltsproblematik, die in jeder Debatte nun über uns schwebt, können und müssen wir es uns leisten, auch Strukturfragen zu stellen.

(Beifall bei der FDP)

Letztendlich sollten wir auch nicht davor zurückschrecken, das ganze bisherige System der Arbeitsmarktförderung zu diskutieren.

(Abg. Frau **B u s c h** [SPD]: Wissen Sie eigentlich, wovon Sie reden?)

Auch sehen wir ein großes Problem in der allzu deutlichen Festlegung der CDU ausschließlich auf Langzeitarbeitslose. Wenn wir die Mittel, die ja deutlich geschrumpft sind, effizienter einsetzen wollen, müssen wir sehen, wo die größten Erfolge zu erzielen sind. Sie von der CDU schreiben es in Ihrem Antrag selbst: Die Eingliederungsquote in Bremen und Bremerhaven ist zu niedrig. Im Übrigen kritisieren Sie dann die Kosten für die Umsetzungsstrukturen, gleichzeitig wollen Sie diese aber nicht angehen. Das passt nicht zueinander, und daher lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Zum Abschluss an dieser Stelle noch einmal der Hinweis, der Antrag der Koalition in der vorliegenden Form ist ein schön formulierter Ansatz, er ist aber gleichzeitig unverbindlich und noch lange nicht ausreichend im Sinne der Wirtschaft und vor allem der Arbeitslosen in unserem Land. Hoffen wir auf eine schnelle Konkretisierung und Umsetzung! – Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Ziegert.

(C)

(D)

(A) Abg. Frau **Ziegert** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! An dem Punkt gebe ich Ihnen recht, Herr Ella, das muss konkretisiert werden, und wir werden es dann nächstes Mal auch konkreter diskutieren können. Es ist im Augenblick alles noch relativ abstrakt, was sich auf Strukturen bezieht.

Ich wollte eigentlich etwas zu Herrn Dr. Schrörs sagen, das werde ich auch noch, aber ich muss dann doch zu Ihrem Beitrag sagen, Frau Nitz, dass ich eine solche Art von Textexegese miterlebt habe, ist bei mir reichlich 30 Jahre her.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wenn hier beschlossen wird, aus der Reihenfolge der Aufzählung von Begriffen auf die Wertigkeit zu schließen, dann müssen wir in Zukunft vielleicht alles nach dem Alphabet machen, vielleicht hilft das ja dann, um solche falschen Auslegungen zu vermeiden.

Im Übrigen muss ich sagen, Sie sind Mitglied der Deputation für Arbeit, und ich weiß nicht, ob Sie mitbekommen haben, dass jetzt nacheinander die Programme zur Konkretisierung unseres Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms vorgelegt werden. Wir hatten jetzt zuerst die zu den Beratungsstellen, es werden aber auch noch die zur Qualifizierung und zum sozialen Arbeitsmarkt kommen. Beide sind in der Obhut der bag und nicht etwa in der Obhut der BIG, also auch die betriebsbezogene Arbeitsmarktförderung wird hier natürlich von den Bremer Arbeitsmarktgesellschaften und nicht etwa von der BIG abgewickelt.

(B) Im Übrigen, finde ich, können wir eigentlich nichts falsch machen, weil Frau Nitz nämlich befürchtet, dass wir genau das machen, wofür Herr Dr. Schrörs uns tadelt, dass wir es nicht tun. Da müssen wir uns hier doch eigentlich richtig schön in der breiten Mitte befinden.

(Beifall bei der SPD)

Ich wollte aber noch einmal etwas dazu sagen, weil Sie sich auf diese Bertelsmann Studie und den Benchmarkbericht beziehen. Der Benchmarkbericht liegt mir vor, die Bertelsmann Studie habe ich auch gelesen. Der Benchmarkbericht stellt zu Recht fest, dass die eingesetzten Mittel pro Kopf für die Arbeitsmarktpolitik der Aktiven in Bremen absolut, nicht nur verhältnismäßig, geringer sind als in den vergleichbaren Stadtstaaten. Das ist richtig, das ist Ausdruck unserer Haushaltsnotlage. Ich finde es problematisch, ich sehe aber im Augenblick auch angesichts der Haushaltsproblematik keine andere Möglichkeit, als dass wir weitgehend auf die Mittel des ESF zurückgreifen.

Aber das kann man hier einmal sehr deutlich sagen. Wir können ja mittlerweile kaum noch originäre Landesmittel in der Arbeitsmarktpolitik einsetzen. Wir können froh sein, dass wir Mittel des ESF bekom-

men, dass außerdem hier auch Mittel vom Bund für die Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stehen. Diese müssten wir eigentlich noch dazurechnen, aber das ist so auch Ausdruck unserer Haushaltsnotlage.

(C)

Das andere ist, dass man ja dem Benchmarkbericht entnehmen kann, dass die Ausschöpfungsquote und die Wirksamkeit dieser geringen Mittel der Arbeitsmarktpolitik in Bremen vergleichsweise hoch sind. Wenn ich dann einmal zitiere mit Genehmigung der Präsidentin, dann steht hier auf Seite 79 unten und 80 oben: „Angesichts dieser Befunde nimmt Bremen bei der Ausschöpfungsquote mit Werten von 19,7 Prozent beziehungsweise 17,7 Prozent im Vergleich zu München mit 15 Prozent und Berlin mit 26,3 Prozent eine mittlere Position ein. Trotz geringem Mitteleinsatz kann man unterstellen, dass ein relativ hoher Anteil arbeitsloser Personen von den Fördermaßnahmen erreicht wird, es also eine hohe Output-Effizienz gibt.“

Das, meine ich, muss man richtigerweise sagen. Was die Bertelsmann Studie betrifft, ist es so, dass die Datengrundlage äußerst umstritten ist, dass sich zum Beispiel Niedersachsen in heftigen Auseinandersetzungen befindet über die zugrunde gelegten Daten. Ich würde mich hüten, jetzt auf eine Studie zurückzugreifen, ohne dass ich mich darüber einmal informiert habe, aufgrund welcher Daten da eigentlich solche Befunde erhoben worden sind.

Das Zweite wollte ich noch einmal sagen zu der Frage Langzeitarbeitslose eingliedern: Wer profitiert eigentlich von unserer Arbeitsmarktpolitik? Das, finde ich, spricht doch eigentlich für unsere Vorstellung einer stärkeren Verknüpfung von Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, weil wir feststellen, dass von reinen Wirtschaftsfördermaßnahmen, wie wir sie anbieten, zum Beispiel auch Maßnahmen zur Rettung von Betrieben, Niedersachsen profitiert. Wenn ich an die Auffanggesellschaft denke, die wir damals für die SSW gegründet haben, da waren über 50 Prozent der Betroffenen Niedersachsen, und Niedersachsen hat sich andererseits geweigert, sich überhaupt nur mit einem Cent an diesen ganzen Maßnahmen zu beteiligen, auch was die Ersatzausbildungsplätze für die Auszubildenden betraf!

(D)

Wir wollen ja jetzt sicherstellen durch eine stärkere Verknüpfung von Arbeitsmarkt und Wirtschaftsförderung, dass wir auch wirklich Langzeitarbeitslose gezielt in diese Betriebe hinein bekommen und dass wir hier auch ganz gezielt Wirtschaftsförderung betreiben in Hinblick auch darauf, dass wir Arbeitslose gezielt in den Betrieben in Arbeit bringen.

Insofern, finde ich, stimmt Ihre Beobachtung. Die Problematik sehe ich auch, obwohl ich auch sage, dass wir als Oberzentrum und als Großstadt, und alle Großstädte haben im Grunde dieses Phänomen einer hohen Einpendlerquote – wir haben es übrigens stärker als Hamburg, nebenbei bemerkt –, trotzdem natürlich unser verstärktes Augenmerk in den nächsten zwei

(A) Jahren darauf richten müssen, die Langzeitarbeitslosen hier auch wirklich in Arbeit zu bringen.

Deshalb will ich mich jetzt gar nicht mit Ihnen darüber streiten, inwieweit wir mit Ihnen einer Meinung sind oder auch nicht, sondern mir kommt es jetzt darauf an, dass in der Richtung, die wir hier vorgegeben haben, ein Konzept vorgelegt wird. Dann können wir nächstes Mal noch einmal wieder konkreter uns darüber unterhalten, wie wir dann die jeweilige Umsetzung bewerten. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Möhle.

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Basis unseres Gemeinwesens ist eine starke und verantwortungsvolle Wirtschaft. Ohne diese Basis ist Arbeitsmarktpolitik gar nicht denkbar. Gleichzeitig ist Arbeitsmarktpolitik aber genau das, was sie auch sein und bleiben soll, auch bei aller Bündelung, nämlich Hilfe für Menschen, die aus dem Arbeitsprozess herausgefallen sind, aus welchen Gründen auch immer. Ich glaube, dass man sehr deutlich darauf achten muss, bei dem Versuch, die Strukturen zu vereinfachen, zu sehen, dass die Problemlagen kompliziert und sehr vielschichtig sind.

(B)

Ich denke es eher von den Menschen aus. Ich sage mir, welche Probleme welcher Mensch hat und welche Hilfsangebote, auch arbeitsmarktpolitische Hilfsangebote, wir an welcher Stelle brauchen. Herr Dr. Schrörs, so gesehen: Vereinfachung ja, wo es möglich ist, auf jeden Fall, aber da, wo es konkret anders gemacht werden muss, muss man auch die Chance der Differenz nutzen! Nicht alle Menschen sind so, wie sie sind, dem Arbeitsmarkt zugänglich und fähig. Im Übrigen, sage ich einmal, überschneiden sich die Gebiete auch weit hinein bis in die Sozialpolitik, wenn man das ehrlich behandelt. Es gibt Menschen, die nicht in der Lage sind zu arbeiten. Das ist eine Feststellung, die ist gar nicht neu.

Jetzt ist die Frage: Was machen wir mit genau diesen Menschen? Da gibt es die Bemühungen sowohl des Sozialressorts als auch des Arbeitsressorts, diese Menschen fit zu machen für den Arbeitsmarkt. Das ist sozusagen die eine Seite der Veranstaltung. Die andere ist, Wirtschaft verändert sich in einer dramatisch kurzen Zeit, und zwar ziemlich schnell. Die alten Bildungsstrukturen – ein Gesellenbrief reicht ein Leben lang –, das wissen wir auch hier auch alle gemeinsam, haben sich heute so deutlich geändert, dass man dieses lebenslange Lernen durchaus ja im Interesse sowohl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als

*) Vom Redner nicht überprüft.

aber auch der Wirtschaft begreifen muss. So gesehen gibt es auch Bezüge zur Bildungspolitik.

(C)

Wenn man also diese Fragen tatsächlich diskutiert, dann landet man auf einmal quer zu allen Ressorts. Deswegen halte ich die Frage, das ressortmäßig anders zu organisieren, für relativ oberflächlich. Mir kommt es darauf an, das sage ich noch einmal, die Frage sozusagen von den Menschen her zu denken. Dann kommen wir zu einer Situation, die tatsächlich konkret Bündelung zulässt. Wir haben auch Überschneidungen, das habe ich schon angesprochen, Sozialressort, Arbeitsmarktpolitik und Ähnliches mehr. Ich will gern, dass wir dahin kommen, dass wir den Bürgerinnen und Bürger und auch der Wirtschaft in unserem Bundesland klar sagen, wo sie hingehen müssen, um welche Hilfe zu bekommen.

Unzählige Programme, die für sich genommen deutlich, richtig, wichtig und vielleicht sogar auch gut sind, kommen doch bei denjenigen, die sie brauchen, nicht immer so an, wie sie gebraucht würden. Deswegen ist die Idee zu sagen eine Anlaufstelle, zu der man hingehen kann, auch als Unternehmen, Existenzgründung – dazu sage ich gleich noch einmal etwas –, und sich beraten lassen kann, nämlich über genau die Programme, die europäischen, die Bundes- und die Landesprogramme! Das ist sozusagen von der rot-grünen Regierung, übrigens nicht nur im Koalitionsvertrag, auch schon in sehr vielen Gesprächen vorher, übereinstimmend festgestellt: Rot-Grün möchte gern eine Bündelung ohne Ausgrenzung.

(D)

Ich glaube im Übrigen, dass der Vorwurf der Linkspartei an Sie, Herr Dr. Schrörs, Sie wollten die Arbeitsmarktpolitik irgendwie den Unternehmen zuschustern, absurd ist. So habe ich Sie nie verstanden hier im Hause. Ich habe Ihre Einlassung immer auch durchaus als eine differenzierte gesehen, von daher finde ich den Vorwurf ehrlich gesagt abwegig. Ihre Organisationsstruktur, dieses Muster, Sie haben jahrelang dafür gekämpft, Arbeit und Wirtschaft in ein Ressort zu bringen: Herzlichen Glückwunsch, Sie haben es nicht geschafft! Wir kämpfen gar nicht dafür, weil wir gute Gründe dafür sehen, es so zu lassen, wie es ist.

Lassen Sie mich noch einen kurzen Satz ansprechen, wo ich glaube, dass das ganz häufig auch ideologisch verbrämt ist! Existenzgründer, wer ist das eigentlich? Das sind Menschen, die ein Unternehmen gründen, fertig! Jeder Unternehmer hat auch einen Arbeitsplatz. Das muss man an dieser Stelle wirklich auch noch einmal ganz deutlich sagen, das macht übrigens auch die Wichtigkeit der Existenzgründer aus, denn das sind Potenziale, die sich relativ schnell zu großen Unternehmen hin entwickeln können. Man braucht sich doch nur in der IT-Branche umzuschauen, das fängt in der Garage an und landet irgendwann bei Bill Gates. Da sind sozusagen Entwicklungspotenziale, die gigantisch sind. Da muss man die Zeichen der Zeit deutlich erkennen.

(A) Wirtschaftsförderstrukturen sind aus meiner Sicht nur da nötig, wo es sozusagen eine Marktchance gibt, da will ich gern helfen. Unternehmen, denen es richtig gut geht, brauchen keine Wirtschaftsförderung, die haben meiner Meinung nach eine ganz andere gesellschaftliche Verantwortung, der sie mehr schlecht als recht gerecht werden. Nokia zum Beispiel – abgesehen davon, dass ich finde, dass da unglaublich viel Heuchelei im Spiel ist – ist sozusagen ein Fall, dass wir auch noch einmal sehr gründlich in Bremen nachschauen müssen, welche Förderungen an welche Bedingungen geknüpft sind.

Ich glaube, man muss aufpassen mit bedingungsloser Förderung, sondern man muss schauen, wie viele Arbeitsplätze werden sozusagen real geschaffen und wie lange verpflichtet sich eigentlich das Unternehmen, bei Förderung im Bundesland Bremen auch zu bleiben. Das sind alles Möglichkeiten, die man an Förderung knüpfen kann. Da haben wir auch noch eine Menge vor uns, das noch einmal zu hinterfragen und vielleicht auch ein Stück umzusteuern.

Im Großen und Ganzen glaube ich aber, lassen Sie mich das abschließend sagen, dass wir gut beraten sind, wenn wir Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktförderung sozusagen bündeln. Auch nicht nur, das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich, weil es weniger Geld gibt, sondern weil es einfach auch ökonomisch viel vernünftiger ist. Es ist ökonomisch vernünftiger, es ist sozial vernünftiger, und so gesehen ist das für mich inhaltlich eine Optimierung unserer politischen Aufgabe im Bundesland Bremen, die nicht nur der Not des Haushalts geschuldet ist. Ich würde das auch gut finden, wenn man Geld genug hätte, damit vernünftiger umzugehen. – Vielen Dank!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort erhält Herr Senator Nagel.

Senator Nagel: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar für die Debatte und auch für die beiden Anträge, weil darin ein Konsens deutlich wird, nämlich darüber, wie moderne Strukturpolitik aussehen muss, und zwar nicht nur, weil man schwierige Haushaltsrahmenbedingungen hat, sondern weil moderne Strukturpolitik insgesamt durch Verzahnung bessere Effekte erzielen kann. Wir tun, wenn man so will, das, was ein Unternehmen auch permanent macht.

Über diesen Konsens freue ich mich. Das heißt ja, dass wir Soziales, Umwelt, Arbeit, Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung sinnvoll miteinander verzahnen müssen. Aus dieser Einsicht heraus hat ja die Koalition ein integriertes Strukturkonzept in der Koalitionsvereinbarung verankert, an dem wir arbeiten, und, Herr Dr. Schrörs, die Federführung für die Ausarbeitung dieses Programms, das alle Facetten umfasst, hat der Senator für Wirtschaft und Häfen. In-

sofern, Herr Dr. Schrörs, hat dieser Senat noch viel mehr auf meine Schultern gelegt, als Sie mir auferlegen wollen, indem die Zuständigkeit für die betriebliche Arbeitsmarktförderung zum Wirtschaftssenator kommen sollte. Ich gehe darauf gleich noch einmal ein.

(C)

Ich will aber, damit das ein bisschen deutlicher wird, ein paar Beispiele nennen, was so ein integriertes Konzept denn konkret bedeuten kann. Das heißt ganz konkret, dass es dem Senator für Wirtschaft und Häfen im Lande Bremen nicht egal sein kann, welche Kinderbetreuungsangebote es im Land Bremen gibt, weil wir, wenn wir qualifizierte Menschen in Arbeit bringen wollen, die Familie und Beruf unter einen Hut bringen wie zum Beispiel im AWI, dann brauchen wir Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die außerhalb der normalen Zeiten laufen.

Ein zweites Beispiel ist, dass wir den Fachkräftemangel vielfach hören und beklagen. Hier, denke ich, besteht auch eine Aufgabe von Wirtschaftspolitik durch Arbeitsmarktförderung, durch Qualifizierungsförderung, qualifiziertes Personal anzubieten. Das spielt auch in ein weiteres Beispiel hinein, nämlich dass wir bei der Ansiedelung oder Erweiterung von Unternehmen im Lande Bremen mit Qualifizierungsprogrammen flankieren können und auch müssen. Beispiel Windenergie, das Thema wird gerade in Bremerhaven von denen, die dort zusammenwirken, besprochen, da klemmt die Säge noch an etlichen Stellen. Deshalb wollen wir das angehen.

(D)

Was jetzt das Thema betriebliche Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktförderung angeht, ist es so, dass seit November das Ressort Soziales und Arbeit und mein Ressort unter Steuerung der Staatsräte arbeiten. Wir haben drei Arbeitsgruppen eingerichtet, und damit wird auch deutlich, wo Schwerpunkte liegen sollen, nämlich die Frage Arbeitsmarktförderung und Existenzförderung, Arbeitsmarktförderung und Innovationsförderung sowie Personal- und Fachkräftegewinnung, mit dem ganz klaren Ziel, so weit wie möglich sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen beziehungsweise Menschen zu qualifizieren, um in solche Arbeitsplätze zu kommen.

Ihr Vorschlag, meine Damen und Herren von der CDU, die Zuständigkeit zu verlagern: Ich denke, es lohnt eher, sich nicht auf die Zuständigkeitsfrage zu konzentrieren, sondern die Kraft auf Ziele, Weg und Ergebnisse zu legen. Warum? Ich bin nun seit 20 Jahren in der politischen Administration tätig und war auch in der Unternehmensberatung tätig. Eine Veränderung von Zuständigkeiten ist ein enormer Kraftakt, weil er natürlich Widerstände produziert. Daraus generieren Unternehmensberatungen ein tolles Produkt, nämlich Change-Management-Prozesse zu steuern, was zeigt, dass man eine ganze Menge Energie braucht, um allein die Zuständigkeitsveränderung durchzusetzen. Erst dann kommt man ja dazu, sich um die Inhalte zu kümmern.

(A) Ich wäre dankbar, wenn wir uns darauf verständigen könnten, auf die Inhalte, die Ziele, die Ergebnisse und Instrumente die Kraft zu legen. Wir müssen uns dann als Senat von Ihnen, der Bürgerschaft, auch messen lassen, ob uns das gelingt, und nicht so sehr an der Frage der Zuständigkeit.

Es ist auch sehr kritisch das Thema bestimmter Strukturen in Ressorts angesprochen worden. Nun spreche ich nicht über das Ressort, für das ich keine Verantwortung habe, aber ich will schon eine Beobachtung aus den Monaten, in denen ich nun hier mit Verantwortung trage, nennen. Man hat einen Outsourcingprozess gemacht und viele Dinge in Gesellschaften ausgelagert. Ich halte das grundsätzlich für einen richtigen Schritt. Allerdings muss ich feststellen, dass die Fähigkeit der Ressorts, strategisch zu steuern und über Finanzcontrolling zu steuern, offenbar, ich bin ganz vorsichtig, noch nicht weiter entwickelt worden ist, sondern es hat einen Weggang vieler in die Gesellschaften gegeben, und es sind Ressorts zurückgeblieben, die in der klassischen Linienstruktur unter dramatisch verschlechterten Bedingungen weitergearbeitet haben. Das müssen wir verändern, zumindest will ich das für mein Ressort tun.

(B) Auch was das Thema angeht – und das hängt ein Stück weit damit zusammen –, wie denn der Kunde, also diejenigen, die Wirtschafts- oder Arbeitsmarktförderung wollen, an die notwendige Information herankommen, da ist in der Tat noch eine Menge Arbeit zu leisten, wie man, wenn man so will, eine anwenderfreundliche Benutzeroberfläche bekommt. Das heißt, dass derjenige, der eine Frage hat, auf einer verständlichen Oberfläche landet und nicht mehr damit belastet werden darf, welche komplexen Prozesse hinter der Oberfläche zu managen sind. Das ist unsere Aufgabe, die der Verwaltung und auch der Gesellschaften, die Aufgaben für die Verwaltung wahrnehmen.

Meine Damen und Herren, wir sind mit dem integrierten Ansatz auf dem richtigen Weg, aber ich will gern noch einmal unterstreichen, dass das viel Arbeit bedeutet, dass es kein leichter Weg ist, weil es bedeutet, dass ganz konkret im Alltag vieler, die in den bisherigen Strukturen arbeiten, ein neues Denken, ein neues Handeln und vor allem ein ergebnisorientiertes Handeln und Arbeiten möglich gemacht werden muss.

Der Weg ist schwierig, und deshalb brauchen wir dabei Unterstützung. Ich nehme aus dieser Debatte mit, dass diese Unterstützung in der Bürgerschaft grundsätzlich da ist, denn es ist ein mühsamer Weg, aber ein Weg, der die Mühe wert ist. – Danke für Ihre Unterstützung!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. (C)

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Als Erstes lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 17/198 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen CDU und Die Linke)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

Jetzt lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/214 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! (D)

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen,
Die Linke und FDP)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [parteilos])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Stalking-KIT beim Täter-Opfer-Ausgleich finanziell absichern

Antrag der Fraktion der CDU
vom 15. Januar 2008
(Drucksache 17/201)

Dazu als Vertreter des Senats Herr Senator Nagel.

Die Beratung ist eröffnet.

(A) Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Ahrens.

Abg. Frau **Ahrens** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema hat uns schon in der Dezember-Sitzung am 12.12.2007 in der Großen Anfrage der CDU „Perspektiven für die Arbeit des Kriseninterventionsteams Stalking und häusliche Gewalt beim Täter-Opfer-Ausgleich“ begleitet. In der damaligen Debatte haben wir eine große Übereinstimmung aller Fraktionen bezogen auf die weitere Arbeit des Kriseninterventionsteams Stalking erreicht, und hinsichtlich der finanziellen Absicherung haben sich neben der CDU Grüne, FDP und Die Linke klar zur Notwendigkeit der Absicherung des Stalking-KITs bekannt. Bei der SPD haben wir im Dezember etwas leisere Töne und Andeutungen in diese Richtung gehört. Senator Nagel hat da ebenfalls ausgeführt, dass er selbst schon einmal mit seiner Familie von Telefonterror betroffen war. Ich glaube, dass wir auch das noch zu einem klaren Ja zur Absicherung des Stalking-KITs verwandeln können.

(B) Warum hat die CDU nun diesen Dringlichkeitsantrag „Stalking-KIT beim Täter-Opfer-Ausgleich finanziell absichern“ eingebracht? Bevor ich genau darauf eingehe, möchte ich noch einmal daran erinnern, worum es eigentlich geht. Stalking ist das wiederholte Verfolgen, penetrante Belästigen oder Terrorisieren eines anderen Menschen gegen dessen Willen durch Auflauern, Beobachten, Verfolgen und Ausforschen. Es ist Psychoterror, der mit verschiedenen anderen Straftatbeständen wie Beleidigung, übler Nachrede, Körperverletzung, Bedrohung, Hausfriedensbruch oder Sachbeschädigung einhergeht. Stalking ist Psychoterror, der sich in einer Gewaltspirale immer weiter steigert und wenn diese nicht mit aller Macht unterbrochen wird, bis hin zum Tod des Opfers führen kann.

Das Stalking-KIT unterbricht genau wirksam diese Gewaltspirale. Das Stalking-KIT ist aktiver Opferschutz. Es ist auch aktives Instrument im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen. Drei Viertel der Täter sind nach wie vor männlich, während 90 Prozent der Opfer Frauen sind. Stalking ist ein Delikt, das sich häufig an eine ehemalige Beziehung anschließt, das heißt also, es ist ein Delikt, das auch sehr stark mit den Rollenzuweisungen und auch mit dem Rollenverständnis von Männern und Frauen zu tun hat. Das Stalking-KIT dient also genau der Vermeidung von Gewalt gegen Frauen, übrigens ein Schwerpunkt, der auch im rot-grünen Koalitionsvertrag so niedergeschrieben ist.

(Abg. Dr. G ü l d n e r [Bündnis 90/
Die Grünen]: Zu Recht!)

Genau, zu Recht!

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Die Finanzierung dieses wunderbaren, über EU-Mittel finanzierten Projektes läuft allerdings zum 13. Dezember dieses Jahres aus. Wir haben heute Morgen in der Haushaltsdebatte über den Haushaltsentwurf 2008 und 2009 debattiert. Eine Absicherung des Stalking-KITs ist im Haushaltsentwurf bisher nicht enthalten. In unserem Antrag bitten wir den Senat, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um sich Finanzierungsquellen zu erschließen, auch vielleicht aus anderen Bereichen, um das Stalking-KIT abzusichern.

Wir fordern zum einen, dass man mit anderen norddeutschen Bundesländern wie Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein oder aber auch Mecklenburg-Vorpommern Kontakt aufnimmt und klärt, inwiefern man vielleicht eine norddeutsche Lösung finden könnte, um dann mit dem Bund, mit Frau Zypries, die dem Thema Bekämpfung von Stalking sehr aufgeschlossen gegenübersteht und sich dort auch schon an der einen oder anderen Stelle durchaus Modellprojekte vorstellen könnte, Kontakt aufzunehmen und zu sehen, inwiefern eine Finanzierung auch über den Bund möglich wäre, um den Anteil Bremens möglichst gering zu halten, denn wir wissen, dass der Haushalt, wir haben es heute Morgen gehört, relativ eng gestrickt ist.

(D) Wir wollen diese weitere Abklärung an dieser Stelle gern bis zum April erledigt haben, damit wir im Rahmen der jetzt anstehenden abschließenden Haushaltsberatungen wissen, wie hoch der Anteil wäre, den Bremen schultern müsste, wenn man das Stalking-KIT finanziell absichern würde. Es gab, und das ist das wirklich Positive an diesem Punkt, auf Arbeitsebene vom Täter-Opfer-Ausgleich mit diversen anderen Stellen, auch in den anderen Bundesländern und auch beim Bund, schon Vorkontakte, die einer solchen Lösung, dieser Nordlösung, durchaus positives, wohlwollendes Entgegenkommen signalisiert haben. Der Antrag bittet nunmehr das Justizressort darum, seine Kontakte in die anderen Bundesländer ebenfalls spielen zu lassen, um diese noch unverbindlichen Vorkontakte vielleicht in konkrete, handfeste Zusagen umwandeln zu können, damit wir es vielleicht schaffen, das Stalking-KIT über Bundesmittel, EU-Mittel et cetera zusätzlich abzusichern und damit auch die weitere Arbeit ab dem 13. Dezember 2008 sicherzustellen.

Das hat auch einen ganz handfesten, positiven Vorteil für das Justizressort, das muss man an dieser Stelle auch ganz klar sagen. Das Sonderdezernat, das auch den Bereich Stalking mit bearbeitet, hat mit erheblichen Mehrarbeitsanfällen zu tun. Ich habe es in der letzten Debatte schon angesprochen, dass wir dort steigende Fallzahlen haben, nicht nur beim Thema Stalking, dort sind bis zum Ende des Jahres 600 neue Fälle prognostiziert worden. Wir haben auch im Bereich der sexuellen Selbstbestimmung, Sexualdelikte und der anderen Themen, die jetzt das Sonderdezernat bearbeitet, steigende Fallzahlen, sodass dort ein Auffangen der Betroffenen, die mit den Stalkingsi-

(A) tuationen kommen und Hilfe suchen, zum Beispiel über die Staatsanwaltschaft, gar nicht möglich wäre. Hier hilft das Stalking-KIT, die Arbeitsbelastung im Justizressort zu minimieren, und ich glaube, es ist insofern auch ein wichtiger Pluspunkt, den das Justizressort in diesem Punkt auf unsere Seite bringt, damit das Stalking-KIT vielleicht abgesichert werden kann.

Ich habe gehört, dass SPD und Grüne diesen Antrag in den Rechtsausschuss zur weiteren Beratung überweisen möchten. Wir werden dieser Überweisung selbstverständlich zustimmen, bitten allerdings darum, dass die Intention dieses Antrags, die eine abschließende Abklärung der möglichen weiteren Finanzierungsquellen beinhaltet, hier an dieser Stelle rechtzeitig abgearbeitet werden kann, damit wir in der abschließenden Haushaltsberatung im April wissen, wie hoch der noch verbleibende Anteil wäre, den Bremen schultern müsste, wenn es das Stalking-KIT finanziell absichern möchte.

Ich hoffe, dass wir alle gemeinsam das, was wir am 12. Dezember mit leisen oder sehr deutlichen Tönen gesagt haben, dass wir das Stalking-KIT finanziell absichern wollen, an dieser Stelle erreichen. Ich glaube, dass wir damit ein klares Signal an die Frauen hier im Lande Bremen geben, die sich von sich aus nicht schützen können, die im Moment nicht wissen, an wen sie sich wenden sollen, wenn es das Stalking-KIT ab dem 14. Dezember nicht mehr gibt, und dass wir dann ein klares und positives Signal geben können, ja, wir kümmern uns um euch. Gewalt gegen Frauen ist ein Thema, das uns alle hier in der Bürgerschaft fraktionsübergreifend angeht, und ich würde mich sehr freuen, wenn das vielleicht am Ende des Prozesses im Rechtsausschuss stehen könnte. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst vor gut einem Monat – Frau Ahrens hat darauf hingewiesen – haben wir hier über das Kriseninterventionsteam Stalking und häusliche Gewalt beim Verein Täter-Opfer-Ausgleich e. V. diskutiert. In der Tat waren wir uns in der Zielrichtung einig, dass diese Maßnahme, dieses Konzept, ein sehr unterstützenswertes Konzept ist. Uns lag ein ausführlicher Bericht des Senats vor, aus dem hervorging, dass den Opfern von Stalking wirksam geholfen werden muss und dass in der intensiven Zusammenarbeit von Staatsanwaltschaft, Polizei und dem sogenannten Stalking-KIT eine wirksame Hilfe für die Opfer, aber gleichzeitig auch eine effektive Beeinflussung des Täterverhaltens möglich ist.

Das mithilfe des EU-Programms AGIS geförderte Projekt ist noch bis Ende dieses Jahres finanziert. Der heutige Antrag der CDU soll nun den Senat auffordern, das Modellprojekt über diesen Zeitraum hinaus zu verstetigen und für eine norddeutsche Lösung neben Bundes- und EU-Mitteln auch bremische Haushaltsmittel einzuwerben. Eine Auswertung des Projekts für die EU wird uns erst im Jahr 2009, also nach Abschluss des Projektes, vorliegen. Dies wäre natürlich für eine Entscheidung über die Weiterfinanzierung zu spät. In der Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 2007 wurde angekündigt, dass die Frage, ob für die Fortführung des Projekts Haushaltsmittel bereitgestellt werden können, im Rahmen der Haushaltsaufstellung geprüft werden soll. Das wollen wir auch gern tun.

Um einen genaueren Eindruck von dem Projekt gewinnen zu können, sollten wir uns aber im Rechtsausschuss ausführlich von dem Projekt berichten lassen. Auch die Frage, ob eine norddeutsche Lösung mit den Ländern Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Bremen, wie Sie es vorschlagen, Frau Ahrens, sinnvoll ist und ob dies die Bereitschaft der Bundesregierung erhöht, sich auch finanziell zu beteiligen, sollte dort debattiert werden. Ob eine Verstetigungsphase dieses Modellprojekts erneut von der EU finanziert werden kann, erscheint mir allerdings zweifelhaft. Aber auch darüber können wir natürlich in dem Ausschuss reden. Hilfreich wäre auf jeden Fall, wenn wir im Rechtsausschuss einen Zwischenbericht über den Projektstand bekommen könnten, um aus erster Hand zu erfahren, was dieser neue Ansatz tatsächlich auch empirisch gebracht hat.

Die in dem Antrag formulierte Aufforderung an den Senat, mit den anderen norddeutschen Bundesländern, dem Bund und der Europäischen Kommission konkrete Verhandlungen aufzunehmen, kann nach Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen und, ich bin sicher, auch unseres Koalitionspartners erst entschieden werden, wenn diese Vorfragen, die Sie angesprochen haben, positiv entschieden sind. Eine finanzielle Absicherung des Projekts in diesem Haushalt kann also auch erst erfolgen, wenn wir wissen, dass es hier um ein schlüssiges inhaltliches Konzept geht, also Verstetigungs-, Finanzierungs- und Beteiligungsfragen beantwortet sind.

Auf jeden Fall scheinen mir die veranschlagten Personalkosten, die Sie einmal geschätzt haben, unrealistisch niedrig zu sein. Voraussetzung für eine solide Haushaltsplanung wäre, dass wir dort Zahlen haben, die meines Erachtens auch etwas an die Realität angepasst werden müssen. Ich kann für unsere Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nur allergößte Sympathie dafür bekunden, dass ein solches Angebot in diesem Bereich sichergestellt werden soll. Mehr lässt sich erst sagen, wenn wir das genaue Konzept, die Erfolge und die Finanzierung des Projekts beurteilen können. Daher kommt in diesem Stadium, für uns

(A) jedenfalls, nur eine Überweisung an den Rechtsausschuss zur weiteren Beratung in Frage. Ich bitte Sie daher, dieser Überweisung zuzustimmen! – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Ehmke.

Abg. **Ehmke** (SPD)*: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ahrens hat darauf hingewiesen, dass wir uns in der letzten Bürgerschaftssitzung sehr ausführlich mit dem Thema befasst haben, und ich will die Rede des Kollegen Grotheer, die ja auch gleichzeitig seine Abschiedsrede hier in diesem Haus war, nicht wiederholen. Ich habe sie etwas deutlicher in Erinnerung. Das liegt auch daran, dass ich den Kollegen Grotheer nicht als Mann der leisen Töne kennengelernt habe, aber wie dem auch sei, ich kann Ihnen an dieser Stelle, wenn das notwendig ist, noch einmal versichern: Auch für die SPD ist das Thema Stalking ein wichtiges Thema.

(B) Wir haben uns in der letzten Legislaturperiode, im Übrigen gemeinsam, das kann man in den Plenarprotokollen nachvollziehen, sehr intensiv mit dem Thema befasst, und Bremen hat in diesem Bereich eine durchaus positive Vorreiterrolle unter den Ländern innegehabt. Wir sind entschlossen, dies auch fortzusetzen und daran festzuhalten. Kollege Frehe hat allerdings darauf hingewiesen, dass wir heute hier keine haushaltswirksamen Vorfestlegungen treffen werden, sondern dass wir das im Rahmen der Haushaltsberatungen an dem Ort, wo im Übrigen auch die eine oder andere Frage im Zusammenhang mit dem Justizhaushalt besprochen werden muss, noch einmal intensiv erörtern werden. In der Tat wollen wir deshalb heute hier die Überweisung dieses Anliegens in den Rechtsausschuss beschließen, verbunden mit den Prüfaufträgen, die auch dort dann Thema sein sollten, damit man das Ganze zusammenhalten kann.

Ich gehe davon aus, dass der Senator auch ohne einen förmlichen Beschluss heute in der Bürgerschaft uns im Rechtsausschuss seine Haltung zu den dort angesprochenen Punkten noch einmal darlegen wird und wir uns dann intensiv anschauen, ob das dann der richtige Weg ist, hier eine richtige Lösung zu finden.

Völlig klar ist: Wir brauchen eine Lösung. Wir müssen, in welcher Form auch immer, dafür Sorge tragen, dass dieser gesamte Komplex Stalking und die damit verbundenen Fragen Gewalt, Belästigung, Nachstellung in Bremen weiterhin konsequent verfolgt beziehungsweise bekämpft werden und dass wir an der Stelle auch weiterhin deutlich machen, dass es

*) Vom Redner nicht überprüft.

sich dabei ausdrücklich nicht um ein Kavaliersdelikt, hier passt der Begriff ganz gut, handelt, (C)

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

sondern dass es sich hier um eine ernstzunehmende Belästigung von Menschen handelt, die zu schweren psychischen Beeinträchtigungen und im schlimmsten Fall – Sie haben darauf hingewiesen – zu schweren Folgen bis hin zu Tötungsdelikten führen kann.

Ich kann Ihnen zusagen: Wir nehmen das Thema sehr ernst. Wir haben ein gemeinsames Interesse daran, eine Lösung zu finden. Das können wir aber noch nicht heute hier, sondern das müssen wir im Rechtsausschuss gemeinsam tun, und wir werden dann mit dem Gesamthaushalt diese Frage hier wieder in der Bürgerschaft haben, wenn über den Gesamthaushalt beraten und im Rahmen der zweiten Lesung beschlossen wird und dann auch deutlich werden wird, inwieweit wir in der Lage waren, dies im Haushalt deutlich abzubilden. Wie gesagt, die Bemühungen dazu kann ich hier heute für meine Fraktion zusichern.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Möllenstädt. (D)

Abg. **Möllenstädt** (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie ich bereits in unserer Sitzung im Dezember für die FDP-Fraktion ausgeführt habe, muss aus unserer Sicht das Ziel in erster Linie darin bestehen, dass die Fortführung des Projekts „Kriseninterventionsteam Stalking und häusliche Gewalt“ nicht gefährdet wird.

(Beifall bei der FDP und bei der Linken)

Es sollten aus unserer Sicht daher weitere Anstrengungen im Hinblick auf eine Absicherung des Angebots unternommen werden, weil dieses Projekt in der Tat zu den wenigen Modellprojekten mit nationaler und europäischer Reputation auf diesem Themengebiet zählt.

(Beifall bei der FDP)

Der von den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion vorgebrachte Vorschlag zur Absicherung des Stalking-KITs in einem Verbund der norddeutschen Länder unter Beteiligung des Bundes und gegebenenfalls auch der europäischen Ebene scheint uns ein geeigneter Ansatz zu sein, den Fortbestand dieses Angebots mit den Schwerpunkten Kriminalprävention und Opferschutz zu gewährleisten. Insbesondere halten wir es für sinnvoll, dass die finanziellen Mög-

(A) lichkeiten und die Kooperationsbereitschaft der norddeutschen Bundesländer, des Bundes und der europäischen Kommission zeitnah ausgelotet werden und ein entsprechender Bericht erstellt wird.

Ich glaube, wenn wir das tatsächlich im Rechtsausschuss beraten – ich halte das auch für sinnvoll –, dann wäre meine Bitte, dafür braucht man keinen förmlichen Beschluss, auch an das Ressort, dass man vielleicht schon einmal abklopft, welche Förderprogramme infrage kämen. Auf europäischer Ebene gibt es ja auch Rahmenprogramme, die nur zu bestimmten Terminen beantragt werden können. Das ist etwas, was man hier, glaube ich, auch sehr gut im Vorfeld leisten kann.

Herr Senator, Sie haben ja auch gute Kontakte nach Berlin. Vielleicht kann man auch beim Bundesministerium schon einmal anfragen, wie grundsätzlich die Haltung wäre, ob es überhaupt in Betracht käme, hier eine Unterstützung vorzunehmen eingedenk der Tatsache, dass wir ja doch fraktionsübergreifend der Meinung sind, dass es ein wichtiges Thema ist und uns dieses Angebot auch nach den Kenntnissen, die wir jetzt haben, sehr geeignet erscheint, damit umzugehen.

(B) Meine Bitte wäre also, es nicht nur bei einem inhaltlichen Bericht über die Arbeit des Stalking-KITs zu belassen, sondern auch schon einmal auszuloten, was als Strategie infrage käme, für uns gemeinsam dort in Zukunft zu verfahren, um dieses Angebot abzusichern zu können. Im Übrigen sehe ich hiermit dann einer sehr sachorientierten, doch zügigen Beratung im Rahmen der gesetzten Fristen im Rahmen der Haushaltsberatungen, auch im Rechtsausschuss, positiv entgegen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der FDP und bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Beilken.

Abg. **Beilken** (Die Linke)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir Linke setzen uns bekanntlich nicht nur für allgemeine Forderungen für Grundsätzliches hier in diesem Haus ein, auch für grundsätzliche Haushaltspolitik, sondern auch für allerlei ganz konkrete Forderungen, und nicht nur, wenn Sie sie selbst aufstellen, sondern auch, wenn sie aus dem Haus kommen, sind wir dafür bekannt, uns dafür stark zu machen. Dies ist so ein Beispiel.

Hier kann mit relativ wenig Finanzmitteln und mit einer geschickten Kooperation über die Landesgrenzen hinaus etwas erreicht werden, und diesen besonderen Einsatz sollten wir uns als Bundesland hier erlauben, zumal dies ja ein Bereich ist, wo man wirklich Politik mit diesen wenigen Mitteln gestalten kann. Man kann sogar fast von Umgestaltung reden, denn

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) es ist ja etwas, das hier weit in die Verhältnisse eingreift und übrigens auch eine symbolische Bedeutung hat, über die jeweils konkrete Situation hinaus eine segensreiche Wirkung. Wir haben darüber hier schon vor einiger Zeit gemeinsam gesprochen.

Jetzt geht es um die Umsetzung, und ich stimme natürlich zu: Eine Überweisung in einen Ausschuss ist sinnvoll und der richtige Weg, aber gestatten Sie auch uns ein klein bisschen Ungeduld, ein klein bisschen Druck, dass wir dem durch dieses Parlament hier einen Nachdruck verleihen wollen! Deswegen würde ich zusätzlich diesem Antrag zustimmen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort Herr Senator Nagel.

Senator Nagel: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu den Inhalten ist alles gesagt worden. Ich hatte letztes Mal ja von Herzblut gesprochen, das hier in der Bürgerschaft deutlich geworden ist. Ich höre heute aber auch eine gewisse Sorge heraus, der Bismarckverdacht oder die Bismarcksorge gegen den Senator. Bismarck hat ja in einem etwas sarkastischen, aber sehr treffenden Bild gesagt: „Freundlich bis zum Galgen und dann doch hängen.“ Das heißt also, dass wir nicht rechtzeitig die Evaluation haben und dann auch entscheiden können.

(D) In der Tat, wenn wir auf die Evaluation im Sinne des EU-Projekts warten, sind wir irgendwann im Jahr 2009. Deshalb habe ich mein Haus gebeten, wir brauchen im Hinblick auf die Haushaltsberatungen vorher eine Zwischenevaluation, die zumindest unsere gemeinsame Frage beantwortet, ist das Projekt sinnvoll, aber auch die Frage beantwortet, ob das Projekt schon Erkenntnisse für das Implementieren dieser Tätigkeit oder Teile der Tätigkeit in den laufenden Prozess der Arbeit der Staatsanwaltschaften bringt, ob da noch etwas übrigbleibt, was weiter gesondert finanziert werden muss.

Wir sollten dann sehr gut prüfen, ob die Erkenntnisse aus dem Projekt uns auch helfen, mit möglichst wenig Aufwand dieses Thema weiterzutreiben, und dass man Verbündete suchen sollte, wenn man feststellt, man hat da noch Bedarf, Sonderfinanzierung, Projektfinanzierung zu machen, diese dann auch zu suchen, aber ich sage Ihnen auch zu, dass ich genauso ein Interesse habe wie Sie, im Rahmen der Haushaltsberatungen die notwendige Klarheit zu bekommen. Ich sehe mich weiter durch Sie treibend unterstützt. – Danke!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

- (A) Die Beratung ist geschlossen.
Wir kommen zur Abstimmung.
Hier ist Überweisung zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss vorgesehen.
Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer 17/201 zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!
Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) überweist entsprechend.

(Einstimmig)

Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 16. November 2007
(Drucksache 17/136)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 11. Dezember 2007

(Drucksache 17/179)

- (B) Dazu als Vertreter des Senats Senator Nagel und dann später Frau Senatorin Rosenkötter.
Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bartels.

Abg. **Bartels** (CDU)*): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Fraktion hat die Große Anfrage eingebracht, weil sich mit dem Rechtsanspruch auf die Leistungsform des persönlichen Budgets etwas sehr Grundsätzliches und sehr Positives für Menschen mit Behinderung in ganz Deutschland geändert hat. Zunächst bedanke ich mich für die Beantwortung und freue mich, dass wir nun heute auch die Debatte über die Einführung im Bundesland Bremen führen können.

(Abg. **R ö w e k a m p** [CDU]: Die Senatorin fehlt!)

Meine Damen und Herren, der 1. Januar 2008 ist ein guter Tag für behinderte Menschen in Deutschland und in unseren beiden Städten gewesen, denn an diesem Tag startete der Rechtsanspruch zur neuen Leistungsform des persönlichen Budgets. Mit dem persönlichen Budget können Leistungsempfänger und Leistungsempfängerinnen auf Antrag freiwillig an-

*) Vom Redner nicht überprüft.

- stelle von Dienst- und Sachleistungen eine Geldleistung wählen. Hieraus bezahlen sie die Aufwendungen, die zur Deckung ihres persönlichen Hilfebedarfs erforderlich sind. Die Leistungsform des persönlichen Budgets wurde ja bereits im SGB IX zum 1. Juli 2001 eingeführt. Der Rechtsanspruch aber seit Anfang dieses Jahres ist nun geltendes Recht.

Wir wollen damit mehr Selbstbestimmung, Selbstständigkeit und Selbstbewusstsein für Menschen mit Handicap.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen die Lebensqualität von behinderten Bürgerinnen und Bürgern steigern. Das persönliche Budget ist ein wichtiger Schritt dazu. Es ermöglicht ein Leben nach eigenen Vorstellungen. Aus den Modellregionen zum persönlichen Budget wissen wir, dass diejenigen, die bereits ein solches Budget beantragt haben, ihre neue Lebenssituation als Verbesserung empfinden. Es sind häufig die jungen Menschen, die diese Anträge bereits gestellt haben.

Meine Damen und Herren, die Leistungsempfänger werden damit quasi zu Kunden, zu Käufern, aber auch zu Arbeitgebern. Das ist positiv. Bisher wurde in acht Modellregionen, unter anderem in den Kommunen in Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, aber auch in zwei Bezirken in Berlin das persönliche Budget erprobt. Insgesamt erhielten aber nur 494 Menschen in den Modellregionen, 847 bundesweit ein persönliches Budget. Das ist noch ein sehr niedriger Stand. Das Vorhaben „persönliches Budget“ läuft recht schleppend an, besonders schleppend in Bremen und Bremerhaven.

Meine Damen und Herren, behinderte Menschen werden dadurch selbstständiger, und wir sollten auch hier in Bremen und Bremerhaven dieses Budget unterstützen!

(Beifall bei der CDU)

Das persönliche Budget steht grundsätzlich für alle notwendigen Leistungen zur Verfügung. Es kann sich beispielsweise um Arznei-, Verbands-, Heil- und Hilfsmittel, Arbeitsassistenz oder auch Kraftfahrzeughilfe handeln. Hilfen zur Teilhabe am gemeinschaftlichen und kulturellen Leben, Frühförderung bei behinderten Kindern sowie Hilfen zum selbstbestimmten Wohnen in betreuten Wohnmöglichkeiten werden ebenfalls durch diesen neuen Rechtsanspruch abgedeckt. Außerdem können Pflegeleistungen der Pflegeversicherung und der Sozialhilfe sowie Krankenkassenleistungen mit dem persönlichen Budget bestritten werden. Jeder Mensch mit einer Behinderung kann ein persönliches Budget beantragen, unabhängig davon, wie schwer seine Behinderung ist. Die Mehrheit der bewilligten Budgets lag in der Regel zwischen 200 und 800 Euro im Monat.

(C)

(D)

(A) Ich will ganz deutlich sagen: Dieses persönliche Budget ist kein Instrument zur Einsparung und zum Leistungsabbau! Es hat vielmehr die Chance, auch über transparenten Wettbewerb Leistungen und ihre Qualität zu befördern. Dennoch – das muss man auch deutlich zur Kenntnis nehmen – ist bei geistig und körperlich behinderten Menschen das persönliche Budget mit viel Angst und Unsicherheit verbunden, dass bisherige Leistungen durch ein persönliches Budget gekürzt werden könnten, weil die Erstellungsverfahren eines solchen Budgets relativ unüberschaubar sind und bislang unklar beantwortet ist, wie vor Missbrauch geschützt werden kann, wenn der Antrag auf ein solches persönliches Budget zum Beispiel im Namen von Menschen mit Behinderungen gestellt wird, weil diese ihn nicht selbst stellen können, die Geldleistung dann aber nicht umgesetzt wird in eine echte Hilfe für diese behinderten Menschen.

In Bremen scheint Aufklärung besonders notzutun, da das Land weder an den Modellversuchen seit 2001 beteiligt war, noch wir den Eindruck haben, dass konkrete Vorbereitungen zur Einführung des Rechtsanspruchs zu erkennen waren. Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf der Antragsteller aber ist hoch. Die Bewilligung eines persönlichen Budgets oder auch die Feststellung eines solchen Budgets ist sehr komplex. Nach unseren Informationen gab es und gibt es bisher noch keinen Antrag auf ein persönliches Budget im Land Bremen. An mangelndem Bedarf wird es wohl nicht liegen, eher an mangelndem Bewusstsein und am Mangel der nötigen Kenntnis von diesem neuen Rechtsanspruch.

(B) Auch diese Debatte soll einen Beitrag dazu leisten, diese neue Leistungsmöglichkeit bekannter zu machen. Wir haben den Eindruck gewonnen, als ob sich die Leistungsträger auf gute Zusammenarbeit in dem Bereich geeinigt haben und sich entsprechend vorbereitet haben. Es ist jedoch unklar, wie gut die Behörde darauf vorbereitet ist. Die Einführung eines so komplexen Regelwerkes wie das des persönlichen Budgets, meine Damen und Herren, bedarf vor allem einer klaren örtlichen Strategie, ansonsten entstehen Umsetzungsprobleme.

Der Landesbehindertenbeauftragte, Herr Dr. Steinbrück, schätzt laut „Weser-Kurier“ vom 7. September vergangenen Jahres die Lage wenig euphorisch ein. Er sagt, ich darf zitieren mit Genehmigung der Präsidentin: „Die zur Beratung verpflichteten Kostenträger, also hier das Amt für Soziale Dienst, sind schlecht vorbereitet.“ Er hat recht! Das Problem ist, dass es an dem grundsätzlichen Wissen über diese Komplexität und der möglichen Formen des persönlichen Budgets mangelt. Budget-Assistenten, die bei Inanspruchnahme des Budgets während des gesamten Prozesses auch während des Bezugs den Menschen unterstützen und auch Qualität sichern sollen, gibt es in dieser Form nicht und sind nicht geschult.

In Bremen und Bremerhaven ist das nicht durchgeführt worden. Man muss befürchten, dass die An-

zahl von schwarz eingekauften Dienstleistungen zu nehmen könnte. Wie will man davor schützen? Es bedarf einer konkreten Qualitätssicherung bei diesem Branchenwettbewerb, um die Kunden, also die Leistungsempfänger des persönlichen Budgets, zu schützen. Auf alle diese Fragen von uns gibt die Antwort des Senats nicht zufriedenstellend Auskunft.

(C)

Zur Beantwortung der ersten Frage unserer Großen Anfrage darf ich ausführen, dass wir die Information haben, dass sich die angeblich existierende Arbeitsgruppe, an der Vertreter des Jugendhilfeträgers, des Sozialhilfeträgers und des Integrationsamtes teilnehmen, wenig bis gar nicht getroffen hat. Vielleicht kann Frau Senatorin Rosenkötter, wenn sie denn dann kommt, dazu noch etwas Näheres ausführen.

Meine Damen und Herren, zur Frage zwei: Uns ist auch nach Beantwortung dieser Frage noch immer unklar, ob es besonders geschulte Mitarbeiter in den Sozialzentren gibt, die bei der Antragstellung helfen. Das Geld für entsprechende Fortbildungen fehlt. Es reicht nicht, jetzt mit den Schulungen anzufangen, dies hätte schon vor dem 1. Januar 2008 geschehen müssen.

Uns beruhigt, dass die von der Deputation am 6. Dezember vergangenen Jahres verabschiedete Rahmenrichtlinie die Träger völlig überrumpelt hat. Dort ist man enttäuscht, dass es keine Ansprache vor der Veröffentlichung der Rahmenrichtlinie gegeben hat. Die Vermutung drängt sich auf, dass die Rahmenrichtlinie schnell, schnell ins Leben gerufen wurde, weil das Thema hier debattiert ist beziehungsweise der Rechtsanspruch nun seit Anfang des Jahres eingeführt ist. Die Sozialsenatorin vermittelt mir in ihren Antworten den Eindruck, als sei die Umsetzung des persönlichen Budgets ein Experiment, obwohl der rechtliche Anspruch längst in Kraft getreten ist.

(D)

Das wird auch deutlich in der Beantwortung, wie groß der potenzielle Personenkreis ist – danach haben wir gefragt –, der so ein Budget nutzen möchte. Eine Prüfung, Recherche, wie viele Menschen also Anspruch haben, ist Aufgabe der Länder. Dies ist nicht erfolgt, obwohl andere Länder dies auch getan haben. Nur so kann man einschätzen, was auf die Kommune und das Land zukommt, wie viele Berater denn tatsächlich dort notwendig sind.

Wir fordern die Senatorin auf, dass sie einen Impuls gibt, damit es auch zu Anträgen für ein persönliches Budget kommt. In anderen Ländern und Städten geht solch ein Impuls von den Sozialämtern aus. Orientieren Sie sich nicht allein an der Informationsarbeit der Bundesregierung! Die Antragsteller können derzeit zum Verfahren beraten werden, ist die Antwort des Senats, aber – und das ist zu wenig im Fokus – der Antragsteller hat zusätzlich das Recht darauf, eine unabhängige Budgetassistenz zu erhalten, die zum Beispiel von Verbänden angeboten werden kann und damit unabhängig vom Träger ist.

(A) Wir fragen uns ferner, welche Kontrollmechanismen hierfür geplant sind. Das Land Niedersachsen hat übrigens seit Anfang 2007 solche gut geschulten Berater. Solche sind auch in Bremen und Bremerhaven dringend notwendig. Wir fordern also die Senatorin für Soziales, die immer noch nicht da ist, auf den nötigen Impuls zu setzen.

Meine Damen und Herren, für viele Menschen mit Behinderung muss selbstbestimmtes Leben vielerorts erst ermöglicht werden. Das persönliche Budget ist eine Chance und ein erster Schritt dazu. Wir hoffen, dass das auch in Bremerhaven und in Bremen möglich ist. Wir wollen, dass das persönliche Budget ein Erfolg wird. Es ist ein Teil des Paradigmenwechsels. Wir wollen weg vom reinen Fürsorgegedanken hin zu mehr Selbstbestimmung und Teilhabe behinderter Menschen. Die CDU-Bürgerschaftsfraktion wird sich auch weiter in dieser Frage der Umsetzung engagieren. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Ein Antrag zur Geschäftsordnung! – Bitte, Herr Röwekamp!

(B) Abg. **Röwekamp** (CDU): Frau Präsidentin, ich schlage vor, dass wir die Debatte aussetzen, bis die zuständige Senatorin eintrifft, und bis dahin die Tagesordnungspunkte ohne Debatte aufrufen. Ich glaube, es macht Sinn, die Debatte in Gegenwart der Senatorin zu führen. Ich beantrage also formal die Unterbrechung der Debatte.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Gibt es hierzu eine Gegenrede? – Bitte, Herr Abgeordneter Dr. Kuhn!

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich bin dagegen, weil der Senat vertreten ist. Mehr sagt unsere Geschäftsordnung nicht. Es ist Sache des Senats, das zu vertreten, aber für uns ist der Senat vertreten.

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Dann lasse ich jetzt über den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Wer dem Geschäftsordnungsantrag seine Zustimmung geben möchte – –.

(Zurufe)

Frau Senatorin Rosenkötter ist nun anwesend.

Ich möchte mir aber hierzu noch eine Bemerkung erlauben. Ich glaube, dass, wenn man in der Interfraktionellen Besprechung wirkliche Fünf-Minuten-Debatten von vornherein als Fünf-Minuten-Debatten auch deklariert und nicht als Debatten mit einer Redezeit nach der Geschäftsordnung, solche zeitlichen Brüche nicht auftreten werden. Dies wäre einfach einmal der Appell, und dann könnten wir den

Ablauf auch für alle Seiten besser gestalten. – Danke schön!

(C)

(Beifall)

Das Wort hat der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Bartels, Sie haben sehr hervorgehoben, dass es der CDU-Fraktion darum geht, die Selbstbestimmung Behinderter zu fördern und insbesondere auch das persönliche Budget jetzt anzuschieben, und bemängeln, dass es nicht angeschoben worden ist, obwohl es seit 2001 im Sozialgesetzbuch IX steht.

Ich erinnere daran, dass Sie an der Regierung beteiligt waren und dass Sie mit daran beteiligt waren, dass dies in der Tat in Bremen etwas verschlafen wurde. Mit der Schaffung des Sozialgesetzbuches IX 2001 ist diese Möglichkeit geschaffen worden. Das persönliche Budget bedeutet, dass ein Anspruch behinderter Menschen auf Rehabilitationsleistung – nicht jeglicher Leistung, das muss man auch noch einmal sagen, das sind Leistungen des Sozialgesetzbuches IX – besteht, selbst zu entscheiden, wo und wie die Leistung erbracht wird, also statt der Sachleistung wird ihnen, das haben Sie gesagt, ein Geldbetrag gezahlt.

Ich möchte es noch einmal für andere deutlich machen. Wir haben in der Regel bei den Sachleistungen ein Dreiecksverhältnis: Wir haben ein Vertragsverhältnis zwischen dem Träger, der die Leistung erbringt, und dem Leistungsträger, also dem Finanzierungsträger, zum Beispiel der Sozialhilfebehörde, und wir haben einen öffentlich-rechtlichen Anspruch des Einzelnen an den Sozialhilfeträger zum Beispiel, und wir haben noch ein weiteres Vertragsverhältnis des Einzelnen zu seinem Leistungserbringer. Das verkürzen wir jetzt hier auf ein Vertragsverhältnis zwischen dem Leistungserbringer und demjenigen, der diesen Anspruch hat, natürlich auf der Grundlage des öffentlich-rechtlichen Anspruchs, den der Einzelne gegen das Sozialamt hat.

(D)

Das heißt, der Betroffene selbst wird aktiv und schließt einen Vertrag mit seinem Leistungserbringer, und über ihn wird nicht ein Vertrag zulasten oder zugunsten Dritter geschlossen. Manchmal ist es eben ein Vertrag zulasten Dritter. Damit wird nicht nur eine andere Technik der Leistungsgewährung gewählt, die bevormundende Fürsorge wird durch eine selbstbestimmte Wahlentscheidung behinderter Menschen und ihre Möglichkeit, auch die Leistungsgewährung gestalten zu können, ersetzt. Nur wenige haben, wie die Mitteilung des Senats darstellt, bisher davon Gebrauch gemacht.

Woran liegt das? Um das persönliche Budget insbesondere als trägerübergreifendes Budget in Anspruch zu nehmen, muss man mit den Rehabilitationsträgern über eine Zielvereinbarung verhandeln –

(A) das ist bei Ihnen etwas zu kurz gekommen –, die Leistungsanbieter finden und mit ihnen Bedingungen ihrer Leistungserbringung aushandeln. Ein solcher Prozess erfordert auch von dem beziehungsweise der Leistungsberechtigten eine Menge Engagement, Kenntnisse und Verhandlungsgeschick.

Die Rehabilitationsträger, insbesondere die Sozialämter, haben die Betroffenen hierbei bisher nicht in dem Umfang unterstützt und sogar teilweise mangels Kenntnissen oder weil es zusätzliche Arbeit macht, diesen Anspruch unterlaufen. Das war in der Vergangenheit so, und das wird sich künftig ändern. Die wenigen Modellprojekte waren zudem sehr bescheiden konzipiert. Ich weiß nicht, ob Sie die Modellberichte gelesen haben. Die Modelle waren im Wesentlichen nicht auf ein trägerübergreifendes Budget ausgerichtet, sondern nur auf kleine Bereiche des Leistungsspektrums.

Die meisten Träger beschäftigen sich daher erst jetzt mit dem persönlichen Budget, da es nun zum Rechtsanspruch geworden ist und jeder das durchsetzen kann, obwohl man auch bei Ermessensentscheidungen natürlich erwarten kann, dass die Behörde in dem Rahmen in die Ermessensprüfung eintritt und überlegt, ob sie nicht ein solches persönliches Budget dem Betroffenen gegenüber leisten kann.

(B) Für ein persönliches Budget braucht man unabhängige Beratung. Sie haben das so auf die Budgetassistenten konzentriert, das ist ja nur eine bestimmte Form für Menschen, die ihre Rechte nicht selbst in Anspruch nehmen können, insbesondere Menschen mit geistigen Beeinträchtigungen. Aber es braucht eine unabhängige Beratung. Sie haben von 847 Budgets in Deutschland gesprochen. Das ist nicht ganz richtig, das sind die Budgets in den Modellregionen. Es gibt aber eine ganze Reihe von Budgets, insbesondere in Rheinland-Pfalz. Man geht davon aus, dass es allein in Rheinland-Pfalz ungefähr 2000 Budgetnehmer gibt. Diese Budgetnehmer sind deshalb dort so stark vertreten, weil Rheinland-Pfalz die unabhängige Beratung insbesondere mit den Behindertenverbänden frühzeitig aufgebaut und das sehr stark unterstützt hat.

An der Antwort habe ich in der Tat etwas zu kritisieren, Sie haben das aber so nachgefragt und damit auch dem Senat die Antworten in den Mund gelegt, dass die gemeinsamen Service- und Beratungsstellen hier eine wichtige Rolle spielen sollen. Das persönliche Budget werden sie kaum zum Erfolg führen, weil im Grunde genommen die Renten- und Krankenversicherungsträger, die hier die gemeinsamen Beratungsstellen in Bremen unterhalten, häufig gerade in diesen Bereichen nicht besonders qualifiziert sind.

Im Wesentlichen sind insbesondere die Sozialhilfebehörden angesprochen. Sie haben als gemeinsame Beratungsstelle auch keine Entscheidungsbefugnisse, sondern müssen das Budget vermitteln. Sie kön-

nen auch nicht als sogenannte Beauftragte tätig werden, weil die Beauftragten ja die Leistungen koordinieren und dann Entscheidungen treffen müssen. Insofern würde ich mir überlegen, wenn ich ein solcher Budgetnehmer wäre, überhaupt zu einer solchen gemeinsamen Beratungsstelle zu gehen. Ich halte diese für wenig geeignet, hier weiterzuhelfen, sondern ich würde insbesondere zu den Leistungsträgern gehen, die den großen Teil der Leistungen erbringen. Das sind im Wesentlichen die Sozialhilfeträger.

Ermutigend ist allerdings, dass der Sozialhilfeträger, also Bremen, sich jetzt darauf einrichtet und sechs Leute in sechs verschiedenen Bereichen geschult hat, also insofern weiß ich nicht, warum Sie zu der Aussage kommen, hier in Bremen habe man sich nicht vorbereitet. Hier in Bremen wird diese Schulung erfolgen oder ist schon erfolgt, sodass das Amt für Soziale Dienste, das in Bremen auch diese Beratung vornimmt, soweit es jetzt die Seite des Finanzierungsträgers angeht, auch vorbereitet ist.

Bei Rahmenrichtlinie haben Sie von Beschwerden der Verbände gesprochen! Ich weiß nicht, auf welche Verbände Sie sich beziehen. Die Behindertenverbände sind mit dem Behindertenbeauftragten einbezogen worden, und dieses persönliche Budget richtet sich ja primär an die Behinderten. Die anderen sind nur auf der Leistungserbringerseite gefragt, nämlich bei der Frage, ob sie ihre Angebote entsprechend auf das persönliche Budget zuschneiden. Darauf komme ich gleich noch einmal zurück.

(D) Wichtig ist, dass wir jetzt damit anfangen, und nun kommt es darauf an, die Theorie in die Praxis umzusetzen. Zahlreiche Personen, die ihre Hilfen nicht immer unter der Beachtung sozialversicherungsrechtlicher Vorschriften zum Beispiel im Rahmen der Nachbarschaftshilfe organisieren, könnten jetzt Budgetnehmer werden. Sie könnten das einerseits in der Form des Arbeitgebers in legale Arbeitsverhältnisse überführen, aber auch eine sichere Unterstützung, wie das über Nachbarschaftshilfe möglich ist, erreichen, indem sie selbst dann vertraglich die Leistungserbringer verpflichten.

Dazu muss die unabhängige Beratung der Betroffenen ausgebaut werden, das haben wir bereits in der Koalitionsvereinbarung angedeutet. Ich bin der Auffassung, dass in Bremen und Bremerhaven ein entsprechendes Beratungsangebot von unabhängigen Trägern vorgehalten werden muss, wenn möglich, von Behindertenverbänden.

Auch sollte die Sozialsenatorin mit den Leistungserbringern Gespräche aufnehmen, das wäre meine herzliche Bitte an Sie, Frau Senatorin, über die Modularisierung – ein furchtbares Wort – ihrer Leistungsangebote. Das heißt, dass sie ihre Komplexleistungen, also die Gesamtleistungen, zum Beispiel die Heimunterbringung, in einzelne Teilbereiche aufgliedern. Behinderte Menschen müssen die Möglichkeit erhalten, zum Beispiel in Einrichtungen zwar die Un-

(C)

(D)

(A) terkunft und Nachtpflege in Anspruch zu nehmen, ihren Pflegedienst am Tag aber selbst in die Hand zu nehmen.

Mitarbeiter der Werkstatt Bremen könnten zum Beispiel ihre Leistungen in einem Budget für Arbeit mitnehmen, um sich die Unterstützung für die Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt einkaufen zu können. Besucher einer Tagesstätte müssen die Möglichkeit erhalten, die Fahrt zur Tagesstätte statt des Fahrdienstes selbst zu organisieren und die Freizeitaktivitäten mit eigenen Helfern wahrzunehmen. Das sind Beispiele, die meines Erachtens ein Mehr an Qualität und Selbstbestimmung ermöglichen werden. Dazu müssen diese Gesamtleistungen, die Rund-um-die-Uhr-Versorgung, in Teilleistungen aufgesplittet werden, und dazu muss man dann mit Leistungserbringern reden.

Mit einem solchen Unterstützungskonzept muss die senatorische Behörde nicht nur abwarten, dass die Leistungserbringer kommen, sondern man kann hier aktiv die Nachfrage nach dem persönlichen Budget fördern. Sie kann damit aktiv diese innovative Leistungsform zur Unterstützung der Selbstbestimmung behinderter Menschen fördern und Wirklichkeit werden lassen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

(B) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Bevor ich jetzt dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Ihnen mitteilen, dass inzwischen interfraktionell vereinbart wurde, nach der Debatte zum Datenschutz den Tagesordnungspunkt 5 auszusetzen. Das heißt, der Tagesordnungspunkt, in dem es um die Verwendung von zugesicherten Bundesmitteln für den Ausbau der Kleinkinderbetreuung im Land Bremen, Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. November 2007, Drucksache 17/123, zusammen mit der Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2008, Drucksache 17/207, geht, wird heute nicht mehr debattiert.

Stattdessen soll nach der Datenschutzdebatte die Beratung mit Tagesordnungspunkt 6 fortgesetzt werden. Da geht es um die Verlegung des Sozialmedizinischen Dienstes vom Gesundheitsamt in das Sozialamt Bremerhaven, Große Anfrage der Fraktion der CDU vom 13. November 2007, Drucksache 17/124, zusammen mit der Mitteilung des Senats vom 18. Dezember 2007, Drucksache 17/191. Soweit zu den interfraktionellen Vereinbarungen!

Wir setzen die Debatte fort.

Das Wort erhält der Abgeordnete Möllenstädt.

Abg. **Möllenstädt** (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bereits mehrfach angesprochen worden: Seit dem 1. Januar 2008 haben Menschen mit Behinderungen nunmehr einen

uneingeschränkten Rechtsanspruch auf die Leistungserbringung als persönliches Budget, also die Gewährung von Hilfen verschiedener Leistungsträger als Geldleistungen aus einer Hand.

Frau Senatorin, eigentlich müssten Sie der CDU für diese Anfrage dankbar sein, die sie noch rechtzeitig vor Jahresschluss darauf hingewiesen hat, dass in diesem Bereich noch einige Arbeiten ausstehen. Wir als FDP wären nicht so gnädig mit Ihnen gewesen, wir hätten diese Anfrage im Januar eingebracht.

(Beifall bei der FDP)

Ich habe den Eindruck gehabt, dass danach doch die Hektik im Ressort sehr groß war, um noch rasch alle Vorbereitungen zu treffen und rechtzeitig in die Gremien einzusteuern, aber Sie können ja nachher erklären, dass das nicht so gewesen ist, ich will es Ihnen gern glauben.

(Abg. **G ü n t h n e r** [SPD]: Sie sind auch ein ganz Schlauser, nicht?)

Ich schildere Ihnen ja nur meinen persönlichen Eindruck!

Seit mehreren Jahren können Behinderte und Pflegebedürftige das trägerübergreifende persönliche Budget bereits im Rahmen von Modellprojekten beanspruchen, insofern ist es in der Tat kein Experiment. Man muss auch noch einmal deutlich sagen: Die Reform verfolgt das Ziel, möglichst vielen Menschen mit Behinderungen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und dem Grundsatz ambulanter vor stationärer Betreuung zu genügen. Das ist das Ziel, es ist also von vornherein darauf angelegt, dass möglichst viele dies auch wirklich in Anspruch nehmen sollen und nicht eine Randerscheinung dort zu schaffen, die am Ende von niemandem wahrgenommen wird.

Meine Damen und Herren, wir Liberale treten für die größtmögliche Freiheit des einzelnen Menschen in jeder gegebenen Lebenssituation ein. Deshalb ist die Erhaltung und Entfaltung der Individualität persönlichen Daseins und der Pluralität menschlichen Zusammenlebens auch eines der Kernziele liberaler Politik. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich diesen Ansatz des persönlichen Budgets.

(Beifall bei der FDP)

Für uns ist, und so habe ich auch den Kollegen Bartels verstanden, das persönliche Budget eben kein fiskalisches Instrument, um im Bereich der Eingliederungshilfe möglichst geringe Mittel aufwenden zu müssen. Für uns steht immer im Vordergrund, dass Menschen so selbstbestimmt wie möglich leben können.

(C)

(D)

(A) Wir Liberale haben allerdings den Eindruck, dass der Senat das persönliche Budget im Grunde eigentlich gar nicht will. Es überwiegen nach unserem Eindruck Bedenken, weil sich durch die Budgets einerseits die Mittelverteilung auf die einzelnen Träger noch stärker der zentralen Kontrolle entzieht und zum anderen gerade kleinere Anbieter von Hilfeleistungen davon profitieren könnten.

Der Vorwurf, dass Budgets nicht bedarfsdeckend seien, und das, denke ich, ist auch ein Teil der Wahrheit, Herr Kollege Frehe, warum das noch nicht so angenommen wird, ist ein Vorwurf, der auch in anderen Bundesländern schon erhoben worden ist. Ich denke, dem muss man hier auch entschieden entgegenreten, denn das sind natürlich auch Ängste, die gerade Menschen mit Behinderungen haben, dass sie sich dann vielleicht schlechter stellen, wenn sie das persönliche Budget annehmen sollten. Insofern sind gerade da auch Information und Aufklärungsarbeit unbedingt geboten.

(Beifall bei der FDP)

Aus unserer Sicht stärkt die Antwort des Senats allerdings auch hier nicht unbedingt das Vertrauen der Leistungsempfänger in das persönliche Budget. So heißt es in der Antwort des Senats zu Frage 11 etwa: Ein Auftrag zur Sicherstellung der bisherigen Kostenhöhe ist auf Basis der gesetzlichen Grundlagen nicht herleitbar. Frau Senatorin, das mag zwar so sein, aber bei den Leistungsempfängern, die das lesen, wird doch auf diese Weise die Sorge gerade noch genährt, dass ihnen künftig weniger Mittel und Leistungen zur Verfügung stehen werden, wenn sie sich für das persönliche Budget entscheiden. Das kann, jedenfalls aus meiner Sicht, nicht in unserem Interesse sein.

(B)

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir die Schlagworte „ambulant vor stationär“ oder „individueller Hilfebedarf“ oder die Forderung nach einer möglichst großen Selbstbestimmtheit bei Menschen mit Behinderungen nicht nur in Sonntagsreden im Mund führen, sondern wirklich ernst nehmen, muss in diesem Bereich mehr geschehen, muss mehr Informationsarbeit geleistet werden. Schon zu Beginn der vergangenen drei Testjahre wurden zahlreiche Konstruktionsfehler des persönlichen Budgets aufgedeckt, und das darf ich hier an dieser Stelle auch einmal sagen, die leider bisher nicht zu den nötigen Korrekturen seitens des Bundesgesetzgebers geführt haben.

Infolge fehlender Beratungs- und Unterstützungsangebote und komplizierter Verfahren zur Hilfebedarfsermittlung, Kollege Frehe ist darauf ja schon ansatzweise eingegangen, ist die Zahl der Budgetnehmer in Bremen, aber auch in anderen Bundesländern weit hinter den Erwartungen zurückgeblie-

ben. Bremen ist hier eben leider kein Vorreiterbundesland, und das finde ich schade. Wir könnten das sein, denn wir haben eigentlich sehr ausgeprägte Hilfestrukturen für Menschen mit Behinderungen. Ich hätte mir eigentlich gewünscht, dass man diese Chance des persönlichen Budgets stärker wahrgenommen und im Vorfeld auch stärker beworben hätte.

(C)

(Beifall bei der FDP)

Die FDP fordert den Senat daher auf, die Vorteile und Chancen des persönlichen Budgets noch stärker zu bewerben und auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die Konstruktionsfehler bei der gesetzlichen Ausgestaltung des persönlichen Budgets umgehend korrigiert werden! Aber auch die Unternehmen der Sozialwirtschaft sind jetzt aufgefordert, mit mehr Angeboten und einer, Herr Kollege Frehe hat es mit dem Begriff Modularisierung umschrieben, entsprechenden Angebotspalette auf das persönliche Budget zu reagieren und dies noch stärker zum Erfolgsmodell werden zu lassen, als es das bisher geworden ist. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (Die Linke)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, wenn ich mir die ja immerhin Große Anfrage der CDU ansehe, das ist etwas überproportioniert, ich denke, eine Kleine Anfrage hätte es auch getan.

(D)

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Darüber brauchen Sie ja nicht zu befinden!)

Das kann ich aber trotzdem werten! Eine Kleine Anfrage hätte ausgereicht.

(Zurufe von der CDU – Abg. Frau T r o e - d e l [Die Linke]: Lass dich nicht aus dem Konzept bringen!)

Kein Problem!

Was ich etwas sonderbar finde, ist im Grunde genommen, es hat in der Sozialdeputation eine Diskussion über diese Hilfen gegeben, wir haben damals über mögliche Formen der Veröffentlichung und Werbung dafür geredet. Wir haben damals auch festgestellt, dass es Probleme bei der Qualität und der Umstrukturierung der heutigen Trägerlandschaft geben könnte. Daraus resultierten die verabschiedeten Rahmenrichtlinien, was ich völlig in Ordnung finde.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) Was ich an dieser Anfrage beziehungsweise an der Antwort in der Tat ein bisschen dünn finde, dazu möchte ich die Frage 5 zitieren, da fragt die CDU: „Wie beurteilt der Senat die Tatsache, dass die Nachfrage nach der Leistungsform des persönlichen Budgets im Lande Bremen bisher gering ist?“ Dann ist die Antwort: „Ziel des persönlichen Budgets ist es, behinderten Menschen ein größtmögliches Maß an Selbstbestimmung zu gewährleisten. Selbstbestimmung heißt auch, über die Inanspruchnahme des persönlichen Budgets als alternative Leistungsform gegenüber einer Sachleistung selbst zu entscheiden. Die Nachfrage obliegt den behinderten Menschen.“ Das ist so eine Formulierung: Na ja, sie können selbst entscheiden, wenn sie dann nicht entscheiden, dann entscheiden sie nicht, das ist uns egal. Ich finde, diese Antwort ist einfach ein bisschen dünn.

(B) Ich glaube, berechtigt ist ja, dass man auch in den Modellversuchen feststellt, dass diese an sich erst einmal gute Möglichkeit wenig angenommen wird. Dann muss man ja fragen, warum sie nicht angenommen wird. Da hat Herr Frehe schon einige Antworten gegeben. Ich denke, eine weitere Möglichkeit, um die man sich sicherlich auch aus dem Ressort heraus kümmern müsste, ist natürlich, dass die Träger, die es bis heute gibt, die die Leistungen bis heute angeben, einen solchen Umbau auf Module vornehmen, wie Herr Frehe vorgeschlagen hat. Ich finde, das ist eigentlich eine gute Sache, aber dann darf man ja nicht vergessen, dass das große beschäftigungspolitische Folgen zum Beispiel für die Träger hat. Das bedeutet eine vollkommene Umstrukturierung. Dass da von der Seite, sage ich einmal, die ganze Sache nicht unbedingt gefördert wird, kann man, glaube ich, nachvollziehen.

Da, denke ich, müsste man sich schon noch einmal ein bisschen einmischen, auch bei der Qualität. Die Rahmenrichtlinie, die in der Sozialdeputation verabschiedet wurde, ist ein richtiger Ansatz, aber natürlich, auch dabei muss man schauen: Ist denn tatsächlich in allen Fällen die Qualität gewährleistet, und wie kann man da Sicherheitsbarrieren einbauen, dass es da zu keinen komischen dunklen Wegen beziehungsweise zu schlechter Qualität für die Behinderten kommt? Von daher würde ich einfach vorschlagen: Die CDU hat nachgefragt, ich finde, einige der Antworten sind zu dünn ausgefallen, aber ich kann mir durchaus vorstellen, die nächste Sitzung der Sozialdeputation kommt bestimmt, und da sollte man dieses Thema weiter bearbeiten.

(Beifall bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Meine Damen und Herren, bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich auf der Besuchertribüne Herrn Reinhard Führer, den Präsidenten des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge und ehemaligen Parlamentspräsidenten des Abgeordnetenhauses Berlin,

begrüßen. – Herzlich willkommen im Haus der Bürgerschaft!

(C)

(Beifall)

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Garling.

Abg. Frau **Garling** (SPD)*): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Möllenstädt – ich sehe ihn jetzt gerade nicht! –, ich glaube, Sie überschätzen sich ein wenig! Wenn es Ihnen bei solchen Anfragen nur darum geht, gnädig oder ungnädig auf Anfragen, die hier gestellt werden, zu sein, dann haben Sie, glaube ich, Ihren Auftrag hier in diesem Haus ein bisschen falsch verstanden.

(Beifall bei der SPD und bei der Linken)

Im Übrigen sind Sie überhaupt nicht auf die Idee gekommen, diese Anfrage zu stellen, sondern die CDU hat dies gemacht.

Ich glaube auch, dass wir die Antwort des Senats nicht gleich interpretiert haben. Das Budget und die damit verbundenen Anforderungen werden sich meiner Auffassung nach mit der Inanspruchnahme entwickeln. So habe ich diese Antwort gelesen. Stellen Sie sich einmal vor, jemand würde Ihnen vorschreiben, bei welchem Anbieter Sie bestimmte Dienstleistungen einkaufen müssen! Sie hätten keine Wahlfreiheit und wären gezwungen, benötigte Dienstleistungen entgegenzunehmen, ohne sie eigenverantwortlich ausgesucht zu haben. Das ist doch eine Vorstellung, die für uns schwierig ist. Wir sind es gewohnt, eigene Modelle für notwendige Maßnahmen zu entwickeln, Dienstleister nach eigenen Kriterien auszusuchen und auch zu wechseln, wenn uns das Angebot nicht gefällt.

(D)

Die Antwort des Senats zeigt aus unserer Sicht deutlich, dass er gut auf die Entwicklung vorbereitet ist. Mit dem persönlichen Budget soll die behinderte Frau und der behinderte Mann eine Rolle als Kunde wahrnehmen, der sich auf dem Dienstleistungsmarkt die Hilfen, die er braucht, einkaufen kann. Das Budget ist eine Geldleistung, die so hoch sein muss, dass der jeweilige Hilfebedarf des behinderten Menschen gedeckt werden kann. Er kann sich mit einem bestimmten Hilfebedarf an einen Leistungsträger wenden, der den Bedarf überprüft, um ihm dann ein bestimmtes persönliches Budget zu bewilligen. Dies wird monatlich ausgezahlt. Zusätzlich können Sozialleistungen beansprucht werden, zum Beispiel Grundsicherung oder Pflegegeld.

Der behinderte Mensch kann wählen zwischen klassischen Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe, allgemeinen Dienstleistern und Privatpersonen, die ihre Arbeitskraft gegen Bezahlung an-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

- (A) bieten. Dabei könnte er zum Beispiel die sozialpädagogische Begleitung bei einem ambulanten Dienst, die Haushaltshilfe bei der Nachbarschaftshilfe und die Begleitung zum Kino oder anderen Freizeitbeschäftigungen bei einer Privatperson vereinbaren. Der behinderte Mensch sagt, wann und in welcher Form er diese Hilfe haben möchte.

Der Anspruch auf ein persönliches Budget fördert die Selbstbestimmung und stellt an den behinderten Menschen hohe Anforderungen an Selbstständigkeit und Eigenverantwortung. Es müssen Entscheidungen selbst getroffen, Angebote gesucht und darauf geachtet werden, dass das Budget reicht. Viele behinderte Menschen sind damit überfordert und brauchen jemanden, der sie berät und unterstützt. Diese Hilfe muss dann auch über ein entsprechendes Beratungs- und Assistenzmodell sichergestellt werden, und ich bin davon überzeugt, genau dahin wird sich das dann auch entwickeln.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

- (B) Auch gibt es große Sorgen darüber, dass ein persönliches Budget missbraucht werden könnte, dass jemand dem behinderten Menschen das Geld wegnehmen könnte oder nur die billigsten Hilfen einkauft. Dabei sieht der Gesetzgeber vor, bei Vertragsabschluss eine Zielvereinbarung abzuschließen, die sich an dem benötigten Hilfebedarf orientiert. In Bremen soll diese Vereinbarung erstmalig nach sechs Monaten überprüft werden. Normalerweise muss man das eigentlich erst nach zwei Jahren, aber hier, wie gesagt, nach sechs Monaten.

Obwohl es bundesweit seit 2002 Modellversuche zum Thema gibt, haben sich nicht viele behinderte Menschen daran beteiligt. Es gibt Befürchtungen, dass die Betroffenen zu einer Eigenverantwortung gezwungen werden, die viele gar nicht tragen können, und es gibt die Vermutung, dass der Staat nur Gelder einsparen und mit dem persönlichen Budget dem behinderten Menschen das Problem allein überlassen will. Diese Sorgen sind ernst zu nehmen, aber man muss betonen, dass niemand zur Inanspruchnahme eines persönlichen Budgets gezwungen werden kann, es ist ein Angebot zu mehr Selbstbestimmung und kein Zwang.

Das persönliche Budget stellt lediglich eine zusätzliche Wahlmöglichkeit für behinderte Menschen dar. Das Budget kann nur gewährt werden, wenn es selbst beantragt wird, es kann auch jederzeit gekündigt werden, und die Hilfen können dann wieder in Form von Sachleistungen in Anspruch genommen werden. Es gibt in jedem Fall den Anspruch auf die individuelle Hilfeleistung, egal, welches Modell gewählt wird.

Die Einführung des Rechtsanspruchs auf ein persönliches Budget für Menschen mit Behinderung ab

Januar 2008 und die Ausgestaltung ist sowohl für die Leistungsträger als auch für die Betroffenen Neuland. Bei den Leistungsträgern können sich Konkurrenzen entwickeln, und Gesamtpakete, die bisher angeboten wurden, müssen in einzelne Module, die nachgefragt sind, entwickelt werden. Wir als SPD-Fraktion sind jedoch davon überzeugt, dass für behinderte Menschen durch die Inanspruchnahme des persönlichen Budgets ein größtmögliches Maß an Selbstbestimmung gewährleistet werden kann. Als eine neue Möglichkeit wird es darauf ankommen, die Einführung gut zu begleiten und unsichere Menschen zu unterstützen. Der Landesbehindertenbeauftragte, Herr Dr. Steinbrück, wird diesen Prozess eng begleiten. Das persönliche Budget für behinderte Menschen kann sich als eine zusätzliche Leistung langsam etablieren.

Meine Damen und Herren von der CDU, mit dieser Großen Anfrage wollen Sie zeigen, dass Ihnen dieses Thema am Herzen liegt. Ich würde Ihnen jedoch ans Herz legen, mit Ihren Sitzen im Betriebsausschuss der Werkstatt Bremen in dieser Legislaturperiode auch einmal teilzunehmen, denn dort sind viele behinderte Menschen beschäftigt, die sich für dieses Thema interessieren. Solide sozialpolitische Arbeit darf nicht nur auf öffentliche Effekte ausgerichtet sein, sondern muss sich, um glaubwürdig zu sein, auch in der täglichen Mitarbeit beweisen. Wir von der SPD-Fraktion können Ihnen versichern, dass es Sinn macht, die Interessen der betroffenen Menschen dort zu vertreten, wo sie sich befinden. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Frehe.

Abg. **Frehe** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte die Debatte nicht unnötig verlängern, aber ich möchte doch zu zwei, drei Aspekten, die eben von meinen Vorrednern angesprochen worden sind, noch einmal Stellung nehmen!

Zu Herrn Möllenstädt! Sie haben gesagt, das persönliche Budget ist auch deshalb häufig nicht in Anspruch genommen worden, weil die Angst bestand, dass hiermit eine Kürzung der Leistungen und eine fehlende Bedarfsgerechtigkeit verbunden ist. Es ist richtig, dass solche Ängste bestehen, aber wenn man es nach dem Gesetz richtig macht, dann kann das nicht passieren, denn im Gesetz steht ganz klar, dass die Bedarfsdeckung erfolgen soll, dass es einen Anspruch auf Bedarfsdeckung gibt. Es ist auch noch einmal in der Budgetverordnung in Paragraph 4 ausgeführt, dass in der Zielvereinbarung festgelegt werden soll, dass die Bedarfsdeckung auch sichergestellt ist. Das Gleich-

(C)

(D)

(A) che gilt für die Frage der Qualitätssicherung, Herr Erlanson, auch das ist in Paragraph 4 enthalten.

Man sieht also, der Zielvereinbarung kommt eine ungeheure Bedeutung zu. Das heißt, die Frage, wie diese Zielvereinbarung formuliert wird, bestimmt im Wesentlichen darüber, ob jemand gute Leistungen bekommt, ob die Qualität gesichert ist, ob es bedarfsdeckend ist und ob er oder sie tatsächlich seine beziehungsweise ihre Selbstbestimmung damit realisieren kann. Weil der Leistungsträger natürlich auf der anderen Seite steht, kommt es bei den Verhandlungen über die Zielvereinbarung darauf an, Betroffene zu unterstützen. Deswegen habe ich so stark in den Vordergrund gestellt, dass eine unabhängige Beratung nötig ist, um die Betroffenen bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche auch zu unterstützen. Das ist in Rheinland-Pfalz mit großem Erfolg so passiert, und ich wünsche mir, dass wir das hier in Bremen auch bei beschränkter Haushaltslage so hinbekommen.

(B) Das Nächste ist die Frage, warum es immer gehapert hat am persönlichen Budget: Wenn es trägerübergreifend war, muss ja einer der Träger Beauftragter werden und dafür sorgen, dass das Geld von den anderen Trägern auch kommt, und diese Aufgabe wollte kaum ein Träger übernehmen. Ich mache schon ziemlich lange Beratungen zum persönlichen Budget für behinderte Menschen, und ich habe einmal vier Würzburger beraten, die nicht in ein Heim abgeschoben werden wollten, sondern im Rahmen des persönlichen Budgets ihre Hilfen organisieren wollten. Da hat mir ein Sozialdezernent ganz klar gesagt: Was interessiert mich die Rechtslage? Das hat mich in der Tat etwas verblüfft, aber ich denke, das war noch die Haltung, die dort vorgeherrscht hat, und ich gehe davon aus, dass sich das jetzt aber mit dem Rechtsanspruch ändert.

Ich gehe davon aus, dass wir hier in Bremen einen anderen Weg gehen können, und das, was mit der Rahmenvereinbarung vorgeschlagen und vorgegeben worden ist und was mit der Schulung der Mitarbeiter im Ressort in Gang gekommen ist, macht mir Hoffnung, dass wir hier in Bremen jetzt flugs vorangehen und vielleicht irgendwann – zwar nicht in der Gesamtzahl, aber zumindest mit der Qualität der Unterstützung und Beratung – mit Rheinland-Pfalz gleichziehen können. – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Möllenstädt.

Abg. **Möllenstädt** (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ohne die Debatte unnötig in die Länge ziehen zu wollen, will ich doch noch einmal auf zwei Punkte eingehen! Zum einen, Frau Kollegin Garling: Sie dürfen uns als FDP-Fraktion da

voll vertrauen! Wir sind uns immer voll darüber bewusst, wann wir welche Anfrage geeignet stellen können, und das war auch in diesem Fall so.

Im Übrigen weise ich entschieden zurück, dass wir nicht auf die Idee gekommen wären! Wenn Sie mir zum Beispiel in der Debatte zum Bericht des Landesbehindertenbeauftragten zugehört hätten, dann haben wir genau diesen Punkt, den wir heute debattieren, dort auch schon einmal angesprochen. Seitdem wäre es meines Erachtens auch spätestens geboten gewesen, zu agieren und entsprechende Vorbereitungen zu treffen. Es war also nicht so, dass wir hier jetzt ohne Vorwarnung debattieren, sondern diese gab es ja durchaus. Insofern wäre es auch nicht unfair gewesen, die Anfrage auch im Januar zu stellen.

Vieles von dem, was Sie in Ihrem Debattenbeitrag gesagt haben, erschien mir sehr theoretisch. Es ist ja auch richtig zu sagen, welche Grundlagen es gibt. Die Frage, die ich aufgeworfen habe, war aber eher die, ob diejenigen, die dieses persönliche Budget in Anspruch nehmen, das auch wissen. Insofern bin ich Ihnen und dem Kollegen Frehe dankbar, dass Sie das hier noch einmal im Detail erläutert haben, denn auch auf diese Weise kann natürlich ein bisschen mehr Klarheit geschaffen werden. Insofern ist auch diese Debatte, die wir heute geführt haben, sicherlich ein Beitrag dazu, dass diejenigen, die wir ja sozusagen dort auch mit dem persönlichen Budget konfrontieren wollen, ein Stück weit mehr Aufklärung erhalten haben.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben gesagt, die Sorgen sollen ernst genommen werden. Das finde ich auch, das habe ich ja in meinem Beitrag auch gesagt. Ich denke, daran wird aber in den nächsten Monaten noch zu arbeiten sein. Ich habe da auch volles Vertrauen, dass das passieren kann, dass das Ressort entsprechend arbeitet, aber dass sich auch die Sozialhilfeträger entsprechend engagieren werden. Ich gebe nur zu bedenken: Es wäre vielleicht günstiger gewesen, dies schon Ende letzten Jahres zu machen und dann bereits im Januar auf dem Stand zu sein, als am 1. Januar mit der Aufklärungsarbeit zu starten und dann vielleicht in der Mitte des Jahres einen hinreichenden Informationsstand hergestellt zu haben.

(Beifall bei der FDP)

Zum Kollegen Frehe abschließend ein Wort! Auch da finde ich es richtig, dass Sie hier noch einmal klar gestellt haben: In der Tat, es steht in den Regelungen, dass eine Bedarfsdeckung erreicht werden muss. Nichtsdestoweniger, das haben Sie ja auch eingeräumt, gibt es diese Bedenken. Ich denke, es sollte auch wirklich ein Schwerpunkt im Rahmen von Informationsarbeit seitens der Träger, aber auch seitens des Ressorts sein, dass diese Ängste, die eben

(C)

(D)

- (A) vorhanden sind – unberechtigterweise, aber sie sind eben vorhanden, und darauf kommt es nachher am Ende dann ja auch an –, dann auch ausgeräumt werden können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal, ich bin nicht nur in meinem jetzigen Amt, sondern auch davor an vielen Stellen und zu vielen Gelegenheiten mit Menschen mit Behinderungen zusammengekommen, jetzt insbesondere in den letzten Monaten bei der Werkstatt Bremen oder der Lebenshilfe, und die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen liegt mir nicht nur, seit ich im Amt bin, am Herzen. Sie muss zielgerichtet, sinnvoll und auf den einzelnen Menschen ausgerichtet sein. Wir reden über Menschen mit einer Behinderung, und ich habe ein wenig den Eindruck, dass wir hier so ein bisschen ein Hase- und Igelspiel machen, wer war zuerst mit welcher Information da.

Ich glaube, darum geht es nicht.

- (B) (Beifall bei der SPD)

Es geht darum, dass wir hier einen gemeinsamen Weg finden und diese Leistungen, die wir nicht nur erbringen müssen, sondern erbringen wollen, auch entsprechend auf den Weg bringen.

Wir haben dazu Ende letzten Jahres in den Deputationen beraten, wir haben eine Vorlage und die Rahmenrichtlinien zur Kenntnis genommen, die im Vorfeld sehr ausführlich auch mit dem Landesbehindertenbeauftragten und mit den entsprechenden Verbänden diskutiert worden sind. Ich finde, es ist richtig, dass wir uns vorgenommen haben, hier auch sehr zeitnah eine Überprüfung unserer gesamten Verfahren vorzunehmen, um genau das zu tun, was wir, glaube ich, alle wissen: Erfahrungen müssen gesammelt werden, und aus diesen Erfahrungen heraus müssen wir möglicherweise das eine oder andere noch verändern.

Das persönliche Budget, und das wissen wir alle, wird natürlich auch mit großen Erwartungen verbunden. Damit geht ein hohes Maß an Selbstbestimmung einher, und dies wird, insbesondere auch von den Behindertenverbänden, als außerordentlich positiv bewertet. Oft wird damit allerdings auch die Vorstellung verknüpft, damit stünde automatisch mehr Geld zur Verfügung. Hier sollten wir keine falschen Erwartungen wecken. Die zu zahlenden monetären Leistungen dürfen und können nicht über den Sachleis-

tungen liegen. Ich glaube, das ist allen, die sich damit befassen, auch weitestgehend bekannt, aber wir sollten es auch noch einmal ganz deutlich sagen.

(C)

Dass dieses persönliche Budget eine hohe Anforderung an alle Beteiligten stellt, das sehen wir nicht nur heute in der Diskussion, sondern das wissen wir auch aus den Gesprächen mit Betroffenen und mit den Verbänden. Das bezieht sich auf alle, die dort von dieser Leistung Gebrauch machen wollen, und ich darf Ihnen sagen, bisher liegen uns zehn Anfragen vor, und ein ganz konkreter Antrag ist eingegangen.

Wir wissen, dass in den Modellprojekten in den Ländern, die über einige Jahre gelaufen sind – drei Länder haben sich daran beteiligt, und man mag es im Nachhinein bedauern, dass wir nicht dabei gewesen sind, es ist so –, es leider auch dort in dieser Phase nur 400 bis 500 Anträge gegeben hat, sodass man nicht wirklich sagen kann, dass wir Erfahrungen aus diesen Modellprojekten haben. Deswegen werbe ich noch einmal dafür, dass wir diese Grundlage, die wir hier, glaube ich, in einer guten Art und Weise geschaffen haben, nehmen und das, was wir vorangebracht haben, nämlich die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den sechs Sozialzentren, darüber hinaus in unserer Zentralstelle, im Amt für Soziale Dienste, die also in der Lage sind, hier auch über die Servicestellen hinaus Antworten zu geben, Beratungen zu machen und Hilfestellungen zu leisten, sehr ordentlich beobachten und daraus dann auch in die weiteren Diskussionen in den Deputationen auf der Arbeitsebene gehen.

(D)

Wir befinden uns in einem lernenden System, und das muss wachsen. Dazu gehört, und das wissen wir, dass die Betroffenen hier nicht nur mehr Selbstbestimmung haben, sondern natürlich, und das ist auch nicht von der Hand zu weisen, ein Stück ihrer bisherigen Sicherheit aufgeben. Sie wollen und werden selbst entscheiden, aber sie verlassen auch die bisher gewohnte Sicherheit. Sie müssen diese Hilfen selbst steuern und letztendlich auch die Qualität der Leistungserbringer und der Leistungserbringung kontrollieren.

Wir haben also die Rahmenrichtlinien auf den Weg gebracht, und wir haben, glaube ich, mit der heutigen Debatte eines ganz wesentlich erreicht, nämlich dass dieses Thema in der Öffentlichkeit einmal mehr richtig präsent ist und hier im Parlament den auch notwendigen und ihm zustehenden Raum gefunden hat. Herzlichen Dank an Sie alle!

Ich bedaure, Herr Bartels, dass ich Ihren Beitrag nicht hören konnte. Wir haben in der Deputation darüber diskutiert, und wir werden sicherlich auch weiter darüber diskutieren. Lassen Sie uns dieses Thema weiter nach vorn bringen! – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 17/179, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz

vom 31. März 2007
(Drucksache 16/1362)

Wir verbinden hiermit:

Stellungnahme des Senats zum 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 28. August 2007
(Drucksache 17/31)

s o w i e

Bericht und Antrag des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zum 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz vom 31. März 2007 (Drs. 16/1362) und zur Stellungnahme des Senats vom 28. August 2007 (Drs. 17/31) vom 26. November 2007

(Drucksache 17/151)

(B)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Linnert.

Meine Damen und Herren, der 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz vom 31. März 2007, Drucksache 16/1362, ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer 4. Sitzung am 11. Juli 2007 und die Stellungnahme des Senats zum 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz vom 28. August 2007, Drucksache 17/31, in ihrer 5. Sitzung am 19. September 2007 an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten überwiesen worden. Dieser Ausschuss legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 17/151 seinen Bericht und Antrag dazu vor.

Gemäß Paragraph 28 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft soll der Landesbeauftragte für Datenschutz als Sachverständiger hinzugezogen werden und zu Beginn der Aussprache gehört werden.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Landesbeauftragte für Datenschutz, Herr Holst.

Herr Holst (Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit): Sehr geehrte Frau Präsi-

dentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich bedanke mich, dass ich hier zum 29. Jahresbericht sprechen darf. Ein neues Parlament sieht oft alte Dinge neu. So war es auch Anfang dieser Legislaturperiode. Der Datenschutz, der in der letzten Legislaturperiode vom Rechtsausschuss begleitet worden ist, ist nun dem Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten, kurz Medienausschuss, zugeordnet.

Wie Sie wissen, ist dem Landesbeauftragten für Datenschutz im Berichtsjahr auch die Kontrolle über die Einhaltung der Vorschriften nach dem Informationsfreiheitsgesetz übertragen worden. Federführender Ausschuss für das IFG war seinerzeit der Medienausschuss. So wurden jetzt Datenschutz und Informationsfreiheit in einen Ausschuss gegeben, und das ist für die Betrachtung der verschiedenen Aspekte auch gut, denn so bleibt auch im Parlament alles in einer Hand.

Der Medienausschuss hat auch gleich mit seiner Arbeit angefangen und den 29. Jahresbericht und die Stellungnahme des Senats behandelt. Die Vorsitzende, Frau Troedel, wird Ihnen gleich die Ergebnisse präsentieren. Diese liegen alle im Bereich der bremischen Verwaltung. Es gibt aber noch eine andere Seite des Datenschutzes.

Der Landesbeauftragte hat die Einhaltung der Vorschriften nach dem Bundesdatenschutzgesetz in der privaten Wirtschaft zu kontrollieren und darüber Bericht zu erstatten. Auch dies ist im 29. Jahresbericht wieder geschehen. Auch der jetzt zur Beratung anstehende Jahresbericht enthält daher Ausführungen über den Datenschutz in der privaten Wirtschaft. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen einmal kurz einige Arbeitsergebnisse aus diesem Gebiet vorzustellen.

Wie Sie vielleicht mitbekommen haben, hat Bremen im Berichtsjahr den Vorsitz der Konferenz der obersten Aufsichtsbehörden für den Datenschutz im nicht öffentlichen Bereich gehabt. Ich habe den Vorsitz unter anderem dazu genutzt, dieses Gremium endlich davon zu überzeugen – nach knapp 30 Jahren, muss man sagen –, seine Beschlüsse zur Rechtsauslegung des Bundesdatenschutzgesetzes wie auch seine Anregungen zur Verbesserung des Datenschutzes öffentlich zu machen. Sie finden daher erstmalig in meinem Jahresbericht im Anhang die Beschlüsse der Aufsichtsbehörden für den Datenschutz.

Es musste natürlich aber auch dafür gesorgt werden, dass diese Beschlüsse jedermann zugänglich sind. Dies macht man heute über das Internet. Sie kennen es, wer einen solchen Vorschlag macht, muss auch bereit sein, die Arbeit zu übernehmen und ein Portal dafür zur Verfügung zu stellen. Allerdings kennen Sie die finanziell und personell prekäre Situation der Dienststelle. Da kam mir zur Hilfe, dass der

(C)

(D)

(A) Bundesbeauftragte für Datenschutz dem Gremium der Aufsichtsbehörden als offizielles Mitglied beitreten wollte. Ich konnte ihn davon überzeugen, dass die Veröffentlichung der Beschlüsse auf seiner Homepage eine gute Mitgift sei. Im Übrigen, denke ich, ist das auch der richtige Ort für die Veröffentlichung von Beschlüssen zu einem Bundesgesetz.

Ebenfalls in Bremen ist es auf mein Betreiben gelungen, in der Konferenz der Datenschutzaufsichtsbehörden ein weiteres Anliegen umzusetzen. Die deutsche Wirtschaft, die Bundesregierung, aber auch das Bremer Parlament haben erkannt, welche ungeheuren Potenziale in der RFID-Technologie, der Funkchip-Technologie stecken. Dies macht auch die Debatte in diesem Hause am Ende der letzten Legislaturperiode deutlich.

Dabei stehen wir erst noch ganz am Anfang einer Entwicklung, die auch viele Fragen des Datenschutzes berührt. Wichtig ist dabei für die Wirtschaft, und sie ist auch daran interessiert, verlässliche Erklärungen zum Umgang mit dem Datenschutz beim Einsatz von RFID zu erhalten. Mir ist es auf der Herbstkonferenz der obersten Aufsichtsbehörden für den Datenschutz in Bremen gelungen, eine Einigung über einen Beschluss zum datenschutzgerechten Einsatz der RFID-Technologie herbeizuführen.

(B) Im Berichtsjahr haben wir als Datenschutzaufsichtsbehörde im Land Bremen wieder eine ganze Reihe von Betrieben, insbesondere auch Betriebsräte, bei Datenschutzfragen unterstützt und Datenschutzquerschnittsprüfungen bei Sanitätshäusern, bei Auskunfteien, bei Fahrschulen und zum Einsatz von Videoüberwachung durchgeführt. Näheres finden Sie in meinem Bericht.

Ich begleite regelmäßig auch die Arbeit der betrieblichen Datenschutzbeauftragten, ein größerer Teil von schätzungsweise 200 bis 250 in der Region organisierten findet sich jeweils zu einem Erfahrungsaustausch zusammen. Im Berichtsjahr hielt ich in diesem Kreis Vorträge zur Auslegung der neuen Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes wie auch zur Anwendung der Regelungen des Bremischen Informationsfreiheitsgesetzes. Hier waren die Teilnehmer speziell daran interessiert, Garantien des Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses gesichert zu wissen.

Die Themenvielfalt der Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern, die häufig in Firmen und Betrieben eine Nachprüfung erforderlich machen, von A wie Arbeitszeitüberwachung über I wie Internet bis Z wie Zugangskontrollen, lassen sich jeweils im Anhang meines Jahresberichts finden. Zum Schluss möchte ich von dieser Stelle aus allen danken, die den Datenschutz in den Büros wie in den Betrieben in vielfältiger Weise unterstützen und mir damit die Arbeit erleichtern! – Ich danke für Ihr Interesse!

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Troedel als Berichterstatterin.

(C)

Abg. Frau **Troedel**, Berichterstatterin: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich den Bericht für den Ausschuss abgebe, möchte ich erst einmal meinen Dank an den Ausschuss aussprechen, an die Kolleginnen und Kollegen hier in der Bürgerschaft, die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber ganz besonders an die Kolleginnen und Kollegen des Protokollendienstes, die ich gestern unbeabsichtigt vergessen habe. Also, heute dann der doppelte Dank für gestern und heute und für den nächsten Bericht gleich mit!

(Beifall)

Auch Ihnen, Herr Holst, vielen Dank für die Zusammenarbeit und auch Unterstützung, da wir den Datenschutz in diesem Ausschuss recht neu bearbeitet haben!

Jetzt komme ich zum Bericht! Der Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten, ich spreche im Weiteren kurz von Medienausschuss, ist in dieser Wahlperiode erstmals für die parlamentarische Kontrolle des Datenschutzes nach Paragraph 35 des Bremischen Datenschutzgesetzes zuständig. Diese Aufgabe wurde in der Vergangenheit zunächst durch einen eigenen Datenschutzausschuss und in den letzten Jahren durch den Rechtsausschuss wahrgenommen. Die Übertragung an den Medienausschuss erscheint zunächst nicht unbedingt sach- und hautnah, führt aber die parlamentarische Kontrolle des Datenschutzes mit der Informationsfreiheit zusammen und spiegelt beide Aufgabengebiete des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit ist, wider. Zur Informationsfreiheit hat der Ausschuss einen eigenen Bericht erstattet, zu dem wir später kommen, wir hoffen, in der Bürgerschaftssitzung im Februar.

(D)

Die Bürgerschaft (Landtag) hat dem Medienausschuss den 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz und auch die Stellungnahme des Senats zur Beratung und Berichterstattung überwiesen. Als Vorsitzende des Medienausschusses möchte ich nachfolgend den Bericht für den Ausschuss erstatten! In seiner September-Sitzung legte der Medienausschuss die beratungsbedürftigen Schwerpunkte aus dem Jahresbericht des Landesbeauftragten fest. Zu diesen Beratungen zog der Medienausschuss den Landesbeauftragten, die Senatskommissarin für den Datenschutz sowie die betroffenen Ressorts hinzu. Die Ergebnisse der Beratungen im Einzelnen entnehmen Sie bitte dem vorliegenden Bericht des Medienausschusses mit der Drucksachen-Nummer 17/151.

(A) Lassen Sie mich aber doch kurz auf einige Punkte eingehen, die im Medienausschuss erörtert wurden! Bereits im Rahmen der Beratungen zum 27. Jahresbericht war nach dem Rechtsausschuss durch den Senator für Inneres und Sport zugesagt worden, dass das für die Komponenten des Systems der Telekommunikationsüberwachung erforderliche Datenschutzkonzept bis Ende Februar 2006 vorgelegt werde. Das ist bis jetzt fast zwei Jahre her. Die erste Feststellung technischer und organisatorischer Mängel in diesem System liegt noch länger zurück. Dies war bereits im Jahr 2004. Der Senator für Inneres und Sport wies den Rechtsausschuss darauf hin, dass sich die Bearbeitung aufgrund personeller Engpässe bei der Polizei verzögert habe. Im 28. Jahresbericht bemängelte der Landesbeauftragte und ihm nachfolgend wiederum der Rechtsausschuss erneut das fehlende Konzept, das dann erst im Juli 2006 vorlag und weiterhin Defizite enthielt. Mittlerweile neigt sich diese lange Geschichte einem Ende zu, ohne dasselbe schon erreicht zu haben.

Der Senator für Inneres und Sport beabsichtigt, ein neues technisches System einzuführen, das die Probleme des fehlenden Zugriffs und der Eingabekontrolle, um die es dem Landesbeauftragten zuletzt bei dem derzeitigen System vorrangig gegangen war, nun endlich beseitigen soll. Mitte 2009, also in noch einmal knapp zwei Jahren, soll das neue System betriebsfertig sein.

(B) Der Medienausschuss konnte sich nicht damit zufriedengeben, dass ein seit 2004 laufend kritisiertes System noch zwei weitere Jahre unverändert betrieben werden soll. Er hat den Senator für Inneres und Sport daher aufgefordert, mit dem Landesbeauftragten Gespräche zu führen, um schon für die Übergangszeit eine Lösung herbeizuführen, die den Anforderungen des Datenschutzes genügt, allerdings – das muss hinzugesagt werden –, ohne erhebliche Mehrkosten zu produzieren. Hierzu erwartet der Ausschuss noch ein Ergebnis. Der Ausschuss geht davon aus, dass ihn dieses Thema weiter beschäftigen wird.

Ähnlich verhält es sich mit dem zentralen Datenschutzkonzept und den Verfahrensbeschreibungen beim Stadtamt Bremen. Auch damit hatte sich der Rechtsausschuss schon im Jahr 2006 mehrfach befasst. Das fehlende Rahmendatenschutzkonzept liegt mittlerweile vor. Es gibt auch eine Prioritätenliste, in der unter anderem spezielle Regelungen für die besonderen Sicherheitsbereiche Rechenzentrum, Kommunikationstechnik und Datenträgerarchiv für Rollenkonzepte auf Netzwerkebene, Berechtigungskonzepte auf Verzeichnungebenen und Administrationskonzepte aufgeführt sind. Bis September 2009, also wiederum in fast zwei Jahren, soll in Abstimmung mit dem Landesbeauftragten ein neues Konzept erstellt werden. Auch insoweit erwartet der Ausschuss im Jahr 2008 einen ersten Zwischenbericht und wird sich auch im Weiteren mit diesem Problem beschäftigen müssen.

Darüber hinaus hat sich der Ausschuss noch mit dem Datenverarbeitungsverfahren „Fundinfo“ und mit der Anbindung der Amtsgerichte und der Staatsanwaltschaft an das Bundeszentralregister befasst. In beiden Fällen sieht der Ausschuss die Lösung der Probleme im Sinne des Datenschutzes auf einem guten Weg und kurz vor dem Abschluss. Der Ausschuss wird sich auch darüber beraten lassen.

Abschließend darf ich anmerken, dass im Vergleich zu früheren Jahren weit weniger Punkte einer Beratung bedurften und auch dort eine Lösung im Sinne des Datenschutzes erreicht werden konnte oder jedenfalls in Aussicht steht. Dies verdeutlicht aus meiner Sicht ein gewachsenes Verständnis für datenschutzrelevante Fragestellungen, die auch aus Sicht des Ausschusses noch verbesserungswürdig sind. Soweit der Bericht des Medienausschusses! – Ich danke für die Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Schildt.

Abg. **Schildt** (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eingangs bedanke ich mich auch recht herzlich bei Herrn Holst und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit zu den Datenschutzberichten und für die Diskussion im Ausschuss. Herzlichen Dank dafür, denn es ist die erste Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten, früher war es ja der Rechtsausschuss!

Frau Troedel hat zwei Punkte herausgegriffen, und ich will mich da gar nicht in die Tiefe des einen Punkts begeben, aber nur eines kurz anmerken, weil ja unsere Bürgermeisterin Frau Linnert –

(Zuruf: Hier ist sie! – Abg. Frau B u s c h [SPD]: Back to the roots! – Abg. Frau M o t s c h m a n n [CDU]: Da kommt sie wieder hin!)

ach, da ist sie! Eben war sie noch dort! – zuständig ist für den Bereich des Datenschutzes. Wir haben merkwürdige Feststellungen als Datenschutzausschuss im Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten zu machen. Immer dann, wenn man sie alle zusammenholt, hat man das Gefühl, sowohl die Verwaltung als auch der Datenschutzbeauftragte bewegen sich aufeinander zu. Wenn ich aber den von Frau Troedel angesprochenen Punkt der Stadtamts-Rahmendatenschutzkonzeption anspreche, dann muss ich an dieser Stelle sagen, Frau Bürgermeisterin –. Wenn Sie mir jetzt zuhören würden, weil ich gerade etwas an den Senat adressiere, wäre ich Ihnen herzlich verbunden!

(C)

(D)

(A) Wir haben im zuständigen Ausschuss verabredet, dass im Januar ein Zwischenbericht im Ausschuss über die Rahmendatenschutzkonzeption im Verfahren beim Stadtamt gegeben wird. Es ist dann ziemlich erstaunlich, wenn der Datenschutzbeauftragte uns schreibt: Ich würde ja ganz gern – sinngemäß – im Januar, nämlich morgen, im Ausschuss darüber sachlich reden wollen, aber bisher habe ich vom Stadtamt außer einem Telefonat im Dezember nichts Weiteres gehört. Das kann natürlich nicht das Verfahren sein!

Ich würde an dieser Stelle noch einmal betonen, Frau Bürgermeisterin, dass Datenschutz und Verwaltung nicht immer gegeneinander stehen. So habe ich Herrn Holst in der Vergangenheit wahrgenommen, auch aktuell im Medienausschuss. Von daher möchte ich Sie herzlich bitten, noch einmal im Rahmen Ihrer Ressortgespräche darauf hinzuwirken, dass es schon ziemlich viel Sinn machen würde, wenn man von sich heraus Verabredungen, die wir treffen mit dem Datenschutzbeauftragten, aber auch mit der Verwaltung, einhält, damit dort nicht so etwas gegeneinander steht.

Ich glaube, dass man dort etwas verbessern kann. Ich spreche es nur an, denn sonst würde ein Datenschutzausschuss nur zu dem degradiert werden, was er ist: Wir hören uns die Klage an, wir hören uns die Entschuldigung an, und in der Mitte stehen wir und müssen ein Urteil abgeben. Ich glaube, dass das zu wenig in der Sache wäre.

(B) Des Weiteren – und das lassen Sie meine Abschlussbemerkung sein! – wäre der Datenschutzausschuss im Rahmen des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten gut beraten, über die Berichte hinaus eigene Themen und Diskussionspunkte aufzugreifen, denn sonst ist es wie im Rechnungsprüfungsausschuss das Abarbeiten einer Vorgabe einer Senatsantwort und einer Meinungsbildung. Insoweit, und das haben wir mit Herrn Holst besprochen, soll es auch in Zukunft Diskussionen über Themen geben, die neben den Berichten des Datenschutzbeauftragten aktuell anstehen. Ob es Diskussionen hätten sein können zu Online, ob es aber auch andere Diskussionen hätten sein können, dazu hat man jetzt einem Ausschuss die Aufgabe übergeben.

Ich kann Ihnen sagen, dass dieser Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten gern die zusätzliche Aufgabe des Datenschutzes übernommen hat. Neben den Themen, die gerade gestern medienrelevant mit dem Radio-Bremen-Gesetz waren, haben wir jetzt etwas mehr Zeit, und das ist für die morgige Sitzung vorgesehen, nur über Datenschutz zu reden. Wir sind da auf dem richtigen Weg, und wenn Frau Bürgermeisterin Linnert im Rahmen der Senatsgespräche noch einmal darauf hinwirkt, dass alle Verwaltungsbereiche sich als Unterstützung des Datenschutzes im Lande Bremen verstehen, sehe ich auch weiterhin

keine Probleme auf uns zukommen. – Herzlichen Dank! (C)

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Neumeyer.

Abg. Frau **Neumeyer** (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben eben den Landesdatenschutzbeauftragten Herrn Holst gehört. Zu allererst möchte ich mich im Namen unserer Fraktion ganz herzlich bei Ihnen und Ihren Mitarbeitern bedanken

(Abg. Frau **T r o e d e l** [Die Linke]: Und Mitarbeiterinnen!)

für die geleistete Arbeit zum Schutze der Privatsphäre.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der FDP)

Wie wichtig eine gute Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz ist, zeigt sich dadurch, dass viele von Herrn Holst eingebrachte Anregungen aufgenommen und seine Bedenken berücksichtigt wurden. So wurde zum Beispiel bei der Razzia der Polizei im Stubu, bei der die Räumlichkeiten des Finanzamtes genutzt wurden, ein ausreichender Schutz der dort vorhandenen personenbezogener Daten gewährleistet. Bei der Videoüberwachung wurden die Anregungen vom Landesbeauftragten für Datenschutz zur zeitlichen Eingrenzung der Videoüberwachung mit in die Planung einbezogen. Von der Datenbank „Toptäter“ wurde nach gemeinsamer Erörterung Abstand genommen. (D)

Wir haben eben den Bericht des Ausschusses gehört. Viele Punkte sind noch nicht erledigt, die wir in unserem Bericht aufgenommen haben, und wir werden diese in Zukunft immer im Auge behalten. Durch die Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes und mit dem Inkrafttreten des Bremer Informationsfreiheitsgesetzes hat sich der Arbeitsumfang beim Landesbeauftragten für Datenschutz stark erhöht. Der Datenschutz ist ein wichtiges Anliegen, der Bürger vertraut auf die gute Arbeit des Datenschutzes. Deshalb müssen wir auch darauf achten, dass der Landesbeauftragte für Datenschutz auch in Zukunft personell und materiell gut ausgestattet ist,

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei der FDP)

damit die gute Arbeit auch weiterhin gewährleistet wird. Dies sollte bei den anstehenden Haushaltsbe-

(A) ratungen eine große Rolle spielen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Öztürk.

Abg. **Öztürk** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal im Namen der Fraktion ein Dankeschön an Herrn Holst und an seine Behörde sowie die gesamten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Bericht und die sehr konstruktive Mitarbeit im Medienausschuss!

Datenschutz geht natürlich jeden etwas an. Er durchdringt sehr viele Lebensbereiche. Ich möchte einfach einmal an den Alltag erinnern, weil wir auch gestern ähnliche Debatten hatten. Menschen lernen sich kennen, da wird nachgefragt, wie man heißt, wo man zur Schule gegangen ist, was man studiert. Menschen neigen dazu, Daten zu sammeln. Was sie daraus machen, ist die nächste spannende Frage: Wir werten sie aus, entsprechend werden sie verarbeitet.

(B) Mit dem vorgelegten Jahresbericht des Datenschutzbeauftragten hat die Bedeutung über die Diskussion des Datenschutzes natürlich auch Kritikpunkte enthalten und Handlungsempfehlungen ausgesprochen. Entsprechend soll auch sensibilisiert werden, und das ist sehr wichtig. Ich möchte noch einmal an die Debatte von gestern erinnern, die zum Teil bei der Online-Durchsuchung sehr emotional geführt wurde. Wie erwähnt, werden Daten gespeichert, die Weitergabe und die Weiterverarbeitung finden statt, und Datenschutz ist heute eben so aktuell und auch wahrscheinlich notwendig wie nie zuvor. Der Einsatz von modernen Informationstechnologien in unserer Gesellschaft sowohl im staatlichen als auch im privaten Bereich verändert rasant die Gesellschaft und eben auch die Menschen. Das wird in Zukunft entsprechend so bleiben.

Die technischen Grenzen für die Sammlung und Speicherung von Daten sind längst aufgehoben. Egal, ob es nun um den sorglosen Umgang mit so genannten Payback-Cards geht, um Online-Shopping im privaten Bereich oder um die Überwachung öffentlicher Räume per Video oder anderer Geräte oder die behördeninterne Weitergabe von persönlichen Daten, es bringt auch immer diesen Konfliktstoff mit sich.

Das alles bedeutet aber auch, dass die technische Fortentwicklung den unmittelbaren Schutz jedes Einzelnen bedingt, das dürfen wir nicht vergessen. Gerade auch zu den genannten Aspekten tragen aus grüner Sicht wesentlich die Arbeit des Landesdatenschutzbeauftragten und die wichtigen Beratungen,

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) die im Medienausschuss dazu stattgefunden haben und in Zukunft stattfinden werden, bei.

Abschließend möchte ich noch einige Sachen erwähnen, die auch für uns als Grüne oder aus grüner Sicht von großer Bedeutung sind. Zunächst einmal sollten wir uns dafür einsetzen, dass das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung weiterhin gestärkt werden muss, sowohl legislativ, damit ist die Verankerung des Datenschutzes im Grundgesetz gemeint, und entsprechend die gezielte Aufklärung in der Gesellschaft, dass man ein entsprechendes Bewusstsein dafür schafft.

Verlässlicher Datenschutz, und nur ein verlässlicher Datenschutz, schafft Vertrauen. Es gilt, das an dieser Stelle erst einmal zu gewährleisten, Vertrauen zwischen Bürgerinnen und Bürgern auf der einen Seite und natürlich auch zwischen der Wirtschaft und dem Staat auf der anderen Seite. In diesem Sinne sollten wir weiterhin an modernem und verlässlichem Datenschutz festhalten und ihn auch zukünftig fort-schreiben.

Was hier natürlich wie ein Wunschgedanke klingt, ist der Bereich, den eben auch Herr Schildt angesprochen hat, der aber auch aus dem Bericht des Medienausschusses noch einmal hervorgegangen ist. Ein ganz wichtiger Bereich sind die behördlichen und betrieblichen Datenschutzbeauftragten, diese müssen gestärkt werden. Zur Not müssen wir uns überlegen, wie wir dort Maßnahmen schaffen können, dass das verankert wird entweder als Berufsbild, dass man da eine Sicherheit hat, dass Datenschutzbeauftragte in Betrieben anerkannt sind und entsprechend auch ihre Arbeit anerkannt und honoriert wird. Zum Abschluss noch einmal herzlichen Dank erneut an Herrn Holst und an die Behörde! – Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der Linken)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Richter.

Abg. **Richter** (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Holst! Ja, jetzt weiß ich auch, weshalb wir heute über den Bericht des Ausschusses debattieren. Sie wollten fünfmal ein Dankeschön hören. Auch von unserer Seite, ein herzliches Dankeschön für die Zusammenarbeit!

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei der CDU)

Im Jahre 2006 wurden Ihnen auch die Kontrollaufgaben nach dem Bremer Informationsfreiheitsgesetz übertragen, die ebenfalls mit einer Berichtspflicht verbunden sind. Eigentlich haben wir das ja heute auch

(A) noch auf der Tagesordnung, aber so weit hinten, dass ich glaube, wir werden Sie im Februar hier wieder begrüßen dürfen. Ich sage jetzt, so nett wie Frau Troedel gesagt hat, mein Dank gilt dann auch schon für diesen Bericht mit.

Bei einem sehr knappen Budget und einem engen Personalsockel waren die hierdurch entstandenen Aufgaben von Ihnen zusätzlich abzudecken. Es hat geklappt, ohne dass der Datenschutz in unserem Lande unter die Räder geraten ist. Frau Troedel ist in ihrem Bericht schon auf alle Einzelheiten eingegangen. Da will ich nur hinzusetzen, es ist schade, dass der Datenschutz noch nicht den Stellenwert einnimmt, den er eigentlich einnehmen müsste, weil die Fristen teilweise einfach zu lang sind, bis Forderungen umgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Das Thema Datenschutz wird uns im Ausschuss und auch an dieser Stelle mit Sicherheit in dieser Legislaturperiode noch häufiger bei den unterschiedlichsten Themenkomplexen beschäftigen. Themen wie Zugriffsrechte des Staates auf private Netzwerke, Onlineüberwachungen, gestern und sicherlich nicht zum letzten Mal auf der Tagesordnung einer Bürgerschaftssitzung, sind hier zu nennen.

(B) Aber es ergeben sich auch zunächst banal erscheinende Fragen, ob bei einer zentralen Heizungsanlage der Energieverbrauch keine personengebundenen Daten sind, weil Gas-Etagen-Heizungen aber plötzlich doch zum Datenschutz gehören. Sind Voreigentümer oder Mieter unbekannt verzogen, können also keine Vollmachten mehr ausstellen, wird es manchem Immobilieneigentümer schwer fallen, seiner gesetzlichen Pflicht zur Erstellung von Energieausweisen nachzukommen.

Hier, so meinen wir von der FDP-Fraktion, sollten sich die Datenschutzbeauftragten der Länder und der Bundesdatenschutzbeauftragte bei ihren knappen Ressourcen, die sie haben, im Interesse der Bürgerinnen und Bürger vielleicht effektiver mit anderen Themen beschäftigen. Doch diese Themen sind nicht Gegenstand unserer heutigen Debatte.

Die FDP hat im Ausschuss an der Berichterstattung zum 29. Jahresbericht des Landesdatenschutzbeauftragten mitgewirkt und ihr zugestimmt. Ich hoffe, dass der zweite Bericht „Informationsfreiheitsgesetz“ vielleicht schon gleich mit dem verbunden werden kann. Dann sind ja, wenn Sie im Februar wieder hier sind, Herr Holst, elf Monate vergangen, seitdem Sie den ersten Bericht vorgelegt haben. Vielleicht schaffen Sie es ja bis dahin, auch den zweiten vorzulegen, dann ist es nicht nur ein Berichtszeitraum von 6, sondern gleich von 18 Monaten. Das wäre im Interesse einer größeren Aussagekraft doch schön. – Danke!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Troedel. (C)

Abg. Frau **Troedel** (Die Linke): Frau Präsidentin – ich gestehe, das sage ich ganz besonders gern –, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Im Zeitalter der neuen Medien und Möglichkeiten gibt es kaum ein Thema, das so brisant geworden ist wie das Thema Datenschutz. Die Möglichkeiten der Erfassung, Sammlung und Speicherung von personenbezogenen Daten wachsen in einem rasanten Tempo. Zugleich wächst das Bedürfnis in Kreisen der Sicherheitsbehörden, von diesen Möglichkeiten mehr denn je Gebrauch zu machen.

Es genügt, auf etliche Vorstöße von Innenminister Schäuble zu verweisen, mit denen er unter Verweis auf Gefahren des Terrorismus versucht hat, Stück für Stück den Datenschutz zurückzufahren. Der Datenschutz verkommt zur Handelsware. Das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung wird immer weiter eingeschränkt. Immer mehr persönliche Daten werden erfasst, gesammelt und ausgetauscht mit Eifer von staatswegen und mit Begierde von Privat. Damit aber wackelt eine entscheidende Säule der Demokratie. Bürgerinnen und Bürger werden gläsern, sie verlieren ihre Souveränität. Es ist daher höchste Zeit für ein modernes Datenschutzrecht des 21. Jahrhunderts. Der gläserne Mensch wird Stück für Stück von einer Angst erzeugenden Vision zu einer realen Möglichkeit. (D)

Die Aufgabe verantwortungsvoller Politik ist es, die Bürgerinnen und Bürger vor ungerechtfertigten Eingriffen in ihre Persönlichkeitsrechte zu schützen. Ich verweise noch einmal, wie auch ein Redner vor mir, auf die gestrige Diskussion zur Onlinedurchsuchung, realer geht es nicht und deutlicher nicht mehr nachvollziehbar. Die rot-grüne Koalition bekennt sich in ihrer Koalitionsvereinbarung zum Datenschutz. Wir sehen es genauso und unterstützen vom ersten bis zum letzten Wort diese Passage, die genau das schützen will, was ich eben auch nicht nur als gläserner Mensch, sondern hinsichtlich der Persönlichkeitsrechte des und der Einzelnen in Schutz nehmen will.

Ich zitiere aus Zeitgründen nicht, obwohl es wert ist, dass wir uns gemeinsam ein Stück daran erinnern. Deshalb haben wir auch die recht ungewöhnliche Ansiedlung des Themas Datenschutz beim Medienausschuss befürwortet. Dass die neue parlamentarische Anbindung des Datenschutzes für alle Beteiligten natürlich noch etwas gewöhnungsbedürftig ist, für mich besonders, verwundert demnach niemanden.

Wie Sie dem Bericht der Ausschussvorsitzenden entnehmen konnten, hat sich der Ausschuss auf dem Gebiet des Datenschutzes bisher neben dem Datenschutzkonzept für die Telefonüberwachung mit dem zentralen Datenschutzkonzept der Verfahrensbeschreibungen beim Stadtamt Bremen und den Datenverarbeitungsverfahren „Fundinfo“ befasst. Wir

(A) hoffen, dass wir in Zukunft im Ausschuss darüber hinaus zu grundsätzlichen Debatten und Entscheidungen zum Thema Datenschutz kommen. Wir hoffen auch, dass wir auf diesem Gebiet den Senat nicht treiben müssen, sondern die Sache im Sinne der Bremerinnen und Bremer gemeinsam mit diesem Senat vorantreiben können. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der Linken und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bemerkungen des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten beitreten möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten bei.

(Einstimmig)

(B) Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem 29. Jahresbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz, Drucksache 16/1362, von der Stellungnahme des Senats, Drucksache 17/31, und von dem Bericht des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten, Drucksache 17/151, Kenntnis.

Durch konstruktive Politik den Arbeitsmarkt beleben und fragwürdige Beschäftigungsformen verhindern

Antrag des Abgeordneten Tittmann
vom 27. November 2007
(Drucksache 17/154)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Rosenkötter, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Schuster.

Die Beratung ist eröffnet.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (parteilos): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Einige Millionen Euro aus der Steuerzahlerkasse hat die Bundesregierung aufgewendet, um mit riesigen Anzeigen in Presseorganen zu verkünden, es gehe mit dem Arbeitsmarkt aufwärts. Man fragt sich hier doch unweigerlich, warum eine solche Kampagne überhaupt

notwendig ist, denn wenn es wirklich reell wirtschaftlich aufwärts ginge, dann würde das ja wohl allgemein bemerkt werden und es bedürfe keiner besonderen Erwähnung.

Tatsache ist, der Arbeitsmarkt ist bundesweit im Umbruch und vor allem auch im Land Bremen. Dieser Umbruch ist aber alles andere als ein gutes Zeichen, denn hierzulande stürzen immer mehr abhängig Beschäftigte in die Armut. Hartz IV und Sozialhilfeempfänger lassen grüßen!

(Unruhe bei der SPD)

Ich weiß nicht, ob man über Armut lachen kann, das kennzeichnet Ihre Politik. Hier sind die Sorgen der Menschen, der Sozialhilfeempfänger, wahrscheinlich völlig egal, aber na gut!

Allein von 2005 bis 2006 ist die Leiharbeit in Bremen um ein Drittel gewachsen, und seit 1999 hat sich dieser Bereich verdoppelt. Zudem hat kein anderes Bundesland eine so hohe Dichte von sogenannten Minijobs wie der Zweistädtestaat. Nach Angaben der Arbeitnehmerkammer zeigt die Tabelle für Bremen 35 Minijobs pro 1000 Einwohner an. Die Betroffenen, die mit maximal 400 Euro Einkommen abgespeist werden, müssen durch diese fragwürdigen Beschäftigungsformen sehr geringe Renten erwirtschaften und in Kauf nehmen. Das heißt, ihr Dasein im Alter wird dadurch ganz besonders von Armut geprägt sein.

Besonders hoch ist der Anteil der Frauen bei den Minijobs, er wird mit etwa circa 70 Prozent angegeben. Die Tatsache ist, dass die meisten von ihnen kein weiteres Erwerbseinkommen haben. Deshalb sind auch so viele mit Minijobs auf ergänzende Hartz-IV-Leistungshilfe angewiesen, um überhaupt existieren zu können. Im Vorjahr 2006 waren sage und schreibe über 12 000 Bürgerinnen und Bürger als Erwerbstätige hilfsbedürftige Opfer politischen Versagens regierender Verantwortlicher. Die Hälfte von diesen ausgegrenzten Bremern und Bremerhavenern mussten sich ausschließlich, ich betone ausschließlich, mit einem Minijob durchschlagen.

Von etablierter Seite der Politiker ist immer wieder zu hören, dass ausgerechnet die Leiharbeit die Arbeitsform der Zukunft sei. Diese Beschäftigungsform der Sklavenarbeit boomt allerdings deshalb, weil die Ausgebeuteten so wenig verdienen. Dass dagegen der derzeit diskutierte Mindestlohn ein Luxuseinkommen wäre, darf nicht sein, meine Damen und Herren.

Infolge arbeitsmarktpolitischen Totalversagens verantwortlicher Politiker aller Parteien ist auch die Zahl der sogenannten Ein-Euro-Jobs in Bremen weiter angestiegen. Etwa 3300 dieser Stellen, mit der Erwerbslose aus Arbeitsmarktstatistiken weggelogen werden, gibt es derzeit in Bremen. Das sind 14 Prozent, ich wiederhole, 14 Prozent mehr als vor einem Jahr. Auch durch diese Beschäftigungsform sind Absturz und

(C)

(D)

(A) Existenzängste bei immer mehr Menschen unweigerlich vorprogrammiert.

Deshalb ist der Bremer Senat aufzufordern, endlich geeignete Maßnahmen zur Belebung des Arbeitsmarktes zu ergreifen, damit der weiteren Ausbeutung sozialer Beschäftigungsformen wie Minijobs und Leiharbeit effektiv begegnet werden kann. Dringend benötigt werden hier mehr reguläre sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Dafür mit aller Kraft zu sorgen ist die Aufgabe verantwortungsbewusster Politiker aller Parteien, denn, das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit, Arbeit darf nicht arm machen, deshalb stimmen Sie meinem Antrag zu! – Danke!

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Erlanson.

Abg. **Erlanson** (Die Linke)*): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich glaube, das war einmal wieder so ein richtig typischer Tittmann,

(Beifall – Zuruf des Abg. T i t t m a n n
[parteilos])

so wie er immer sagt, ein Mann, ein Wort, ein Tittmann, ein Mann, ein Wort, ein Bier! In dem Fall, sage ich einmal, war es ein Bier zuviel und ein Wort zu wenig gewesen.

(B)

(Heiterkeit und Beifall)

Ich finde es schon wichtig, dass man sich diesen Antrag, den er uns hier „vor die Füße wirft“, einmal wirklich genauer ansieht. Da wird in der Überschrift ein Satz formuliert, dem hier eigentlich keiner widersprechen kann. Wer hat etwas gegen konstruktive Politik am Arbeitsmarkt, wer hat nicht etwas gegen fragwürdige Beschäftigungsformen! Das alles ist doch nicht das Problem. Das ist die Überschrift, und dann wird gleich noch einmal in zwei virtuosen kurzen Sätzen der Senat zu irgendetwas aufgefordert, eine Begründung dazu gibt es nicht.

Auch seine Ausführungen, die er hier gemacht hat, stellen eigentlich überhaupt nichts dar. Was will er eigentlich, was will er mit diesem Antrag?

(Abg. Frau S t a h m a n n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das fragen wir uns schon lange!)

Dies konnte weder mündlich noch schriftlich klargestellt werden. Ich muss sagen, ich finde es einfach unwürdig für dieses Parlament, mit solchen Anträgen konfrontiert zu werden.

(Beifall)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Allerdings, meine Damen und Herren, gibt es noch eine andere Seite, und ich denke, wen interessiert Herr Tittmann, das ist nicht das Problem, sondern was uns als Politiker und Parlamentarier interessieren sollte, das sind natürlich die Menschen, die Herrn Tittmann gewählt haben. Das sind die Menschen, die offensichtlich einen Kandidaten gewählt haben, von dem durchaus schon, er ist ja nicht das erste Mal in diesem Parlament, bekannt ist, dass er auf diese Art und Weise verfährt und leere Floskeln verbreitet.

(C)

Ich glaube, es ist eine Aufgabe, der wir uns alle für die Zukunft widmen sollten, ich glaube, viele tun es auch, aber ich finde es im Moment ganz wichtig zu sagen, wir müssen uns darum kümmern, dass es Menschen gibt, die jetzt mit solchen Anträgen wieder enttäuscht werden, weil sie natürlich erwarten, dass zu solchen Inhalten etwas gesagt wird. Ich denke, wir als Linke sind bereit dazu, die Diskussion zu führen und die anderen demokratischen Parteien dieses Hauses auch. Von daher lautet meine Empfehlung, diesen Antrag abzulehnen. – Danke!

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Mathes: Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (parteilos): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Erlanson, Ihre Rede hat wieder einmal deutlich bewiesen, Sie haben Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik und Finanzpolitik nicht begriffen, und Sie und Ihre Linke haben insgesamt die Politik, über die wir hier reden, überhaupt nicht begriffen.

(D)

(Zurufe von der CDU)

Ihre Gegenrede hat wieder einmal bewiesen und verdeutlicht, dass der von den Politikern gefeierte Aufschwung zwar irgendwo in den Etagen von Bonzen stattfindet, aber nicht beim großen Teil der Normalbürger. Sie geben hier immer vor, Sie vertreten die Normalbürger, aber davon habe ich nichts gemerkt. Diese Feststellung deckt sich in etwa auch mit der Aussage im Nachrichtenmagazin der „Spiegel“ vor einigen Monaten, die abhängig Beschäftigten sind die ganz großen Verlierer von rot-grüner und schwarz-roter Reformpolitik, und mit Blick auf die Bundesländer und somit auch auf Bremen heißt es, ich darf zitieren: „Fast 7 Millionen Deutsche gelten als Niedriglöhner. Ihr Einkommen beträgt weniger als Zweidrittel des Lohnmittelwerts.“ Das dürfte aus meiner Sicht bei Fortsetzung Ihrer Politik und der bisherigen Politik weiterhin steigen.

Meine Damen und Herren, dazu weiter der „Spiegel“: „Sie haben kaum Chancen, dass es ihnen einmal besser geht. Sie sind die Verlierer der Globalisierung.“ Einfache Arbeit ist nichts mehr wert, der Mensch ist

- (A) nichts mehr wert, weil irgendwo auf der Welt immer irgendwo billiger produziert werden kann. Die Schere zwischen arm und reich wird immer deutlicher und sie wird im Lande auch weiter auseinandergehen, daran wird sich nichts ändern.
- Das scheint Ihnen auch völlig egal zu sein, denn die abhängig Beschäftigten werden in die Zange genommen. Zum einen drückt die Konkurrenz der billigen Arbeitsmassen aus Osteuropa oder Asien die Löhne ganzer Branchen und Berufsgruppen mit herunter auf Hartz-IV-Niveau,
- (Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann schlagen Sie doch einmal etwas vor!)
- siehe Bremen, Bremerhaven „Nadler“ und so weiter. Zum anderen fordert der vielfach konstruierte Sozialstaat und verlangt von den Arbeitnehmern die allergrößten Opfer.
- Wo bleibt Ihre soziale Verantwortung gegenüber sozial schwachen Menschen? Es kann doch nicht bestritten werden, dass über lange Zeit, besonders in Bremerhaven und Bremen, die Anzahl der Sozialhilfeempfänger gestiegen ist. Das ist eine Schande Ihrer Politik! Es ist doch auch eine Schande, dass selbst für die Ernährung immer mehr Bürgerinnen und Bürger bei ihren Lebensmitteleinkäufen sparen müssen, weil es immer teurer wird. Besonders Bedürftige sind sogar auf Suppenküchen angewiesen und so weiter. Von Urlaubsreisen können die armen Menschen, Hartz-IV-Empfänger und Sozialhilfeempfänger ohnehin nur noch träumen. Hinzu kommt, dass viele Menschen in Bremerhaven und in Bremen auch bei den Ausgaben für die Gesundheit sparen müs-
- sen, natürlich mit der Folge von unweigerlich erhöhten Krankheitsanfälligkeiten. (C)
- Ich sage es noch einmal und in aller Deutlichkeit, Politik muss zum Wohl der Bürger gestaltet werden. Wann endlich erkennen Sie diese Pflicht und handeln verantwortungsbewusst? Davon merke ich nichts, und ich werde auch noch lange darauf warten können. – Danke!
- Vizepräsidentin Dr. Mathes:** Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.
- Die Beratung ist geschlossen.
- Wir kommen zur Abstimmung.
- Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann mit der Drucksachen-Nummer 17/154 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!
- (Dafür Abg. T i t t m a n n [parteilos])
- Ich bitte um die Gegenprobe!
- (Dagegen SPD, CDU, Bündnis 90/
Die Grünen, Die Linke und FDP)
- Stimmenthaltungen?
- Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.
- Meine Damen und Herren, hiermit sind wir an das Ende der Landtagssitzung gekommen. (D)
- Ich schließe die Sitzung.
- (Schluss der Sitzung 17.53 Uhr)

